

Zeitschrift: Jahrbuch der Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich
Herausgeber: Sekundarlehrerkonferenz des Kantons Zürich
Band: - (1908)

Artikel: Entwurf eines Geschichtslehrmittels für zürch. Sekundarschulen
Autor: [s.n.]
Kapitel: Leitfaden
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-819508>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entwurf eines Geschichtslehrmittels für zürch. Sekundarschulen

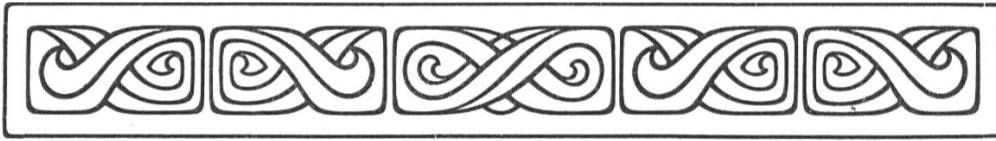
II. Klasse

LEITFADEN

Bearbeitet von:

J. Stelzer,	Sekundarlehrer,	Meilen
H. Sulzer,	„	Zürich III
Dr. H. Gubler,	„	Zürich III
R. Wirz,	„	Winterthur





Bearbeiter: J. Stelzer, Meilen.

IV. Die Übertragung der Revolution in die Nachbarländer.

I. Die junge Republik im Kampfe mit dem alten Europa.

a) *Der erste Bund (Koalition) gegen das revolutionäre Frankreich.*

1. Das neue französische Heer.

Noch immer lag Frankreich im Krieg gegen Österreich und Preußen. Mit diesen beiden Mächten verbanden sich in kurzer Zeit fast alle Fürsten Europas, aus Furcht, daß ihre Völker von der Revolution angesteckt werden könnten. Dies Bündnis heißt die erste Koalition. Von Belgien, vom Rhein, von Italien und Spanien her marschierten die verbündeten Heere gegen die junge Republik, der es in dieser schwierigen Lage am Notwendigsten, an einem kriegstüchtigen Heere mangelte. Durch die Emigration hatte die Armee ihre Führer, durch die Revolution viele Soldaten verloren; Unordnung und Zuchtlosigkeit hatten darin überhand genommen. Schwere Niederlagen waren die Folgen dieser Zustände. Da führte der Kriegsminister Carnot die allgemeine Wehrpflicht ein: die gesamte waffenfähige Jugend von 18–25 Jahren wurde unter die Waffen gerufen. In opferfreudiger Begeisterung brachte das Volk Gut und Blut dar zur Rettung des Vaterlandes. Jünglinge und Männer eilten unter den Klängen der Marseillaise todesmutig dem Feind entgegen, um die Rechte und Freiheiten, welche die Revolution ihnen gebracht, zu verteidigen. Das Söldnerheer verwandelte sich in ein Volksheer, wo jedem tapfern und tüchtigen Soldaten der Weg zu den höchsten Militärstellen offen stand. Willig und vertrauensvoll folgten sie Führern, die vor Monaten noch als einfache Soldaten in ihren Reihen gekämpft hatten.

Nun änderte sich die Lage rasch. Die Spanier wurden über die Pyrenäen zurückgedrängt. Hoche, der Sohn eines

Hundehüters, schlug die Preußen über den Rhein zurück; Jourdan, einst ein hausierender Krämer, besiegte die Österreicher in Belgien und Pichegru, ein ehemaliger Unteroffizier, führte seine barfüßigen, in Lumpen gehüllten Soldaten über die eisbedeckten Ströme nach Holland. Beide Länder wurden erobert und als Republik erklärt, die unter Frankreichs Schutzherrschaft die alte Ordnung ebenfalls stürzten und nach französischem Muster eingerichtet wurden.

Preußen, durch verschiedene Umstände auf seine Verbündeten mißtrauisch geworden, schloß 1795 mit der Republik Frieden; bald folgte Spanien nach und nur England und Österreich verharren noch im Kriege.

2. Der Feldzug in Italien (1796—97).

An der italienischen Grenze aber waren die Bemühungen der Franzosen erfolglos. Das änderte sich, als hier Napoleon Bonaparte (geb. 1769 zu Ajaccio auf Korsika) die Leitung übernahm. Der junge, ruhmgierige Mann hatte sich als Revolutionär an Robespierre und dessen Bruder geschlossen, die seinen großen Verstand, seine unermüdliche Tatkraft und sein außerordentliches Talent, neue große Dinge zu schaffen und zu gestalten, bewunderten und zu werten wußten. Zum Artillerieoffizier befördert, brachte er die Hafenstadt Toulon, deren Einwohner sich den Engländern ergeben hatten, wieder in die Hände der Franzosen. Später schlug er einen Aufstand gegen das Direktorium blutig nieder, das ihn in Anerkennung dieses Dienstes zum General der italienischen Armee erhob. Er traf diese in einem jämmerlichen Zustand an. Der junge Feldherr wurde von den Offizieren, die meist älter waren und länger im Felde standen als er, mit Mißtrauen und Neid empfangen. Aber er erwarb sich durch seine klaren und bestimmten Befehle und durch seine Anordnungen, die in kurzer Zeit aus den verwahrlosten Truppen ein kampftüchtiges Heer schufen, Gehorsam, Achtung und Bewunderung.

Hierauf erzwang er sich in einem viertägigen Kampfe den Übergang über die Seealpen und den Apennin. Die Zeit weniger Monate genügte ihm, um die Lombardei zu erobern, die ebenfalls in eine Republik umgewandelt wurde. Dann stritt er um die Festung Mantua, die ihm den Weg nach Österreich versperrte, siegreich in vier großen Schlachten.

Als er sich so den Weg geöffnet hatte, führte er sein Heer unaufhaltsam bis nach Steiermark vor und zwang Österreich zum Frieden (Campo Formio).

Bald nachher besetzten die Franzosen auch Venedig, Rom und Unteritalien, dem Volke überall Befreiung vom Fürstendruck verheißend. Aber das Land wurde schändlich geplündert; Gemälde, wertvolle Instrumente, Bücher, Kleiderstoffe, vor allem Geld, fielen der Armee und der französischen Regierung, welche aus Mangel an Metallgeld mit wertlosen Assignaten wirtschaften mußte, zur Beute. Umsonst wehrten sich die Italiener; ihre Aufstände wurden blutig niedergeworfen.

Durch diesen Feldzug war Napoleon ein berühmter und einflußreicher General geworden. Er fühlte sich bereits mächtiger als das Direktorium und verhandelte mit den fremden Regierungen, als ob er der Gebieter Frankreichs wäre.

3. Der Feldzug nach Ägypten (1799).

England war jetzt die einzige Macht, die noch gegen Frankreich im Felde lag. Seine Insellage machte es unangreifbar und aus seinem Kolonialreich Indien flossen ihm große Reichtümer, die es zum Bau einer mächtigen Flotte und dazu verwendete, die Feinde der Revolution zu unterstützen. Um diese Quelle zu verstopfen, bereitete Napoleon einen Zug nach Ägypten vor, von wo er nach Indien vordringen wollte. Das Direktorium, das vor dem mächtig gewordenen General heimliche Angst empfand, ließ ihn nicht ungern in die Fremde abreisen, obwohl niemand an einen Erfolg des abenteuerlichen Planes dachte. Einen Teil des Geldes, dessen man zu diesem Feldzug bedurfte, verschaffte man sich durch die Eroberung der Schweiz, die man, wie Italien, auf räuberische Weise ausplünderte. Einen Monat, nachdem die Flotte unter Segel gegangen war, langte Napoleon im Nillande an, das damals unter der Herrschaft des Sultans stand. In der Schlacht bei den Pyramiden besiegte er ein türkisches Reiterheer und eroberte die Hauptstadt Kairo. Aber fast zu gleicher Zeit vernichtete Nelson, der Befehlshaber der englischen Flotte, die französischen Schiffe, die in der Bucht von Abukir lagen; damit war Napoleon von Frankreich abgeschnitten.

Von Syrien her durch ein zweites türkisches Heer bedroht, wandte er sich nach Palästina. Aber die aufreibenden Wüstenmärsche, die erfolglosen Kämpfe bei Saint Jean d'Acre und die Pest rieben sein Heer beinahe auf. Den Rest desselben nach Ägypten zurückführend, erkannte er, daß die Unternehmung mißlungen sei. Seinen Namen aber hat er dem Morgenland tief ins Gedächtnis geprägt; noch jetzt kennt man dort den „Bonaparte Wetterstrahl“.

b) Zweiter Koalitionskrieg.

1. Erste Schlacht bei Zürich (4. Juni 1799).

Die Abwesenheit des besten Generals der französischen Republik benützten England, Österreich und Rußland zu einem zweiten Feldzug, den man den zweiten Koalitionskrieg heißt. Von der Mündung des Rheins, über die Alpen hin, bis an den Vesuv entzündete sich die Kriegsfackel. Während die Franzosen an den beiden Flanken sich der Angreifer glücklich erwehrten, unterlagen sie ihnen in der Mitte. Von dem Russen Suworoff wurden sie nach schweren Kämpfen aus der Lombardei vertrieben; in Deutschland besiegte sie der Bruder des österreichischen Kaisers, der Erzherzog Karl, bei Stockach, nördlich vom Überlingersee. Die Hauptentscheidung jedoch fiel in der Schweiz, wo General Massena den Oberbefehl über sämtliche französische Truppen hatte. Gegen ihn führte Feldmarschall Hotze, ein Bürger von Richterswil, aus dem Vorarlberg kommend, ein österreichisches Heer.

Der Kampf begann mit der Vertreibung der Franzosen aus Graubünden; die siegreichen Österreicher drangen bis zum Reußthal, ja über Oberalp und Furka bis ins Oberwallis vor. Nach dem Siege bei Stockach sodann überschritt Erzherzog Karl den Rhein zwischen Stein und Schaffhausen und gleichzeitig drang die Hauptmacht Hotzes zwischen Sargans und Altstätten in die Schweiz ein. Vor den beiden Heeren wich Massena unter beständigen Kämpfen gegen Zürich zurück. Die Stadt wurde vom Burghölzli aus über den Zürichberg bis zum Käferberg durch starke Schanzen und Verhaue befestigt, an denen sich die Anstürme der Österreicher brachen. Aber Massena, erkennend, daß er der Übermacht nicht gewachsen sei, zog sich über die Limmat hinter den Ütliberg

zurück. Nach dieser ersten Schlacht bei Zürich standen Graubünden und die Nordschweiz vom Bodensee bis zur Aaremündung und bis zum rechten Ufer des Reuß- und Limmatlaufs unter der Herrschaft der Österreicher, während die Franzosen die Westschweiz jenseits dieser Grenzen besetzt hielten.

2. Die zweite Schlacht bei Zürich (25. Sept. 1799).

Nach Massenass Rückzug herrschte fast drei Monate Waffenruhe. Zwischen den Österreichern und den Russen, die sich ihre Erfolge gegenseitig mißgönnten, kam es wegen der Fortsetzung des Krieges zu streitigen Meinungen. Erzherzog Karl mußte wieder nach Deutschland zurück; dagegen erschien in Zürich ein russisches Heer unter Korsakoff. Suworoff bekam Befehl, sein siegreiches Heer über die Alpen zu führen und sich mit seinem Landsmann zu verbinden; beiden sollte Hotze, der das Gaster- und Glarnerland besetzt hielt, die Hand reichen. So hoffte man den tüchtigen Massena vollends aus der Schweiz zu jagen. Aber er kam seinen Gegnern zuvor. Durch seinen bergkundigen Unterführer Lecourbe ließ er die Österreicher aus dem Wallis und dem ganzen Reuß- und Gotthardgebiete werfen, noch ehe Suworoff, dem er so den Weg zu verrammeln suchte, seinen Alpenmarsch angetreten hatte. Dann holte er zu einem Hauptschlag gegen die Russen aus. An einem nebligen Herbstmorgen führte er bei Wollishofen einen Scheinangriff auf Korsakoff aus, der die Hauptmacht seiner Truppen dorthin zog. Massena aber führte inzwischen, durch den Nebel begünstigt, den größten Teil seines Heeres bei Dietikon über die Limmat. Er kam fast unangefochten bis in die Nähe der Stadt, wo sich allmählich ein tobender Kampf entwickelte, der für die Russen zu einer schweren Niederlage wurde. Korsakoff, der seinen Fehler zu spät erkannt hatte, konnte nur mit Mühe sich und die Hälfte seines Heeres über den Rhein nach Deutschland retten. Zugleich war der Kampf auch bei Kaltbrunn und Schänis losgebrochen, wo Hotze den feindlichen Kugeln erlag.

3. Suworoffs Alpenzug.

Endlich kam Suworoff in die Schweiz. Unter beständigen schweren Kämpfen stieg er über den Gotthard und die

Teufelsbrücke ins Reußtal hinunter, die Franzosen, welche über den Urnersee sich nach Schwyz zurückzogen, vor sich hertreibend. Wegen Mangel an Schiffen überschritt Suworoff den Kinzigkulm. In dem von den Franzosen bereits besetzten Muottatal angekommen, erfuhr er die Niederlage und Flucht Korsakoffs. Von den Franzosen verfolgt, zog er nun über den Pragelpaß ins Glarnerland und von da unter unsagbaren Mühsalen über den schneebedeckten Panixer nach Graubünden und über die Schweizergrenze.

Durch seine Erfolge hatte Massena Frankreich gerettet; die zweite Koalition aber löste sich auf, da die Russen sich von nun an vom Kriege fern hielten.

2. Das französische Kaisertum im Kampfe gegen Europa.

a) Übergang zur Monarchie.

Die Niederlagen der französischen Heere in Deutschland und Italien, Teuerung und Geldnot, riefen in Frankreich einer großen Unzufriedenheit gegen das Direktorium. Napoleon, durch seinen Bruder von der Stimmung des Volkes unterrichtet, fühlte, daß für ihn die Zeit gekommen sei, noch höher zu steigen. Er übertrug den Oberbefehl über das Heer in Ägypten einem seiner Generale und schiffte sich dann heimlich nach Frankreich ein. Von der Menge und besonders den Soldaten als siegreicher Feldherr gefeiert, gelang es ihm, das Direktorium mit Waffengewalt zu stürzen und sich selbst der Regierung zu bemächtigen. Erst wurde er als Konsul auf zehn Jahre gewählt, nach zwei Jahren ließ er sich das Konsulat schon auf Lebenszeit übertragen und wieder nach zwei Jahren ward er zum Kaiser der Franzosen erklärt (1804). Wie war dieser schnelle Übergang von der Republik zur Monarchie möglich? Die Bevölkerung Frankreichs sehnte sich seit langem nach Ordnung und Ruhe. Nun eroberte Napoleon während der Jahre seines Konsulats Italien wieder zurück und nötigte Österreich zum Frieden. Er räumte Ägypten und machte dadurch auch England geneigt, Frieden zu schließen. Er führte in Frankreich wieder die katholische Religion ein und stellte damit die Geistlichen und ihre Anhänger zufrieden. So wurde er überall als Friedensbringer betrachtet und man setzte ihm bei der Wiederherstellung der Monarchie fast keinen Widerstand entgegen.

Der Papst kam eigens nach Paris, um ihn bei der Krönung zu salben und ihm damit in den Augen des allgemeinen Volkes eine höhere Weihe zu geben.

Napoleon richtete einen glänzenden Hofhalt ein. Aber er dachte gar nicht daran, die alte Ständeordnung und ihre Folgen zurückzuführen; er ließ die Bauern und neuen Grundbesitzer ruhig bei dem, was sie durch die Revolution gewonnen hatten; er anerkannte die bürgerliche Gleichberechtigung und nicht umsonst trugen anfänglich die von ihm geprägten Münzen auf der einen Seite die Aufschrift: „République Française“ und auf der andern die Worte: „Napoléon, empereur“.

b) Napoleon als Gebieter des europäischen Festlandes.

1. Seine Eroberungskriege.

Österreich. Die Fürsten von Gottes Gnaden fühlten wohl, daß in der Erhebung eines einfachen Bürgers wie Napoleon zum Herrscher eines großen Volkes etwas Revolutionäres liege. Das Beispiel Bonapartes konnte auf die Völker gefährlich einwirken. Sie haßten ihn darum als unberechtigten Emporkömmling. Kaum hatte er die Kaiserkrone sich auf das Haupt gesetzt, als England, Rußland und Österreich sich zu seiner Bekämpfung vereinigten (dritte Koalition). Aber durch die Gefangennahme einer großen österreichischen Armee bei Ulm und einen glänzenden Sieg in der Dreikaiserschlacht zu Austerlitz (östlich von Brünn in Mähren) sprengte er diesen Bund. Aber in denselben Tagen vernichteten die Engländer unter Nelson die französische und spanische Flottenmacht bei Trafalgar (zwischen Cadix und Gibraltar) vollständig. Österreich mußte nebst andern Gebieten auch das Tirol abtreten, welches Napoleon an Baiern gab.

Preußen. Schon nach den Friedensschlüssen mit Österreich und England hatte Napoleon in die Verhältnisse des zerstückelten ohnmächtigen deutschen Reiches eingegriffen und die vielen geistlichen Gebiete und Reichsstädte unterdrückt und nach Gutdünken verschiedenen Fürsten zugewiesen. Besonders bedachte er die ihm ergebenden Fürsten von Baden, Württemberg und Baiern, deren Rang er auch erhöhte. Nachdem Österreich wiederum niedergeworfen war, vereinigte Napoleon jene Fürsten und andere in Süd- und Mitteldeutschland zu einem „Rheinbund“, dessen Präsident

er war. Diese Neugestaltung Deutschlands, welche Napoleons Herrschaft in bedrohliche Nähe Preußens rückte, erschreckte diese Macht. Sie trat an Stelle Österreichs in das Bündnis mit Rußland und England. Alsobald rückte Napoleon mit seinen schon bereitstehenden Truppen in Thüringen ein und schlug die Preußen in der furchtbaren Schlacht bei Jena und Auerstädt im Saaletal. Eine Festung nach der andern fiel in die Hände des Siegers, welcher den preußischen König bis an die äußerste Ostgrenze seines Reiches trieb.

Kurze Zeit nachher brachte Napoleon auch Portugal und Spanien in seine Gewalt.

2. Die Vasallenstaaten.

Napoleon stand jetzt auf der Höhe seiner Macht. Er schickte seine Befehle durch ein ganzes Weltreich, das die Apenninen- und Pyrenäenhalbinsel, Frankreich, Belgien, Holland, die Schweiz, den Rheinbund und Preußen westlich der Elbe umfaßte. Wie er die Republik Frankreich zu einem Kaiserreich umgeschaffen hatte, so verwandelte er auch die übrigen Republiken und die neu eroberten Länder in Fürstentümer für seine Geschwister, Verwandten, Generale und Freunde. Seinen Bruder Ludwig setzte er zum König über Holland ein, dem Bruder Joseph übertrug er die Krone von Spanien, dem jüngsten, Jérôme, verschaffte er aus den eroberten preußischen Gebieten das Königreich Westfalen, sein Schwager Murat wurde König von Neapel, sein Stiefsohn Eugen König von Italien, sein Freund Berthier Fürst von Neuenburg.

Alle Fürsten seines Reiches waren von ihm abhängig, sie mußten ihn in seinen Kriegen mit ihren Truppen unterstützen. Er verlangte ferner von ihnen genaueste Befolgung seiner Befehle und zögerte nicht lange, sie wieder abzusetzen, wenn sie sich selbständig geberdeten. Das mußte selbst sein Bruder Ludwig erfahren. Durch seine eigene Macht und die seiner „Vasallen“ beherrschte er das Festland.

3. Die Kontinentalsperre.

Nur das flottenstarke England stand noch unbesiegt da. Ein ungeheurer Haß erfüllte ihn gegen diesen unermüdlichen Feind. Er kam auf den Gedanken, das Inselreich durch Vernichtung seines Handels zu bezwingen. Allen Völkern Europas

wurde jeglicher Verkehr mit England verboten. Von Gibraltar bis zum weißen Meer durfte kein Hafen englische Schiffe aufnehmen. Mit tyrannischer Gewalt setzte er diese Maßregel in allen Ländern durch, selbst Rußland fügte sich ihr. Wie einst vor der Revolution Salzwächter und Weinaufseher in die Häuser eindrangen, so machten jetzt Soldaten und Zollbeamte Hausdurchsuchungen nach verbotenen englischen Waren. Wehe dem, der solche einschmuggelte! Der Kerker oder der Tod durch Erschießen war sein Los. Handel und Gewerbe stockten, zahllose Kaufleute und Fabrikunternehmer wurden zu Bettlern, die Lebensmittelpreise stiegen auf unerschwingliche Höhe. Ein allgemeiner Haß entzündete sich gegen Napoleon.

c) Der beginnende Niedergang.

1. Der spanische Aufstand.

Die stolzen Spanier, die einst die alte und die neue Welt beherrscht hatten, ertrugen mit grollendem Widerwillen die neue, aufgezwungene Fremdherrschaft. Sie wurden von den Engländern, die in Portugal landeten, kräftig unterstützt. An dem englischen Feldherrn Wellington erhielten sie einen tatkräftigen Berater und Anführer. Einer großen Feldschlacht wichen sie aus, aber in vereinzeltten Aufständen überfielen sie die französischen Truppen, die bisweilen auf grausamste Weise hingeschlachtet wurden. Ein jahrelanger Krieg wütete im Lande, das Napoleon trotz gewaltiger Anstrengungen nicht zur Ruhe zwingen konnte.

2. Neuer Krieg gegen Österreich.

Die spanischen Erfolge weckten in Österreich den Mut zu einem neuen Krieg gegen Napoleon, in dem man das verloren gegangene Tirol wieder zu gewinnen hoffte. Doch der von Andreas Hofer geleitete Aufstand der Tiroler, der anfänglich von Erfolg begleitet war, wurde unterdrückt und die Österreicher in den beiden Schlachten von Aspern und Wagram besiegt. Allerdings hatte Napoleon die Oberhand nur mit größter Mühe behaupten können. Unter seinen Generalen entstand das erste Mißtrauen auf seine Allmacht, in den unterworfenen Ländern aber erwachte die Hoffnung auf Erlösung von seinem Joch.

3. Der russische Feldzug.

Der russische Kaiser hatte sich zwar der Kontinentalsperre gefügt; aber um Napoleons willen konnte er sein Volk nicht aushungern lassen und handhabte sie sehr milde. Zwischen den beiden Kaisern trat eine Spannung ein, die schließlich zum Kriege führte. Der Herr des Abendlandes rüstete ein aus Italienern, Spaniern, Portugiesen, Franzosen, Schweizern und Deutschen bestehendes Heer von einer halben Million Kriegern. Mit diesem Völkergemisch zogen 180,000 Pferde und 1300 Kanonen. Der unabsehbare Zug wälzte sich in drei Säulen aus Deutschland gegen die ungeheuren Ebenen des Zarenreiches. Die Russen, bei Smolensk und in der furchtbaren Schlacht bei Borodino zurückgeworfen, verwüsteten auf dem Rückweg die Felder und verbrannten Dörfer und Städte. Den Franzosen folgten Hungersnot und schwere Seuchen, die Menschen und Tiere zu Tausenden dahinrafften. So kamen sie nach Moskau, als eben der Winter einbrach. Um dem Feinde die Quartiere zu vernichten, legten die Russen die Stadt in Asche. Bei grimmiger Winterkälte trat das Heer unter grauenhaften Entbehrungen und Leiden den Rückweg an. Auf den weiten Schneefeldern und besonders beim Übergang über die Beresina fand die „große Armee“ bis auf wenige Überreste einen grausigen Untergang. Napoleon aber flüchtete mit nur einem Begleiter nach Paris, um neue Streitkräfte zu sammeln. Er ahnte, daß die Völker von ihm abfallen würden.

d) Napoleons Sturz.

1. Neugestaltung Preußens.

Schon lange hatten sich die Preußen im stillen zu einer Erhebung vorbereitet. Um aus dem Volk ein kampffreudiges Heer zu schaffen, waren die Leibeigenschaft, die Vorrechte des Adels und die schweren Fronlasten aufgehoben worden. Die Bauern konnten ihre Güter von den schweren Zinsen und Steuerlasten loskaufen; der Anfang zu einem freien Bauernstand ward auch hier gelegt. Die Städte erhielten das Recht, ihre Beamten selber zu wählen. Im Heer führte man die allgemeine Wehrpflicht ein; „Landwehr und Landsturm“ traten an die Stelle der geworbenen Söldner.

2. Die Schlacht bei Leipzig. 1813.

Als daher der König von Preußen nach kurzem Schwanken sein Volk zum Kriege gegen Napoleon aufrief, folgte es in heller Begeisterung. Zugleich verbanden sich Österreich und Rußland mit ihm.

Zum Erstaunen Europas hatte Napoleon in kurzer Zeit wieder ein großes Heer zusammengebracht. Er brach in Deutschland ein und schlug seine Gegner in mehreren Schlachten. Aber ihre Generale hatten nach und nach seine Kriegskunst begriffen und wendeten sie gegen ihn an. Die verbündeten Heere drängten ihn bis nach Leipzig zurück, wo es zu einer furchterlichen dreitägigen Schlacht kam. Fast alle Völker des Erdteils kämpften hier für oder gegen Napoleon. Mit nur 150,000 Mann hielt er zwei Tage lang stand gegen 200,000 Mann der Verbündeten, die von Blücher und Schwarzenberg geleitet wurden. Als diesen aber am dritten Tage noch 100,000 Mann zu Hilfe kamen, mußte sich Napoleon zurückziehen. Sofort brach seine Macht in Deutschland in Trümmer; der Rheinbund fiel von ihm ab und schloß sich seinen Feinden an. Die verbündeten Heere folgten ihm in sein eigenes Reich. Vergeblich versuchte er den von Basel, vom Moseltal und von Holland andringenden Sturm abzuhalten. Er mußte Paris preisgeben, das, seiner Militärherrschaft müde, dem Feinde jubelnd die Tore öffnete. Er wurde zur Abdankung gezwungen und nach der kleinen Insel Elba verbannt.

3. Die Herrschaft der hundert Tage.

Während die Fürsten sich nun über die Neugestaltung Europas zankten, entwich Napoleon von Elba und kehrte nach Frankreich zurück, um seinen Tron wieder einzunehmen. Die französischen Truppen, die man ihm entgegen sandte, traten samt ihren Führern zu dem kleinen Heere über, das ihm geblieben war. In zwanzig Tagen stand er wieder als Kaiser in Paris. Als jedoch die Kunde von seiner Landung bekannt geworden war, ächteten ihn die Fürsten und sandten große Truppenmassen gegen ihn. Bei Waterloo (unweit Brüssel) kam es zu einer furchtbaren Schlacht. Wellington und Blücher, die Führer der vereinigten Engländer und Deutschen, zersprengten sein Heer. Zum zweiten Male dankte er ab. Kaum entging er seinen Verfolgern und als er sich

nach Amerika einschiffen wollte, fiel er seinen Todfeinden, den Engländern in die Hände. Im Einverständnis mit den Verbündeten wurde er als Kriegsgefangener nach der einsamen Insel St. Helena verbannt, wo er nach sechs Jahren schlimmer Kränkung starb.

e) Zusammenfassung.

Was die französische Revolution für Frankreich, das bedeutet Napoleon für Europa. Durch seinen Willen und seine Tatkraft, die alle Fürsten beugte, und durch die Siege seiner Heere minderte er das Ansehen der Herrscher von Gottes Gnaden und erhöhte dasjenige der Völker. Durch seine Kriege verteidigte er den neuen bürgerlichen Gesellschaftszustand in Frankreich und seine Soldaten trugen die neuen Ideen der Freiheit und Gleichheit in andere Länder. Sie wurden durch das von ihm erstellte Gesetzbuch „Code Napoléon“, das er vielfach in den unterworfenen Ländern einführte, gestärkt. Die früheren Söldnerheere wurden Volksheere und die allgemeine Wehrpflicht eine Ehrenpflicht für die Bürger aller Länder. Auch in den monarchischen Staaten fand der Gedanke, daß das Volk einen bescheidenen Anteil an der Gesetzgebung haben solle, Eingang. Überall fand die Gewerbe- und Handelsfreiheit Anerkennung. Wenn diese Ideen auch in der Folge zeitweise wieder unterdrückt wurden, so waren sie doch so stark dem Bewußtsein der Völker eingeprägt, daß sie immer wieder geltend gemacht wurden. Hierin liegt das große Verdienst des „Weltumpflügers Napoleon“.

V. Der Sturz der alten Eidgenossenschaft. 1798.

1. Einflüsse der französischen Revolution auf die Schweiz.

a) Die Schweizertsöldner.

Die französische Revolution übte auch auf die Schweiz einen tiefgehenden Einfluß aus. Zuerst äußerte er sich bei den Schweizerregimentern, die in französischen Diensten standen. Viele dieser Söldner waren den neuen Ideen zugetan und stellten sich auf die Seite der Revolutionäre. Ein Regiment mußte sogar wegen Meuterei hart bestraft werden. Andere, wie die Schweizergarde in Paris, blieben ihrem Kriegseide treu; dafür wurde gerade diese Truppe beim Tuileriensturm und später bei den Septembermorden auf grauenvolle Weise

hingeschlachtet. Nach dem Sturz des Königtums wurden die übrigen Regimenter schmählich und ohne Sold entlassen. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Schweizerland: die Tagsatzung erwog die Frage, ob sich die Eidgenossenschaft nicht der ersten Koalition anschließen sollte; aber niemand konnte sich zu tatkräftigem Handeln aufraffen.

b) Die Emigranten.^h

In der Schweiz hielt sich eine große Zahl französischer Flüchtlinge auf, die mit allen Mitteln unser Land zum Kriege gegen das revolutionäre Frankreich zu bewegen suchten. Wenn auch ihre Mühe erfolglos war, so machten doch diese starke Ansammlung von Emigranten und die Geneigtheit mancher Kantonsregierung, die Gegenrevolution zu unterstützen, die Schweiz bei der französischen Regierung verhaßt.

c) Der Schweizerklub in Paris.

Dieser Haß wurde noch geschürt durch den Schweizerklub in Paris, der meist aus einflußreichen Flüchtlingen der Westschweiz bestand. Sie hatten die Absicht, den Umsturz auch im Heimatlande anzubahnen. Zu diesem Zwecke schmuggelten sie Bücher und Zeitungen unter das Landvolk, dem sie so die neue Lehre von der Freiheit und Gleichheit verkündeten. Umsonst machten die Regierungen Jagd auf diese Schriften und ließen sie sogar durch Henkershand verbrennen, wie dies in Uri geschah. An verschiedenen Orten, z. B. im Waadtland, im Wallis, brachen Aufstände aus, die noch gewaltsam, teilweise blutig unterdrückt wurden.

d) Die Verluste der westlichen Grenzgebiete.

Genf. In Genf aber gelang es den Sendlingen des Schweizerklubs eine Revolution herbeizuführen, die blutig verlief; ein Revolutionsgericht verbreitete den „Schrecken“, wie dasjenige in Paris. Die genferischen Revolutionäre brachten es schließlich dahin, daß französische Truppen die Stadt besetzten, die dann mit Frankreich vereinigt wurde.

Bistum Basel. Damals stand der ganze Berner Jura samt Biel unter der Botmäßigkeit des Bischofs von Basel. (Residenz Pruntrut.) Sendboten des Schweizerklubs wiegelten auch hier das Volk gegen seinen Herrn auf. Dieser rief die Österreicher zu Hilfe, welche eben den ersten Koalitionskrieg

eröffneten. Aber die Franzosen verdrängten sie und nahmen auch dieses Gebiet in Besitz.

Grenzbesetzung. In diesen Kriegszeiten hielten eidgenössische Truppen die Grenze besetzt, um einen Einbruch der Franzosen abzuwehren. Von ihren Wachtposten aus sahen die Schweizer die freiheitstolzen Franzosen und hörten ihr begeistertes Feldgeschrei: Freiheit und Gleichheit. Nach der Grenzbesetzung fand man in allen Gegenden Männer, die für eine neue Ordnung eintraten.

e) Unruhen am Zürichsee.

1. Das Memorial.

Das geschah auch am Zürichsee. Hier bildete sich eine Lesegesellschaft, in welcher revolutionäre Zeitungen und Flugschriften von Mitglied zu Mitglied gingen. In den gemeinsamen Zusammenkünften verglich man die heimatlichen Zustände mit der neugeschaffenen Lage des französischen Volkes. Der Hafner Nehracher von Stäfa schrieb eine Denkschrift, ein „Memorial zur Beherzigung an die teuern Landesväter“. Darin wurde geklagt über die Ungleichheit in den Rechten der Stadt- und Landbürger, über die Einschränkung des Landvolks in Handel und Gewerbe und dessen Ausschließung vom höhern Studium und den höhern Militärstellen. Die Regierung wurde gebeten, Freiheit und Gleichheit einzuführen. Aber sie verurteilte den Verfasser des Memorials und seine Freunde Pfenninger und Staub zu mehreren Jahren Verbannung.

2. Der Stäferhandel. 1795.

Diese Härte empörte das Volk und bewirkte, daß man nach alten Freiheitsbriefen suchte, die im Waldmannhandel und nach dem Kappelerkrieg den Leuten am See gegeben worden waren. Als man sie im Archiv zu Küsnacht fand, verbreitete man sie durch Abschriften und ersuchte die Regierung, sich an die Urkunden zu halten. Aber statt aller Antwort verbot die Regierung jede öffentliche Besprechung derselben. Als die Gemeinde Stäfa beschloß, eine solche trotzdem vorzunehmen, schickte die Regierung 1700 Mann ab, welche die „Rebellen“ entwaffneten und schwer bestraften. Über dem Haupte des greisen Bodmer, eines Hauptführers, wurde das Schwert gezückt und er selbst, nebst einigen andern, zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt; viele wurden hart gebüßt. Noch einmal hatte die alte Ordnung gesiegt.

f) Cäsar Laharpe und Peter Ochs.

Zwei Männer arbeiteten mit aller Kraft auf den Umsturz hin; Cäsar Laharpe von Rolle und Peter Ochs von Basel. Beide standen in enger Verbindung mit der französischen Regierung und mit Napoleon. Jener forderte das Direktorium geradezu auf, die Waadtländer in seinen Schutz zu nehmen und die Aristokratien in der Schweiz zu stürzen; dieser verhandelte mit einigen Direktoren bereits über eine Neuordnung der Eidgenossenschaft, und verfaßte ein dazu passendes Grundgesetz (Verfassung). Sie fanden beide geneigtes Gehör; denn Frankreich bedurfte der Alpenpässe zur Sicherung der eroberten Lombardei und der schweizerischen Staatskassen für den ägyptischen Feldzug. Napoleon, aus Italien zurückkehrend, reiste selbst durch die Schweiz, um Land und Volk auszukundschaften.

Immer deutlicher enthüllten sich die Pläne der Franzosenfreunde, der sogenannten „Patrioten“. Aber die schweizerischen Regierungen erkannten die Gefahr nicht; sie mißachteten die Ratschläge einsichtiger Männer und in ihrer Unentschlossenheit taten sie nichts zur Abwendung des nahenden Verderbens.

2. Die Eroberung der Schweiz durch die Franzosen.

a) Die Eroberung der Waadt.

Gemäß den Ratschlägen Laharpes stellte das französische Direktorium an der waadtländischen Grenze ein Heer bereit. Sofort erhoben sich die Waadtländer und schüttelten die Herrschaft Berns ab, indem sie die „lemanische Republik“ gründeten. Zu ihrem Schutze riefen sie die Franzosen herbei, die nicht zögerten, das Land beinahe vollständig zu besetzen. Nach französischem Vorbild wurde eine neue Ordnung der Dinge eingeführt.

b) Der allgemeine Zusammenbruch.

Diese Ereignisse gaben das Zeichen zum Aufstand aller Untertanengebiete; überall fielen die Vorrechte und Standesunterschiede. Im Kanton Zürich verlangte man die Loslassung der gefangenen Stäfer, die nach einigem Zaudern der Regierung endlich erfolgte. Aber schon begnügte man sich mit dieser Nachgiebigkeit der Regierung, die nur Schwäche verrät, nicht mehr. Man erzwang die Anbahnung einer neuen Staatseinrichtung, die auf Freiheit und Gleichheit beruhen sollte.

In Baselland ahmten die Bauern das Vorgehen der französischen Landbevölkerung nach, indem sie mehrere Landvogtschlösser in Asche legten. Eine Nationalversammlung wurde einberufen, welche die von Peter Ochs entworfene Neuordnung einführte.

Ähnliche Aufstände und Neuerungen vollzogen sich in andern Kantonen und in den gemeinen Herrschaften; die Untertanenländer wurden freigegeben.

c) Der Fall Berns.

1. General Brune.

Endlich erfolgte der Hauptschlag gegen die alte Eidgenossenschaft. Brune, der Anführer der französischen Truppen im Waadtland, vergaß sein Hauptziel, die Eroberung Berns, nicht. Um zur bessern Ausrüstung seines Heeres Zeit zu gewinnen und die Berner vor einem Angriff zurückzuhalten, trat er in Unterhandlungen mit der bernischen Regierung, die er arg zu täuschen wußte. So konnte er den General Schauenburg heranziehen, der sofort durch den Jura nach Biel vorrückte.

Nun verlangte Brune, daß die aristokratische Berner Regierung abdanke und einer neuen Platz mache. Als diese Forderung nicht sofort erfüllt wurde, erklärte er den Krieg.

2. Verwirrung in Bern.

In der stolzen Aarestadt erzeugten Bruness Begehren Verwirrung und Ratlosigkeit. In der Regierung bekämpften sich zwei Parteien. Die eine, geführt von dem bejahrten Schultheiß Steiger, verlangte einen Waffenentscheid; die andere, unter Frisching, suchte das Heil im Frieden.

Umsonst riet Steiger, mit Tränen in den Augen, zu raschem Angriff. Die Regierung schwankte; Befehle wurden gegeben und widerrufen. Das machte die einberufenen Truppen argwöhnisch und störrig; ganze Bataillone versagten den Gehorsam, Tausende kehrten voll Ingrimm nach Hause; die Anführer wurden der Verrätereï beschuldigt und mit dem Tode bedroht, einzelne fielen bereits der Wut des Volkes zum Opfer. Die Truppen der übrigen Kantone, welche Bern um Hilfe gemahnt hatte, erschienen entweder gar nicht oder kehrten auf halbem Wege um: In der Stunde der Gefahr ging der alte eidgenössische Bund aus den Fugen.

Die Ausschließung des Volkes von den Staatsgeschäften sollte sich bitter rächen.

3. Neuenegg und Grauholz.

Brune befahl einen doppelten Angriff auf Bern. Während er von Süden anmarschierte, rückte Schauenburg von Norden vor. Auf dem Marsche nahm jener Freiburg, dieser Solothurn mit leichter Mühe ein; so waren sie im Rücken gedeckt. In letzter Stunde hatte die bernische Regierung Ludwig von Erlach zum Oberbefehlshaber ernannt, der mit seinen Truppen, einigen Soldatenbataillonen und ungeordneten Landstürmerhaufen die Übergänge an der Aare, der Saane und Sense deckte. Im Süden kam es bei Neuenegg zu einem schweren Gefecht, in welchem die Truppen Brunes zurückgeworfen wurden. Aber dieser Sieg sollte wenig nützen; denn im Norden ging alles verloren. Bei Fraubrunnen und im Grauholz wurden die Berner trotz tapferer Gegenwehr von Schauenburg geschlagen. In wilder Flucht wälzten sie sich der Stadt zu, wo sie General Erlach noch einmal zum Widerstand sammeln wollte. Aber die Stadt selber gab jede Verteidigung auf und ergab sich an Schauenburg.

Der Ingrimm der Verzweiflung erfaßte die Soldaten; sie schrien über Verrat, zerbrachen ihrer Waffen, ermordeten ihre Obersten; selbst Erlach fiel ihrer Wut zum Opfer und der greise Steiger konnte nur mit Mühe sein Leben ins Ausland retten.

Der Fall Berns zog auch den der alten Eidgenossenschaft nach sich; denn kein Ort wagte, den Franzosen entgegenzutreten.

d) Die Plünderung.

Schwer mußte Bern den Widerstand büßen. Brune bemächtigte sich gewaltsam des Staatsschatzes. Alle Kassen wurden geplündert, die Leder- und Kleidermagazine und die Zeughäuser ihres Inhaltes beraubt. Auf elf mit 44 Pferden bespannten Leiterwagen gingen die bernischen Gelder nach Frankreich. Über 400 Geschütze und 43,000 Gewehre fielen den Franzosen in die Hände. Selbst die drei „Mutzen“ wurden aus dem Bärengraben als Siegespreis nach Paris geführt.

In Freiburg und Solothurn und später in Zürich, Luzern und anderwärts machten es die Franzosen nicht viel besser. Wie der Obergeneral die Stadt, so brandschatzten die Sol-

daten die Einwohner mit größter Rohheit. Schwer war der Schaden, den Feuer und Zerstörungswut an Scheunen und Wohnhäusern anrichteten.

3. Die helvetische Republik.

a) Die eine und unteilbare helvetische Republik.

Umfang. Die „helvetische Revolution“ hatte für die Schweiz bedeutende Gebietsverluste zur Folge. Genf und das Bistum Basel waren an Frankreich übergegangen und das preußische Neuenburg löste seine Stellung als zugewandter Ort. Birs, Bieler- und Neuenburgersee bildeten ungefähr die Nordwestgrenze. Die bündnerischen Vogteien verblieben bei Norditalien.

Einteilung. Zur bessern Verwaltung wurde „die helvetische Republik“ in 19 Kreise eingeteilt, die man Kantone nannte. Diese besaßen keine eigene Regierung; sie waren also nicht selbständig; auch stimmten ihre Namen und Grenzen nicht mit den frühern Orten überein (z. B. Kantone Linth, Sentis, Lugano, Bellinzona).

Behörden. Die neue Republik sollte eins und unteilbar sein; ein Recht, ein Gesetz, eine Regierung wurde für das ganze Land eingeführt.

Zwei Versammlungen von Volksabgeordneten, der große Rat und der Senat, machten die Gesetze. Für deren Durchführung sorgte ein Direktorium von fünf Mitgliedern, dem noch fünf Minister beigegeben waren. Es übersandte Gesetze und Befehle den Statthaltern in den einzelnen Kantonen und diese übermachten sie den Bezirksstatthaltern, welche sie dann den Bürgern in den Gemeinden zur Kenntnis brachten. Für die ganze Schweiz bestand auch ein besonderes Obergericht.

Volksrechte. Im neuen Staat gab es keine Untertanen mehr; wie in Frankreich sollte auch hier Freiheit und Gleichheit herrschen. Jeder unbescholtene Bürger war stimm- und wahlberechtigt, alle waren wehr- und steuerpflichtig; die Steuer mußte nach der Größe des Vermögens und des Einkommens entrichtet werden. Jedem Schweizer wurde gestattet, sich niederzulassen, wo er wollte, und nach seiner Wahl einen Beruf zu betreiben; jedem ward erlaubt, eine Zeitung, ein Memorial oder ein Buch zu schreiben und drucken zu lassen; niemand

durfte zu irgend einem Glauben gezwungen oder daran gehindert werden.

Hauptort. Als Hauptort der neuen Republik wurde Luzern bestimmt; aber die neuen Behörden versammelten sich zunächst in Aarau, weil jene Stadt durch die Waldstätte bedroht war, welche sich gegen die neue Ordnung auflehnten.

b) Der Widerstand gegen die neue Ordnung.

1. Der Aufstand der Schwyzer.

Ursachen. Seit vielen Jahrhunderten hatten sich die Länderkantone in den Landsgemeinden nach eigenen Gesetzen und Gebräuchen selber regiert. Durch die helvetische Republik wurde das Volk von allen wichtigern Staatsgeschäften ausgeschlossen; eine ferne, unbekannte Regierung gab ihnen Weisungen und Befehle. Das machte böses Blut. Unduldsame Geistliche erklärten, daß Vaterland und Religion in Gefahr seien. So griffen die Waldstätte nebst Zug und Glarus zu den Waffen. Der Schwyzer Alois Reding, ein trefflicher Offizier, übernahm den Oberbefehl.

Der Kampf. Das helvetische Direktorium beauftragte den General Schauenburg, die widerspenstigen Orte zu unterwerfen. Dieser eröffnete auf verschiedenen Seiten den Angriff auf den Hauptherd des Widerstandes, auf den Kanton Schwyz. Ein Teil seiner Truppen marschierte vom Zürichsee gegen den Etzel und gegen Schindellegi vor. Dort verließ der kommandierende Pfarrer Marianus Herzog, der geprahlt hatte, daß er den Berg bis auf den letzten Mann verteidigen werde, feige seine Stellung und die Franzosen drangen nach Einsiedeln. Was nützte es nun, daß Reding bei Schindellegi den Feind zwei Stunden lang abwehrte? Um nicht umgangen zu werden, mußte er sich zurückziehen.

Unterdessen war eine andere Abteilung Schauenburgs vom Ägerisee über Morgarten gegen Rotenturm vorgedrungen. Hier wurden sie von den Schwyzern in heldenmütigem Kampfe zurückgeworfen. Doch sah Reding die Nutzlosigkeit eines längern Widerstandes ein. Auf seinen Rat nahmen die Schwyzer die neue Verfassung an, worauf auch die übrigen Orte sich unterwarfen.

2. Die Schreckenstage in Nidwalden.

Aber die Ruhe dauerte nur kurze Zeit. Bald hernach erklärte das Direktorium die Klostergüter als Staatseigentum,

was in den katholischen Ländern einer großen Erbitterung rief. Diese wuchs, als die Staatsverfassung beschworen werden sollte. Wiederum, besonders in Nidwalden, reizten glaubenseifrige und gewissenlose Priester das Volk zum Aufstand, indem sie ihm die Hilfe der Österreicher in Aussicht stellten, die eben damals die zweite Koalition abgeschlossen hatten. Das glaubensschwärmerische, verleitete Volk verwarf alle friedlichen Ratschläge. Aber nach einem heldenmütigen Kampf wurde es von den Truppen Schauenburgs vollständig geschlagen und das Ländchen furchtbar verwüstet: 25 Kinder, 102 Frauen, 289 Männer hatte das Schwert gewürgt, das Feuer 712 Gebäude zerstört; das ganze Tal war eine Grab- und Brandstätte. Der elternlosen Waisen nahm sich in aufopfernder Liebe Heinrich Pestalozzi an.

c) Not und Elend.

1. Die Kriegslieferungen.

Nicht bloß in den Gegenden, die der Krieg heimgesucht hatte, herrschte Not und Elend, sondern in der ganzen Schweiz. Noch lag ja das französische Heer, das ernährt werden mußte, im Lande. Schlachtvieh, Brot, Wein, Salz, Hafer, Heu, Kleidungsstücke, Betten, Brennholz, Fuhrwerke: alles mußte geliefert werden. Frech und zuchtlos benahmen sich die Soldaten, die oft um geringer Ursache willen friedliche Männer und Frauen töteten. Aber im nächsten Jahre, als der zweite Koalitionskrieg in unserm Lande tobte, stieg das Elend aufs höchste. Die Franzosen, die Russen und die Österreicher brandschatzten abwechselnd die Gegenden, durch die sie zogen. Massena nahm an öffentlichen und privaten Geldern, was er konnte: in Zürich 800,000 Fr., in Basel ebenso viel und später noch einmal 1,600,000 Fr., in St. Gallen 400,000 Fr. Nach der zweiten Schlacht bei Zürich mußte die Stadt 80,000 Rationen* Brot, 20,000 Pariserschoppen Wein (0,9 Liter), 20,000 Scheffel Hafer (à 50 l), 10,000 Schoppen Branntwein, 10,000 Zentner Korn, 100 Ochsen und 1000 Holzwellen liefern. In Winterthur verlangte der General Lecourbe 10,500 Paar Schuhe und später Massena noch einmal 12,500 Paar. Man mußte selbst Tinte, Federn und Oblaten liefern.

* Ration = tägliche Brotportion für einen Soldaten.

2. Einquartierungen.

Ungeheuer drückend waren ferner die Einquartierungen. Im Kanton Freiburg verpflegte ein kleines Dorf innerhalb einem halben Jahre 25,000 Soldaten, das Urserental in einem Jahre 681,700 Mann. In Winterthur lagen von Ende Mai 1799 bis Ende September 43,310 österreichische Soldaten und 5116 Offiziere, während sich in den Spitälern und Lazaretten 13,600 Verwundete befanden.

3. Kriegsschaden.

Dazu kamen noch die Schädigungen durch den Krieg selber. In manchen Gegenden, wie um Zürich, waren die Weinberge zerstört, ganze Waldungen umgehauen. Im Kanton Zürich allein rechnete man den Kriegsschaden auf 16,000,000 Fr. Im Urserental fehlte das Futter, das Vieh war geschlachtet; von 40 Bergochsen fand man nach dem Kriege noch 3 und von 200 Saumrossen noch etwa 40. Viele Dörfer lagen in Schutt und Trümmern oder waren kahl ausgeraubt: die Wohnungen hatten keine Fenster, Türen, Dächer und Fußböden mehr. Im Oberwallis traf man sieben Stunden weit kein Dorf mehr an. Die abziehenden Heere hinterließen die Hungersnot. Im Kanton Thurgau galt das Pfund Brot 14 Kreuzer = 35 Rappen, der Zentner Kartoffeln 12—13 Fr. Tausende, namentlich Kinder, kamen aus den Bergkantonen in die ebene Schweiz, um bettelnd ihr Leben zu fristen; selbst ehemalige reiche Ratsherren baten mildtätige Leute um Schuhe und Hemden.

4. Die Vermittlungsakte.

a) Der Sturz der Helvetik.

Das Volk hatte einen ingrimmigen Haß gegen die helvetische Republik, die ihm so viel Unheil brachte, und nur die Anwesenheit des französischen Heeres hielt es von einer Empörung ab. Da zog Napoleon nach Beendigung des zweiten Koalitionskrieges dasselbe zurück und sofort brachen überall Aufstände los. Vergeblich suchte das helvetische Direktorium mit Waffengewalt ihrer Meister zu werden.

Es war schon seit dem Einbruch der Österreicher von Luzern nach Bern übergesiedelt; aber auch da von knüppelbewaffneten Volkshaufen bedroht, floh es nach Lausanne. Alles ging aus Rand und Band.

b) Die Vermittlungsakte 1803—1813.

1. Napoleon und die Schweizerabgeordneten.

Ruhe und Ordnung brachte in diese Wirren der Konsul Napoleon, der die Schweiz als ein von Frankreich abhängiges Land betrachtete. Er berief angesehene Schweizer nach Paris, um mit ihnen eine Neuordnung der schweizerischen Verhältnisse zu beraten. Diese vertraten zwei große Parteien: die eine wollte die alten Zustände wieder einführen, die andere den Einheitsstaat fortbestehen lassen. Zwischen beiden vermittelte Napoleon, jede mußte in gewissen Punkten nachgeben; so kam die Vermittlungsakte zu stande.

2. Die Vermittlungsakte.

Bundesverhältnisse. Die neue Verfassung gab der Schweiz wohl ihren alten Namen, aber nicht den frühern Umfang zurück. Genf, Neuenburg und das Bistum Basel blieben auch jetzt noch in Frankreichs Händen; das Wallis aber trennte Napoleon als besondere Republik ab und fügte es schließlich seinem Kaiserreich an. Das übrige Gebiet, der schweizerische Bund, bestand aus 19 Kantonen. Zu den 13 alten Orten, die mit Ausschluß der Untertanengebiete ihre frühern Grenzen wieder erhielten, kamen noch St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin und Waadt.

Als eidgenössische Behörde wurde die Tagsatzung wieder ins Leben gerufen. Jeder Kanton schickte, wie ehemals, einen Abgeordneten, der nur nach den Weisungen seiner Regierung stimmen durfte. Sie konnte über Krieg und Frieden und Bündnisse entscheiden und hielt im Innern Ordnung und Ruhe aufrecht. Sie versammelte sich wechselweise von einem Jahr zum andern in den Vororten: Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Zürich und Luzern. Der Bürgermeister oder Schultheiß des jeweiligen Versammlungsortes war ihr Vorsitzender. Er war auch zugleich Landammann der Schweiz, der die Aufsicht über das Land zu führen hatte, Streitigkeiten unter den Kantonen schlichtete und die Bundestruppen aufbot.

Die Vermittlungsakte duldete weder Untertanengebiete noch Vorrechte der Orte, Personen oder Familien mehr; sie gewährleistete jedem Schweizer freie Ausübung seines Berufes und freie Niederlassung, sowie freien Verkehr für Lebensmittel und Handelswaren.

Kantonale Verhältnisse. Die einzelnen Kantone erhielten ihre Selbständigkeit wieder. In den Ländern wurden die Landsgemeinden wieder eingeführt; in den übrigen schickte das Volk seine Stellvertreter (Repräsentanten) in die Regierung. Die Hauptstädte bekamen allerdings deren mehr, als ihnen nach der Volkszahl gebührte; so war die Landschaft im Nachteil. Auch wurden die ärmern Klassen vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen, da es nur denen zukam, die ein gewisses Vermögen versteuerten.

Die kantonalen Regierungen bestimmten wieder die Münzen, das Postwesen, selbst das Glaubensbekenntnis, das innerhalb ihres Gebietes ausgeübt werden durfte. Dadurch konnten sie die freie Gewerbstätigkeit durch Zunftbeschränkung unmöglich machen, sogar die freie Niederlassung hemmen, sodaß wieder viele Heimatlose auftauchten.

c) Friedenswerke.

Doch war die Mediationszeit für die Schweiz verhältnismäßig glücklich. Während ringsum die Kriegsstürme tobten, genoß sie der Ruhe und baute Werke des Friedens. Pestalozzi begründete durch seine Erziehungsanstalten in Burgdorf und Yverdon, die europäischen Ruf hatten, die neue Volksschule. Man suchte das Volkswohl durch zweckmäßige Pflege des Waldes, der Landwirtschaft, durch Einführung der Feuerversicherung zu heben. Konrad Escher von Zürich baute den Linthkanal, durch den die Ebene zwischen Walen- und Zürichsee, die zu einem unbewohnbaren Sumpf geworden war, dem Anbau und der Fruchtbarkeit zurückgewonnen wurde.

d) Abhängigkeit von Frankreich.

Einen trüben Schatten aber warf der Umstand, daß Napoleon die Schweiz wie einen Teil seines gewaltigen Reiches behandelte. Sie litt schwer unter der Kontinentalsperre. Da der Zoll auf Baumwolle von 6 Fr. auf 240 Fr. per Zentner stieg, wurden allein in der Ostschweiz 20,000 Weberfamilien brotlos. Ferner mußte die Schweiz Napoleon vier Regimenter Soldaten stellen, 16,000 Mann, die fortwährend durch rücksichtslose Werbungen auf dieser Höhe erhalten werden mußten. Sie fochten in fast allen napoleonischen Kriegen mit und viel Unglück und Leid kam dadurch über Tausende von Familien. Das Land trug diese Bürde, bis Napoleons Sturz es davon befreite.

e) Rückblick.

Die „Helvetik“ machte den ersten Versuch, im ganzen Schweizerland die Volksherrschaft (Demokratie) zu begründen, und die vielen lose zusammenhängenden Orte zu einem Einheitsstaate zu verbinden. Sie begründete das schweizerische Bürgerrecht und weckte den Sinn für ein schweizerisches Volksheer; sie ordnete zum erstenmal das Steuerwesen nach gerechten Grundsätzen und weckte die Idee eines Rechtes für alle Schweizer. Klar erkannte sie auch den Wert einer besseren Volksbildung. Einer späteren, ruhigeren Zeit war es vorbehalten, diese Ideen zum Siege zu führen.

Bearbeiter: *H. Sulzer*, Zürich III.

E. Die Gegenrevolution.

I. Die Neuordnung Europas.

Nach dem Falle Napoleons versammelten sich in Wien Kaiser, Könige, Fürsten und Gesandte, um die Ländereinteilung Europas neu zu ordnen. Das Ziel dieses „Wiener Kongresses“ war, den Zustand vor 1789 möglichst wiederherzustellen, und die Mächte, welche den Krieg gegen Napoleon geführt hatten, auf Kosten der Kleinen zu belohnen. Beinahe hätte der Länderhunger die Sieger selber entzweit; da brachte Napoleons unerwartete Flucht von Elba eine rasche Einigung:

England behielt einen Teil der erbeuteten französischen und holländischen Kolonien, z. B. das Kapland in Südafrika.

Rußland erhielt Polen.

Österreich verzichtete auf Belgien und seine süddeutschen Gebiete, und wurde dafür mit Galizien, der Lombardei und Venezien entschädigt.

Preußen gewann den größern Teil des Königreiches Sachsen und Gebiete am Rhein, sodaß es in zwei ungleiche, von einander getrennte Gebiete zerfiel.

Frankreich erhielt ziemlich die frühere Größe, und wurde an der Ostgrenze durch einige sogenannte Pufferstaaten von den Großmächten getrennt; im Süden durch

Sardinien, im Norden durch das Königreich der Niederlande (Holland und Belgien) in der Mitte durch die Schweiz.

Norwegen, das bisher dänisch gewesen war, ging an Schweden über.

II. Die Neubildung der Schweiz.

Auch die Schweiz hatte, um bessere Grenzen zu erhalten, Vertreter nach Wien geschickt. Alte Kantone, wie Bern und Freiburg, verlangten ihre Untertanenländer zurück, die neuen, wie Waadt, Aargau etc., wehrten sich dagegen. Das Resultat der Verhandlungen fiel besser aus, als bei der Uneinigkeit der Schweiz zu erwarten war.

Zu den 19 Kantonen der Mediationszeit kamen Wallis, Neuenburg (als Fürstentum unter dem König von Preußen) und Genf neu hinzu. Dieser letztere Kanton wurde durch savoyisches und französisches Gebiet vergrößert und mit der Waadt in Verbindung gebracht. Als Entschädigung für den Verlust seiner Untertanengebiete wurde dem Kanton Bern das frühere Bistum Basel zugeteilt. Die ehemaligen bündnerischen Untertanenländer (Veltlin etc.) gingen an Österreich verloren, auch Konstanz konnte nicht gewonnen werden. Bei Kriegen ihrer Nachbarn sollte die Schweiz neutral sein, d. h. keiner Partei helfen und ihre Grenzen gegen fremde Heere sicherstellen.

III. Die Unterdrückung des Neuen.

I. Die Rückkehr zum Alten (Reaktion).

Auf die Stürme der Revolutionszeit folgte eine Zeit allgemeiner Ermattung. Nach den verzehrenden Kriegsjahren bedurfte man des Friedens und der Ruhe. In kluger Berechnung benutzten die Regenten diese Stimmung, um ihre alten Herrschaftsrechte zu retten.

Die Ideen der Freiheit und Gleichheit, der Aufklärung und Volkswohlfahrt kamen in Verruf. Für alle Fehler der Revolution, für alles Unglück der napoleonischen Zeit wurden die Lehren der Revolution verantwortlich gemacht. Die Fürstenrechte erdrückten die Menschen- und Völkerrechte. Die Freunde der neuen Lehren wurden als Volksverführer, als Jakobiner verschrien und verfolgt.

Einen mächtigen Bundesgenossen fanden die Fürsten in der Kirche, die ihren einstigen Einfluß zurückgewinnen wollte. Sie vertrat im Dienste der Regierungen aufs neue die Lehre vom „Gottesgnadentum“, das vom Volke unbedingten Gehorsam verlangte.

Was an Napoleon oder an die Revolution erinnerte, wurde abgeschafft. In Deutschland lebten da und dort Leibeigenschaft und Folter wieder auf, die Universitäten wurden überwacht, selbst die Turnplätze Berlins als Revolutionsherde beaufsichtigt, später sogar geschlossen. Die Studentenvereine (Burschenschaften) wurden untersagt, freisinnige Professoren gemaßregelt. Der Preußenkönig entließ seine fortschrittlichen Minister und scheute sich nicht, sein Wort zu brechen, indem er dem Volke die versprochene Verfassung vorenthielt.

In Österreich hatte das Neue nie großen Einfluß gewonnen. Hier führte das Haupt der Gegenrevolution, der Fürst Metternich, sein strenges Regiment. Damit der „Freiheitsschwindel“ nicht Wurzel fasse, wurden die Ausländer ferngehalten oder durch die Polizei aufs schärfste überwacht. Es war eine Lieblingsbeschäftigung des Kaisers, Briefe zu erbrechen, also das Postgeheimnis zu verletzen; harmlose Bücher und Zeitschriften wurden verboten, den Untertanen der Besuch fremder Bäder und Universitäten untersagt.

Am schlimmsten war der Rückschritt in den romanischen Ländern. Mit kindischem Haß suchte man die Erinnerung an die Franzosenzeit auszulöschen. In Sardinien hob man alle neuen Gesetze auf, und führte die ein, die ein halbes Jahrhundert früher gegolten. Die Straße über den Mont-Cenis ließ man zerfallen; in Turin wurde der schöne botanische Garten zerstört, die Beleuchtungseinrichtung im Theater entfernt, — nur weil diese Werke von den Franzosen stammten. Rom beseitigte die Straßenbeleuchtung und die Pockenimpfung als revolutionäre Einrichtungen. Dafür blühte das Räuberwesen mächtig auf. So schätzte man allein im Königreiche Neapel die Zahl der Briganten auf 30,000.

Die Spanier wurden für den im Kampfe gegen Napoleon bewiesenen Heldenmut schlecht belohnt. Der zurückgekehrte König vernichtete alle Freiheiten, führte Folter und Inquisition ein und überließ die Regierung Günstlingen, die er wie seine Röcke wechselte, und die das Land schamlos ausbeuteten,

während verdiente Generale des Freiheitskrieges im Zuchthaus oder in der Verbannung schmachteten.

In Frankreich regierten wiederum die Bourbonen. Ludwig XVIII., ein Bruder des hingerichteten Königs, ging darauf aus, die ungeheure Umwälzung der letzten 25 Jahre ungeschehen zu machen. Die Rachelust der zurückgekehrten Emigranten, die sofort ihre alten Besitzungen und Rechte ansprachen, kannte keine Grenzen, und wurde selbst dem König lästig. Obgleich er Straflosigkeit für alles Geschehene versprochen hatte, konnte er wilde Verfolgungen nicht hindern. Die napoleonischen Beamten und Offiziere wurden entfernt und durch Angehörige des alten Adels ersetzt. Im Süden erging eine regelrechte blutige Jagd gegen die ehemaligen Revolutionäre. Binnen wenig Wochen saßen 70,000 Personen im Gefängnis. Wohl besaß Frankreich eine Verfassung, aber das Wahlrecht durften nur die Reichsten ausüben. Die Tricolore, die Fahne der Revolution, mußte dem weißen Lilienbanner der Bourbonen weichen. In den Tuileries übernahmen wie früher Schweizersöldner die Bewachung des Königs.

So war überall der gleiche Geist tätig. In einem Bunde, der „heiligen Allianz“, reichten sich die Monarchen Europas brüderlich die Hand, um die Freiheit der Völker zu ersticken. Auf Kongressen verfügten sie über die Geschicke der europäischen Staaten. Jeder Widerstand gegen den Rückschritt und die Tyrannei wurde durch den Fürstenbund erdrückt. So warfen 1821 österreichische Truppen einen Aufstand in Neapel nieder, während 1823 ein französisches Heer die spanische Revolution im Blut erstickte.

2. Unter dem Bundesvertrag.

Napoleons Sturz brachte auch den Zusammenbruch seines Werkes in der Schweiz. Die Mediationsverfassung wurde durch den Bundesvertrag abgelöst.

Wie vor der Revolution bedeutete der Bund fast nichts, die Kantone alles. Sie durften auf eigene Faust mit dem Ausland Verträge abschliessen, und bald gab es in Frankreich, Holland, Rom und Neapel wieder Schweizerregimenter. Den Kantonen war wieder erlaubt, Zölle zu erheben und eigene Münzen zu schlagen; sie besaßen ihre eigenen Posten, in Handel und Verkehr erhoben sich wieder die alten Schranken. Auf der Tagsatzung übten alle Kantone, ob groß oder klein,

dasselbe Stimmrecht aus. Nur im Wehrwesen machte man einige Fortschritte. Es sollte aus den kantonalen Truppen ein größeres Bundesheer aufgestellt und von der Tagsatzung geleitet werden. Eine Zentralschule in Thun sorgte für die Ausbildung tüchtiger Offiziere. (Dufour.)

Noch stärker war die Gegenrevolution in den Kantonen. In den neuen, deren Entstehen doch nur den Franzosen zu verdanken war, suchten sich die Regierungen durch lange Amtsdauern die Macht zu erhalten. In den ehemaligen Stadtekantonen hielt man das Landvolk so viel als möglich von der Regierung fern.

Folgende Tabelle mag dies veranschaulichen:

Zürich			Bern		Freiburg	
	Einw.	Gr. Räte	Einw.	Gr. Räte	Einw.	Gr. Räte
Stadt: ca.	10,000	130	20,000	130	9,000	108
Land: ca.	200,000	82	400,000	82	86,000	36

Im Kanton Zürich konnten als Mitglied des großen Rates nur Leute gewählt werden, die mindestens 30,000 Fr. Vermögen besaßen. Mächtiger als der große Rat waren aber die 25 kleinen Räte, die wie „kleine Könige“ auftraten.

Auf dem Lande waren die elf Oberamt männer so selbstherrlich wie die alten Landvögte, und auch ebenso gefürchtet. Fast alle Beamtungen, vom höhern Offizier, Richter oder Pfarrer bis hinunter zum Zollaufseher und Kanzleigehülfen wurden beinahe ausschließlich von Stadtbürgern besetzt. Die Wahl der Gemeindebeamten stand dem Oberamtmanne zu; die Pfarrer wurden nicht von der Gemeinde gewählt; im Gerichtswesen herrschte Willkür; Hungerkost und Prügelstrafe fanden noch Anwendung. Die Gerichtssitzungen waren heimlich; ebenso wenig gab man dem Volk je Rechenschaft über das Staatsvermögen. Zeitungen und Bücher durften erst nach der obrigkeitlichen Genehmigung erscheinen. (Zensur.)

Da der Staat für Straßen, Schulen, Spitäler usw. fast nichts ausgab, und viele hohe Beamte fast keinen Lohn beanspruchten, waren die Ausgaben und Steuern klein. Aber diese letztern waren ungerecht verteilt. Auf dem durch Notjahre schwer mitgenommenen Bauernstande lag immer noch die Last des Zehntens und der Grundzinse. Das Gewerbe war durch die Zünfte eingeschränkt, Handel und Verkehr

wurden durch schlechte Straßen, Zölle, Brückengelder und Stadtbefestigung erschwert. Die Schule, insbesondere auf dem Lande, war schlecht, der Lehrer „der Handlanger des Pfarrers“.

F. Die Wiederaufnahme der Freiheits- Bestrebungen.

Nationale Einigungsversuche.

Die „heilige Allianz“ hatte gehofft, die Menschen wieder in die frühere Abhängigkeit zurückführen zu können. Allein die Erinnerung an Freiheit und Gleichheit, an die Zeit, da der dritte Stand, das Volk, alles gewesen, konnte mit allen Gewaltmitteln nicht ausgetilgt werden. Immer stärker wurde die Unzufriedenheit.

I. Das Revolutionsjahr 1830.

1. Die Julirevolution.

Wiederum eröffnete Paris den Sturm gegen die Fürstentyrannie. Auf Ludwig XVIII. war sein Bruder Karl X., ein Vertreter des „Ancien régime“, gefolgt. Er begünstigte die Kirche, gab ihr z. T. den alten Besitz und die alten Rechte wieder, und entschädigte den alten Adel für die erlittenen Verluste mit einer Milliarde Franken. Die Unzufriedenheit des Volkes äußerte sich in Spottliedern, scharfen Zeitungsartikeln; selbst die Abgeordneten, die doch nur aus den Reichsten stammten, traten den Absichten des Königs und seiner Minister entgegen.

Da ließ sich der König im Juli 1830 hinreißen, die Kammer aufzulösen, die Presse und das Wahlrecht noch mehr einzuschränken.

Es erfolgten Straßenaufläufe und Zusammenstöße mit dem Militär. Bald flatterte vom Stadthause wieder die Fahne der Republik und in das Getümmel des Straßenkampfes ertönte vom Turm der „Notre dame“ die Sturmglocke. Die Truppen räumten erschöpft die Straßen.

Aber noch hatten die Bürgerschaft und die Besitzenden Angst vor der Republik, die man sich nicht ohne Greuel und

Blutvergießen vorstellen konnte. So bestieg denn ein Verwandter des frühern Königs, der Herzog Louis Philippe von Orleans, nicht von Gottes, sondern von Volkes Gnaden, den Thron Frankreichs.

2. Belgien reißt sich von Holland los.

Die rasch verlaufene, durch keine Gewalttaten befleckte Revolution war ein Signal, das die Freunde der Freiheit zu Taten hinriß.

Das Königreich der Niederlande bestand aus zwei Ländern, die in Sprache, Religion und Beschäftigung verschieden waren. Der König, ein Holländer, suchte den Belgiern holländische Sprache und Gesetze aufzuzwingen; durch Fleisch- und Brotsteuern sollten sie zur Tilgung der niederländischen Staatsschuld beitragen. Die Belgier aber trachteten nach Freiheit und Selbständigkeit. Mit den Waffen in der Hand rissen sie sich vom Nachbarlande los und wählten einen deutschen Prinzen, Leopold I., zum König. England und Frankreich zwangen die Holländer, sich in den Verlust zu fügen.

3. Der polnische Aufstand.

Auch Polen wagte einen Versuch zur Wiederherstellung seiner Freiheit.

Das unglückliche Land, einst ein mächtiges Königreich, war durch die Nichtsnutzigkeit seines Adels und die Ländergier seiner Nachbarn als selbständiges Reich verschwunden. Preußen, Österreich und Rußland hatten seit 1772 in drei Teilungen das Land an sich gerissen. Den Löwenanteil hatte Rußland genommen, und diesen polnischen Gebieten wurde durch den Wiener Kongreß eine verfassungsmäßige Regierung versprochen. Aber das hinderte die Russen nicht, die Polen als rechtlose Masse zu behandeln.

Der Aufstand brach unter dem Militär aus und in wenig Tagen war das ganze Land davon ergriffen. Eine provisorische Regierung organisierte den Widerstand gegen die russischen Heere. Umsonst! Nach anfänglichen Erfolgen, in blutigen Kämpfen bei Praga und Ostrolenka in Warschaus Nähe besiegt, durch eigene Zwietracht gelähmt, verlor Polen den letzten Rest seiner Selbständigkeit.

II. Die liberale Bewegung in der Schweiz.

Auch in der Schweiz ertrug ein großer Teil der Bevölkerung die Rückkehr zum Alten nur mit Widerwillen. Einerseits verlangte man Gleichberechtigung innerhalb der Kantone, also Freiheit und Gleichheit, anderseits erstrebte man einen einigen, starken Schweizerbund. Die Anhänger dieser Ziele nannte man die Liberalen, ihre Gegner die Konservativen. Auch hier wirkte die Juli-revolution belebend.

I. Die Umgestaltung des Kantons Zürich.

a) Der Ustertag 1830.

Im Kanton Zürich wünschten namentlich die Seeleute eine Verbesserung der Zustände, und ihre Bestrebungen fanden selbst in der Stadt viele einflußreiche Freunde. Durch einen deutschen Flüchtling, Dr. Ludwig Snell, ließen Küsnachter Bürger eine Denkschrift ausarbeiten, worin sie die Neuordnung des Kantons Zürich verlangten.

Als die Regierung zögerte, dieses Begehren zu erfüllen, beriefen die Liberalen auf den 22. November 1830 eine große Volksversammlung nach Uster ein. Acht- bis zehntausend Männer aus allen Gauen des Kantons leisteten dem Rufe Folge. Freudig stellte sich auch das bevorrechtete Winterthur auf die Seite des Landvolkes, und in begeisterter Tagung erklärte man sich einig mit den Wünschen des Küsnachter-memorials. Heinrich Gujer von Bauma, „der kluge Müller“, eröffnete die Versammlung. Er erklärte: „Die Änderung ist nötig, damit wir und unsere Enkel nicht aus Gnade, sondern aus Recht gut regiert werden.“ Der Arzt Dr. Hegetschwiler von Stäfa, der für die Stadt hatte sprechen wollen, besann sich angesichts der würdigen Versammlung eines Bessern, und begann seine Rede mit den Worten: „Frei ist der Mensch, ist frei und wär er in Ketten geboren.“ Steffan von Wädenswil, Fabrikdirektor in Uster, stellte das Verlangen nach besserer Schulbildung auf, und versprach den Anwesenden eine Reihe Erleichterungen, was sofort eine ganze Flut von Wünschen wach werden ließ, von Wünschen, die nie erfüllt werden konnten, wie Herabsetzung des Zinsfußes, Verbot der Webemaschinen u. a.

b) Die liberalen Neuerungen.

In der Stadt hatte man aus Angst vor einem Überfall Verteidigungsmaßregeln angeordnet. Der ruhige Verlauf des Ustertages machte aber so großen Eindruck, daß die Regierung dem Drängen der Landschaft nachgab. Schon nach zwei Wochen wurde ein neuer großer Rat gewählt, in den das Land $\frac{2}{3}$ der Vertreter abordnete. Er arbeitete die neue Verfassung aus, welche im Frühjahr 1831 vom Volke fast einstimmig angenommen wurde.

Stadt- und Landbürger waren von nun an gleichberechtigt, die Räte galten nur noch als Diener, nicht als Herren des Volkes. Die Allmacht der kleinen Räte hörte auf; denn sie waren dem großen Rate für ihre Regierungsmaßnahmen verantwortlich. Man nahm ihnen auch die richterliche Befugnis, und für Gesetze und Steuern war die Genehmigung der Volksvertreter erforderlich. Die Verhandlungen der Behörden und Gerichte wurden öffentlich. Die Zeitungen durften ungehindert die Tätigkeit der Behörden besprechen; jeder Bürger konnte der Regierung seine Wünsche kundgeben (Petitionsrecht), oder gegen ihre Entscheide den Schutz der Gerichte anrufen. Es durfte niemand mehr willkürlich verhaftet werden, auch die Folter wurde abgeschafft. In Bezirk und Gemeinde wählte sich das Volk seine Behörden selber.

Handel und Gewerbe wurden freigegeben, die Vorrechte der Zünfte aufgehoben, die Stadtmauern, Wälle und Tore niedrigerissen. Um Handel und Verkehr zu heben, wurden neue Straßen und Brücken gebaut. Das Höchste ward aber im Schulwesen geleistet. Der Schulbesuch wurde obligatorisch erklärt, an die Primarschule die Sekundarschule angeschlossen. Das in Küsnacht unter der Leitung von Dr. Thomas Scherr gegründete Seminar sorgte für die Heranbildung tüchtiger Lehrer; Kantonsschule und Universität übernahmen die Ausbildung von Geistlichen, Juristen, Ärzten und Professoren.

Die Kosten für diese Neuschöpfungen wurden durch Steuern gedeckt, die man auf alle Bevölkerungsklassen verteilte. Dem Bauer wurde die Ablösung der Grundzinse und Zehnten etwas erleichtert, und überall zeigte sich das Bestreben, das Volk nicht nur zu regieren, sondern auch für dessen Wohl zu sorgen.

2. Die Trennung Basels 1833. Wirren in Schwyz.

Das Beispiel Zürichs weckte überall Nacheiferung; aber nicht immer ging die Umwandlung so friedlich und rasch von statten. Oft genügten die Volksversammlungen nicht, es kam zu Drohungen und Auszügen, ja selbst zu Blutvergießen. So in Basel. Hier wollte die Stadt ihre Vorrechte nicht aufgeben. Als die Landleute die Stadt bedrohten, wurden sie von den Städtern besiegt, aber die Rache der Sieger entzündete einen neuen Aufstand, und bei Liestal wurden die Basler mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Nun schloß die Stadt eine Anzahl Gemeinden aus dem Staatsverbände aus, und sofort bildeten diese einen eigenen Kanton. Nach abermaligem Blutvergießen mußte die Tagsatzung einschreiten und die feindlichen Brüder in zwei Halbkantone trennen.

Auch in Schwyz kam es beinahe zur Trennung. Da Außerschwyz (Einsiedeln, Höfe, March, Arth, Küßnacht, Gersau) von Innerschwyz keine Gleichstellung erlangte, schickte es sich an, einen eigenen Kanton zu bilden. Mit größter Mühe nur gelang es der Tagsatzung, eine Versöhnung herbeizuführen.

3. Störung des liberalen Fortschrittes.

a) Der „Züriputsch“.

Die liberalen Neuerungen folgten sich oft zu rasch und unvermittelt, und dennoch vermochten sie nicht alle Wünsche zu befriedigen. Im Kanton Zürich wuchs langsam eine tiefe Mißstimmung heran, die von all denen, die durch die Änderung etwas verloren hatten — Städtern, Geistlichen, abgesetzten Schulmeistern — geschickt genährt wurde. Die neuen Lehrer waren verhaßt; in Stadel bei Dielsdorf stürmte man das Schulhaus und vernichtete die neuen Scherrschen Lehrmittel, weil sie zu wenig fromm seien. Als die Regierung den freisinnigen Dr. David Strauß als Lehrer der Theologie an die Universität Zürich berief, wurde unter dem Rufe: „Die Religion ist in Gefahr“, dessen sofortige Absetzung verlangt. Strauß hatte nämlich ein Buch, „Das Leben Jesu“ geschrieben, in welchem er den großen Religionsstifter nicht als Sohn Gottes, sondern als Mensch darstellte. Dieses Buch machte den jungen Gelehrten berühmt und verhaßt, und die strenggläubigen Geistlichen stellten Strauß als Gottesleugner und

Gotteslästerer dar. Selbst als die Regierung nachgab, und Strauß, noch bevor er in Zürich eingetroffen war, entließ, gab sich das Glaubenskomitee, an dessen Spitze Hürlimann-Landis in Richterswil und Pfarrer Bernhard Hirzel in Pfäffikon standen, nicht zufrieden. Am 6. September 1839 ließ Hirzel Sturm läuten, und aus allen Gemeinden des Oberlandes zogen bewaffnete Haufen gegen die Stadt. Während vom See her und aus andern Kantonsteilen stets neue Zuzüge gegen Zürich heranmarschierten, kam es auf dem Münsterplatze zu einem Zusammenstoß mit dem Militär. Die Regierung dankte ab und wurde durch eine konservative ersetzt. Für freisinnige Geistliche und Lehrer begannen schwere Zeiten. Thomas Scherr wurde entlassen, und fand im Thurgau ein neues Feld segensreicher Arbeit.

b) Weitere Rückschläge.

Auch anderwärts versuchten die Konservativen, wieder ans Ruder zu gelangen.

In Luzern erlangte ein reicher Bauer, Leu von Ebersol, durch glühende Frömmigkeit und Beredtsamkeit große Volkstümlichkeit. Gemeinsam mit dem Staatsschreiber Siegwart-Müller verstand er es, dem Volke Angst vor den religionsgefährlichen Liberalen einzuflößen. So kamen Staat und Schule wieder unter die Herrschaft der Kirche.

Im Kanton Aargau erhob sich das katholische Freiamt gegen die liberale Regierung. Die Glocken läuteten Sturm und das von Geistlichen aufgewiegelte Volk marschierte gegen Aarau. Die liberale Regierung zeigte aber mehr Fertigkeit als die zürcherische. Ihre Truppen schlugen die Aufständischen aufs Haupt; dann wurden zur Strafe sämtliche Klöster aufgehoben.

III. Das Werden des schweiz. Bundesstaates.

I. Der erste Versuch 1833.

Der liberale Umschwung in den Kantonen hatte nur Wert, wenn die Errungenschaften — besonders die Erleichterung in Handel, Verkehr, Niederlassung — auf dem Gebiet der ganzen Schweiz Geltung erlangten. So versuchten die Liberalen eine Änderung des Bundesvertrages durchzusetzen. Sie scheiterte aber am Widerstande der Tagsatzung. Zugleich

riefen die Basler- und Schwyzerwirren einer solchen Erregung, daß sich einerseits die liberalen, anderseits die konservativen Kantone in besonderen Vereinigungen enge zusammenschlossen. Eine einige, starke Schweiz schien in weite Ferne gerückt.

2. Die Klöster- und Jesuitenfrage.

Anfangs der 40er Jahre spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. Luzern und die übrigen katholischen Kantone verlangten drohend die Wiederherstellung der aargauischen Klöster. Schließlich gab der Aargau soweit nach, daß er die vier Frauenklöster wieder errichtete. Dagegen verlangte Seminardirektor Augustin Keller die Wegweisung der Jesuiten aus dem Gebiete der Schweiz. Dem wurde nicht Folge gegeben: ja Luzern, das Haupt der Konservativen, berief den Liberalen zum Trotz diesen Orden; er sollte die Leitung der höheren städtischen Schulen übernehmen.

3. Die Freischarenzüge 1844 und 45.

Nun suchten die Luzerner Liberalen mit Hilfe von Freunden aus andern Kantonen das konservative Regiment gewaltsam zu stürzen. Zweimal wurden bewaffnete Einfälle unter militärischer Leitung ins Luzernergebiet unternommen; aber beide Freischarenzüge endeten unglücklich. Einkerkierungen und harte Strafen wurden über die Teilnehmer aus dem eigenen Kanton verhängt.

Für die Gefangenen, die aus anderen Kantonen stammten, mußte ein Lösegeld von 350,000 Fr. bezahlt werden. Dr. Steiger, der gefangene Führer der Stadtliberalen, wurde zum Tode verurteilt, konnte aber mit Hülfe seiner Freunde flüchten. Dagegen fiel Leu von Ebersol in seinem eigenen Hause durch die Kugel eines elenden Mörders.

Die Freischarenzeit erregte alle schweizerischen Liberalen in außerordentlicher Weise. In Zürich bewirkte sie sogar den Sturz der konservativen Regierung.

4. Der Sonderbund.

Infolge der Freischarenzüge erweiterten die katholischen Orte ihren Bund zu einem Sonderbund, ähnlich dem borromäischen. Sie versprachen einander bewaffnete Hilfe und wählten einen Kriegsrat. In Wien, Paris und Turin

knüpften sie durch ihren gewandten Sekretär Bernhard Meyer Unterhandlungen an. Aber der Sonderbund, der den Interessen des gesamten Schweizerlandes so offenbar entgegenstand, verwischte die religiöse Seite des Streites; jetzt handelte es sich nicht mehr um Klöster und Jesuiten, das Feldgeschrei lautete:

„Hie Schweizerbund, dort Sonderbund“.

Im Vertrauen auf die Hülfe der fremden Mächte führten die Gesandten der Sonderbundskantone auf der Tagsatzung eine trotzig Sprache. Aber 1847 kam eine liberale Mehrheit gegen sie zu Stande. Diese beschloß die Auflösung des Sonderbundes, die Bundesrevision und die Ausweisung der Jesuiten.

Die Sonderbundskantone trafen, von der Geistlichkeit eifrig unterstützt, ihre Kriegsvorbereitungen. Sie wählten Salis-Soglio, einen konservativen reformierten Bündner, zum General. So mußte denn das Schwert entscheiden.

5. Der Feldzug.

Das Gebiet des Sonderbundes bestand aus den Urkantonen mit Luzern und Zug, dem Wallis und dem Kanton Freiburg. In der Urschweiz kommandierte Salis-Soglio, Wallis und Freiburg besaßen eigene Führer. Die Streitmacht betrug 37,000 Milizen und 47,000 Mann Landsturm.

Dieser Macht stand die über 100,000 Mann starke eidgenössische Armee unter Dufours Kommando gut bewaffnet und geschult gegenüber. General Dufour, der beste schweizerische Offizier, hatte seine Ausbildung unter Napoleon erhalten, und sich in der Leitung der Militärschule zu Thun ausgezeichnet. Sein Plan war, den Krieg rasch und möglichst unblutig zu beenden.

Ohne Schwertstreich fiel Freiburg; dann vereinigte Dufour seine Truppen zum Angriff auf Luzern, das Haupt des Sonderbundes. Auch Zug kapitulierte. Salis-Soglio besetzte nun den Rooterberg zwischen Reuß und Zugersee und bereitete sich zur hartnäckigen Verteidigung vor. Aber nach heftigen Gefechten bei Honau, Meierskappel und Gislikon wurde die Sonderbundsarmee zum Rückzug auf Luzern gezwungen.

Dort herrschte große Verwirrung. Regierung und Priesterpartei, ja selbst der General, flohen auf einem Dampfboot nach Flüelen; die eidgenössischen Truppen marschierten in Luzern ein. Rasch unterwarfen sich auch die übrigen Kantone.

Nur 25 Tage hatte der Feldzug gedauert, die eidgenössische Armee hatte 78 Tote und 250 Verwundete; die Verluste des Sonderbundes waren noch geringer.

Die Unterlegenen fanden milde Sieger. Zwar wurden sie zur Bezahlung der Kriegskosten von 5 Millionen Fr. angehalten; nachdem aber etwas mehr als $\frac{1}{3}$ daran bezahlt war, übernahm die Bundeskasse den Rest.

Das Ausland machte Miene, für den unterlegenen Sonderbund einzutreten, nur England wirkte dem erfolgreich entgegen. Als dann 1848 ein wilder Revolutionssturm Europa durchbrauste, konnte die Eidgenossenschaft ungestört die Bundesrevision vornehmen.

IV. Unter dem neuen Bunde.

I. Die Bundesverfassung.*

Im Jahre 1848 erhielt die Schweiz ihre neue Verfassung. Sie wandelte die Eidgenossenschaft in einen starken Bundesstaat um, ohne die Selbständigkeit der Kantone zu vernichten.

a) *Bundesbehörden*: Eine oberste Regierung, der Bundesrat, besorgt die Leitung des Landes. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Bundesversammlung gewählt werden.

Diese berät die Gesetze und wird vom National- und Ständerat gebildet. Ersterer wird vom Volke gewählt; auf je 20,000 Einwohner kommt ein Mitglied. In den Ständerat schickt jeder Kanton zwei Vertreter. Diese Behörden haben ihren Sitz in der Bundesstadt Bern.

Das oberste Gericht ist das Bundesgericht, das seit 1874 ständig in Lausanne tagt und von der Bundesversammlung gewählt wird.

b) *Die Aufgaben des Bundes* sind: Wahrung der Unabhängigkeit nach außen, Pflege von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürger, sowie Förderung ihrer Wohlfahrt.

c) *Die Rechte des Bundes* erstrecken sich auf: Beschlüsse über Krieg und Frieden, Bündnisse und Verträge mit

* Die Bundesverfassung gehört ins Pensum der III. Klasse. Hier kann nur eine knappe Übersicht geboten werden.

dem Ausland, Münz-, Zoll- und Postwesen, Ausbildung und Verwendung des Bundesheeres.

d) Rechte der Bürger: Dem Volke wurde Rechtsgleichheit, Glaubens-, Gewissens-, Niederlassungs-, Gewerbe- und Handelsfreiheit, sowie Vereins- und Petitionsrecht garantiert. Jeder Bürger ist wehrpflichtig.

Die neue Verfassung wurde von 15^{1/2} Kantonen mit 1,900,000 Einwohnern angenommen. 6^{1/2} Kantone mit 290,000 Einwohnern stimmten dagegen.

2. Der Neuenburgerhandel.

Der neue Bund erhielt rasch Gelegenheit, sich zu bewähren. Infolge seiner Doppelstellung als Schweizerkanton und preußisches Fürstentum war der Kanton Neuenburg in zwei Parteien getrennt. Die Konservativen, darunter die Angehörigen des alten Adels, hielten zum König und wünschten Anschluß an Preußen, die liberalen Republikaner dagegen forderten die völlige Trennung von diesem Lande. Während des Sonderbundskrieges ließ die konservative Regierung ihre Truppen nicht ausrücken und wurde deshalb gebüßt; bald darauf beherbergte sie auch die fremden Gesandten, welche die Schweiz verhindern wollten, sich eine neue Verfassung zu geben.

Als aber die Februarrevolution die Gesandten schleunigst nach Hause rief, erhoben sich die radikalen Jurassier, die „Montagnards“ von La Chaux de Fonds [und Le Locle, bemächtigten sich des Schlosses und erklärten die Trennung von Preußen. Die Tagsatzung genehmigte diesen Schritt und Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, konnte infolge der Revolution im eigenen Lande die Befreiung nicht verhindern; doch hielt er seine Ansprüche aufrecht.

1856 versuchten die Royalisten durch einen „Putsch“ die gewaltsame Wiederherstellung der alten Herrschaft, indem sie auf dem Schlosse die Preußenfahne aufpflanzten. Aber die Montagnards holten sie wieder herunter und machten ein halbes Tausend Gefangene. Achtzig davon wurden vor ein eidgenössisches Gericht gestellt. Darauf drohte Preußen mit Krieg. Die Schweiz stellte unter Dufour ein Heer an die Nordgrenze; die Lage war kritisch. Da vermittelten England und Frankreich einen Frieden. Preußen verzichtete auf seine

Herrschaftsrechte; die Schweiz gab die Gefangenen frei und bezahlte die Kosten.

3. Die demokratische Bewegung.

Im Laufe der Zeit genügten die liberalen Verfassungen der dreißiger Jahre, die alle Gewalt in die Hände der Volksvertreter gelegt hatten, nicht mehr. Das Volk verlangte größeren Anteil an den Staatsgeschäften und Entlastung der weniger Bemittelten. Es ging der Ruf: Nicht nur alles für das Volk, sondern auch alles durch das Volk. Von den Liberalen trennte sich die Partei der Demokraten ab (Demokratie = Volksherrschaft). Am bedeutungsvollsten wurde diese neue Bewegung wiederum im Kanton Zürich. Nach vier mächtigen Volksversammlungen in Zürich, Winterthur, Uster und Bülach, die alle am gleichen Tage (Ende 1867) stattfanden, erfolgte dort 1868 die demokratische Umwandlung. Das Volk erhielt das Recht, über alle von seinen Vertretern (Kantonsrat) erlassenen Gesetze abzustimmen. (Referendum = vors Volk bringen), ferner durfte es, wenn 5000 Bürger ihre Unterschrift dazu gaben, selber Gesetzesvorschläge einbringen. (Initiative = Inangriffnahme einer Handlung.) Auch die Wahl des Regierungsrates und der Bezirksbehörden ging in seine Hand über. Zur Erleichterung der ärmern Volksklassen übernahm der Staat die Ausrüstung des Wehrmannes; der Schulbesuch wurde unentgeltlich, der Salzpreis herabgesetzt; die neue Kantonbank erlaubte die Beschaffung von Geld zu einem erträglichen Zinsfuß und endlich verlegte ein neues Steuersystem (Progressivsteuer), das für die größeren Vermögen und Einkommen höhere Steueransätze brachte, die Abgaben in stärkerem Maße auf die Reichen und Wohlhabenden.

Von Zürich aus faßte die Demokratie rasch in anderen Kantonen Wurzel und führte schließlich zu ähnlichen Bestrebungen auf dem Gebiete des Bundes, indem 1874 die Bundesverfassung abgeändert wurde.

4. Vermehrte staatliche Einheit.

Seit dieser Bundesrevision hat das Bestreben, in der Schweiz gleichmäßigere und einheitlichere Zustände zu schaffen, große Erfolge zu verzeichnen. Zunächst wurde das metrische Maß- und Gewichtssystem eingeführt. Das Fabrikgesetz regelt die Arbeitszeit und die Verwendung junger

Arbeitskräfte in den Fabriken. Das Haftpflichtgesetz sichert den in Betrieben Verunglückten eine Entschädigung. Für eine zu erlassende Kranken- und Unfallversicherung besteht ein Fonds von 20 Mill. Fr. Die Volksschule und eine Menge anderer Unterrichtsanstalten werden vom Bunde unterstützt. Das Alkoholmonopol übergibt dem Bunde die Herstellung und den Verkauf gebrannter Wasser; $\frac{1}{10}$ des Reinertrages wird zur Bekämpfung der Trunksucht verwendet. Die Eisenbahnen sind (1898) um zirka eine Milliarde Fr. erworben worden. Die Nationalbank, die allein das Recht hat, Noten auszugeben, hat 1907 ihre Tätigkeit aufgenommen. Im gleichen Jahre erfuhr das Militärwesen dadurch eine Verbesserung, daß die Dienstzeit auf die jüngeren Jahre verlegt wurde. Das neue Zivilgesetzbuch, das 1912 in Kraft treten wird, bringt gleiches Recht für alle, hebt also die 25 verschiedenen Rechtszustände auf.

5. Stellung der Schweiz zum Auslande.

Die Stärkung des schweizerischen Staatswesens hat seine Stellung unter den Völkern Europas entschieden günstig beeinflußt. Ihre Unabhängigkeit wurde von keiner Seite angetastet, obgleich ihre freiheitlichen Einrichtungen den monarchischen Staaten nicht eben erwünscht sein konnten. Zum Teil auf Anregung der Schweiz hin sind in der letzten Zeit eine Reihe von Verträgen zwischen den wichtigsten Völkern der Erde zustande gekommen, die besonders den Erleichterungen des Verkehrs zu dienen haben. Unserem Lande ist die Ehre zu teil geworden, Sitz dieser internationalen Ämter zu werden, zu deren Direktoren gewöhnlich hervorragende Schweizer gewählt werden. (Weltpostverein, Telegraphenamt, Frachtverkehr etc.)

Auf Anregung des Genfer Henri Dunant wurde die Genfer Konvention (rotes Kreuz) gegründet, der alle Kulturvölker der Erde angehören und welche die Schrecken des Krieges dadurch zu mildern versucht, daß sie Verwundete und Sanitätspersonal als unverletzlich erklärt. Mehrmals hatten Schweizer Staatsmänner bei internationalen Schiedsgerichten mitzuwirken, ein Zeichen, daß man ihre Tüchtigkeit auch im Auslande zu schätzen wußte.

V. Das tolle Jahr (1848).

Der glückliche Verlauf des Sonderbundskrieges ließ auch anderwärts die freiheitlichen Bestrebungen hell emporlodern; als neues Ziel kam die Forderung hinzu, die durch gleiche Sitte und Sprache verwandten Völker zu einem eigenen, selbständigen Staat zu vereinigen.

I. Die Throne wanken.

a) *Die Januarrevolution.* (Italien.)

Italien machte den Anfang. Verschiedene Regenten wurden verjagt, während andere durch Erteilung einer Verfassung und Berufung liberaler Minister den Sturm beschwören konnten.

In erbitterten Straßenkämpfen wurden die Österreicher aus Mailand und Venedig hinausgeworfen. Alle Patrioten sammelten sich unter der Führung des Königs von Sardinien, um die verhaßte Fremdherrschaft abzuschütteln.

b) *Die Februarrevolution.* (Frankreich.)

In Frankreich stützte der Bürgerkönig Louis Philippe seine Macht auf die Reichen. Nur sie konnten wählen und gewählt werden. So kam es, daß die Gesetzgebung die reichen Fabrikanten und Kaufleute begünstigte, indem sie die Einfuhr von Woll- und Baumwollwaren verbot und auf andere Gebrauchsartikel hohe Zölle legte. Der König selber war das Vorbild des neuen Geldadels, dessen Bestreben dahin ging, sich mit allen Mitteln zu bereichern. „Enrichissez-vous!“ war die Losung.

In den Städten und ihren Vororten nahm das Fabrikwesen einen gewaltigen Aufschwung. Tausende von fleißigen Händen, durch keine Gesetzgebung geschützt, mehrten um geringen Lohn die Reichtümer anderer. Mehrmals versuchten diese Arbeitermassen ihre traurige Lebenslage gewaltsam zu verbessern; aber stets wurden sie von der Regierung mit Polizei und Militär unterdrückt, ihre Vereinigungen aufgelöst und verboten. Eigensinnig verschloß sich der König jeder warnenden Stimme, und alle Wünsche nach einem besseren Wahlgesetz wurden abgewiesen. So erfolgte im Februar 1848 ein Aufstand der Hauptstadt, der infolge eines Kampfes zwischen Arbeitern und Soldaten zur Revolution wuchs. Hunderte von Barrikaden erhoben sich in einer Nacht, und

der König fand nicht den Mut, den Kampf aufzunehmen. Während die Truppen abzogen und der König nach England floh, plünderte der Pöbel die Tuilerien und besetzte das Stadthaus. Eine provisorische Regierung wurde eingesetzt und die Republik proklamiert.

c) Die Märzrevolution. (Deutsches Reich.)

Die Deutschen hatten bei der Erhebung gegen Napoleon I. gehofft, ein einiges und freies Volk zu werden, aber der Bund, der an die Stelle des alten deutschen Reiches trat, war ein lockerer kraftloser Staatenbund.

Unter Österreichs Leitung tagte in Frankfurt a. M. der Bundestag, eine Vereinigung der Gesandten der 39 verschiedenen Bundesglieder. Metternichs unheilvoller Einfluß lähmte jede Entwicklung und verunmöglichte jede Neuerung.

Die Februarrevolution wirkte wie ein Blitzstrahl auf Deutschland und brachte alles in revolutionäre Gährung.

In Wien rissen die Studenten die Bevölkerung zum Aufstande hin. Metternich mußte sich vor der Volkswut nach England flüchten und dem Kaiser wurde das Versprechen, eine Verfassung zu erlassen, abgetrotzt. Als die Hauptstadt in die Hand der unruhigen Volksmassen geriet, flüchtete die kaiserliche Familie. Das habsburgische Reich schien aus den Fugen zu gehen; denn die verschiedenen Völker: Italiener, Slaven, Magyaren, benützten die Verlegenheit der Regierung, um die Selbständigkeit zu erzwingen.

Unter Führung Ludwig Kossuths, eines Mannes von hinreißender Beredtsamkeit, erhielt Ungarn wirklich eine eigene Regierung, so daß es mit Österreich nur noch durch die Person des Herrschers zusammenhing.

Auch in Berlin loderte die Revolution in hellen Flammen auf. Barrikaden erhoben sich; zwischen Militär und Bevölkerung tobte ein heftiger Kampf, bis der König die Truppen aus der Stadt zurückzog, eine verfassungsmäßige Regierung und Unterstützung der deutschen Einheitsbewegung versprach.

Das ganze Reich befand sich in einem Freudentaumel. Allerorts mußten die Regenten, um ihre Throne zu retten, den Volkswünschen nachgeben. Nun sollte auch das so sehnlich erträumte einige, deutsche Reich erstehen. In Frankfurt a. M. versammelte sich ein durch das deutsche Volk gewähltes Parlament, um Deutschland in einen mächtigen Bundesstaat, mit einem Kaiser an der Spitze, umzuwandeln.

2. Der Sieg der Regierungen.

a) Die Junischlacht.

Die Pariser Februarrevolution war das Werk der Blumenmänner (Arbeiter), die sich diesmal nicht bei Seite schieben ließen. Sie erzwangen das Recht auf Arbeit. In den Nationalwerkstätten wurde das arbeitslose, hungernde Volk beschäftigt. Da infolge der Revolution alle Gewerbe und Industrien stockten, schwoll das Heer der Beschäftigten bald auf über 100,000 Köpfe an, sodaß die täglichen Ausgaben auf etwa 200,000 Franken stiegen. Einnahmen waren keine zu verzeichnen, da besonders Erdarbeiten ausgeführt wurden. So stiegen die Steuern rasch um 45 %, was großer Unzufriedenheit rief. Zudem zeigte die Wahl der Abgeordneten, daß die Republik nur in den großen Städten ihre Stütze hatte, während die Landschaft durchaus monarchisch gesinnt war. So ging man an die Aufhebung der Nationalwerkstätten, wogegen sich die Arbeiter zur Wehre setzten. In viertätigem Straßenkampf (Juni) warf General Cavaignac die Aufständischen nieder. Tausende von Toten bedeckten die Straßen, Tausende wurden verbannt. Doch nicht „dem Retter des Vaterlandes“. Cavaignac, sollte die Frucht des Sieges zufallen. Mit gewaltiger Mehrheit wurde sein Mitbewerber, Louis Napoleon, durch Volkswahl zum Präsidenten der Republik ernannt. Der glänzende Name, die Willfährigkeit gegenüber der Kirche, der Haß der Arbeiter gegen Cavaignac hatten dessen Wahl ermöglicht.

b) Das Mißlingen der deutschen Einigung.

Obgleich das Frankfurter Parlament viele hervorragende Männer umfaßte, leistete es keine fruchtbare Arbeit. In nutzlosen Reden ließ man die kostbarste Zeit verstreichen; die revolutionäre Begeisterung flaute ab, und die Fürsten benützten die Gelegenheit, ihre Macht neu zu stärken. — Unterdes stritt das Parlament über die Frage, wem die Leitung des geeinigten Reiches zufallen sollte. Es war nicht daran zu denken, daß einer der zwei Großstaaten Preußen und Österreich sich dem andern unterordnen werde; deshalb erlangten schließlich die Kleindeutschen, die Preußens Führung unter Ausschluß Österreichs vom Bunde verlangten, den Sieg über die Großdeutschen, die Österreich auch weiter im Bunde und an

dessen Spitze sehen wollten. Weil aber der Preußenkönig die Kaiserkrone ausschlug, brach das Parlament zusammen und als der Rest in Stuttgart weiter tagte, wurde er durch Soldaten auseinander getrieben. Vergebens erfolgten Aufstände in Süddeutschland, um die Einigung zu erzwingen, oder eine Republik einzurichten; preußische Waffen erstickten in blutigen Kämpfen den Widerstand.

c) Die Wiederherstellung der österreichischen Monarchie.

Auch der schwerbedrohten habsburgischen Monarchie gelang es, sich wieder zu befestigen. Die Hauptherde der Revolution, Prag und Wien, wurden erstürmt, die Hauptführer hingerichtet, alle Versprechungen zurückgenommen. Nachdem man ferner die italienischen Provinzen durch die Besiegung Sardiniens zurückgewonnen hatte, sollte auch Ungarn wieder in die alte Abhängigkeit hinabsinken. Der neue Kaiser Franz Joseph versagte den Rechten der Ungarn die Bestätigung, da trennte sich dieses völlig von Österreich ab. Vergeblich versuchten die österreichischen Heere, Ungarn mit Gewalt zur Unterwerfung zu bringen; sie wurden aus dem Lande geschlagen. Nun erbat sich aber der Kaiser die Hülfe Rußlands, das bereitwillig die Hand dazu bot, das unglückliche Land niederzuwerfen. Der Übermacht mußten die Ungarn, deren Führer zudem uneinig waren, erliegen. Ein schreckliches Blutgericht erging über die Häupter der Abgefallenen. Ungarn verlor alle Freiheiten. Einkerkierung, Verbannung und gehässige Verfolgung verbreitete Grabesstille über das niedergetretene Land.

Bearbeiter: *Dr. H. Gubler*, Zürich III.

G. Bildung nationaler Reiche.

I. Die Einigung Italiens.

I. Staatliche Zerrissenheit und Fremdherrschaft.

Seit Jahrhunderten zerfiel die Apenninenhalbinsel in eine Unzahl kleiner Reiche. Die Zeit nach der französischen Revolution hatte zwar auch hier andere Verhältnisse und mehr Einheit gebracht, aber nach Napoleons Sturz kehrten die ver-

triebenen Herrscher, die meist fremden Fürstenhäusern angehörten, wieder zurück. Neapel-Sizilien stand als „Königreich beider Sizilien“ unter den Bourbonen; der Papst gebot über den Kirchenstaat, d. h. über Rom und einen großen Teil von Mittelitalien; Verwandte des österreichischen Kaiserhauses herrschten über das Großherzogtum Toskana und die Herzogtümer Modena und Parma; Venetien und die Lombardei waren österreichisches Gebiet und nur der Rest, Piemont, Sardinien und das heute französische Savoyen standen als „Königreich beider Sardinien“ unter einheimischen Herrschern, dem Fürstenhaus der Savoyer. Schwer lastete überall der Einfluß des rückschrittlichen Österreich auf dem armen Lande.

2. Verschwörungen und Befreiungsversuche.

Um die Fremdherrschaft abzuschütteln und ein einiges Italien zu bilden, waren im Anfang des XIX. Jahrhunderts Geheimbünde entstanden. Die bedeutendste dieser Vereinigungen, die der „Carbonari“, zählte bald über 60,000 Mitglieder, darunter viele Gelehrte und Offiziere. Aber alle Befreiungsversuche wurden durch österreichische Bajonette unterdrückt. Durch Verbannung und Einkerkierung der Teilnehmer glaubten die Herrscher den nationalen Gedanken unterdrücken zu können. Vergebens! Das Wort: „Wir Italiener alle sind Söhne einer gemeinsamen, schönen und wenn wir wollen, glücklichen und starken Mutter“ fand mächtigen Wiederhall. Eine neue Verbindung der Patrioten, an deren Spitze der feurige Mazzini stand, „das junge Italien“, einigte alle freiheitlich denkenden Männer. Man wollte endlich gegen die schlimmste der drei Landplagen (Fieber - Pfaffen - Deutsche), die Fremdherrschaft, vorgehen. In der Lombardei und in Venetien, wo das österreichische Polizeiregiment besonders verhaßt war, brach man allen Verkehr mit den Fremden ab. Die Einheimischen verließen die Restaurants, wenn österreichische Offiziere eintraten. Sogar des Tabaks und Lotteriespiels enthielt man sich, um die Einnahmen der Regierung zu schmälern.

3. Sardinien im Kampf gegen Österreich 1848/49.

Das Beispiel, das soeben die Schweiz gegeben, reizte die Italiener zur Nacheiferung. Italien sollte nicht mehr bloß ein „geographischer Begriff“ sein. In den größeren Staaten erzwang

sich das Volk freiheitlichere Zustände (Verfassungen) und Parma und Modena verjagten ihre verhaßten Herrscher. Auf die Kunde von den Ereignissen in Paris und Wien erhoben sich auch die Lombardei und Venetien. Karl Albert von Sardinien, der Papst und Toskana konnten sich der allgemeinen Begeisterung nicht entziehen und ließen ihre Truppen in der Lombardei einrücken. Notgedrungen schloß sich auch Neapel an. „Italien wird die Einigung ganz allein zu stande bringen“, jubelte das Volk. Aber man hatte den Gegner unterschätzt. Der tüchtige österreichische Feldmarschall Radetzky hielt im Festungsviereck Peschiera - Verona - Mantua - Legnago stand. Dazu kam die Uneinigkeit der Italiener. Die republikanische Partei unter Mazzini erregte Unruhen, sodaß die meisten Hülfsvölker zurückgezogen wurden. So mußte Karl Albert in neunstündigem Heldenkampfe bei Custozza erliegen. Mailand fiel wieder an Österreich. Nach einer zweiten Niederlage (1849) dankte er, entmutigt durch die Gegnerschaft der Republikaner und den Abfall der Fürsten, ab, nachdem er vergeblich im Kugelregen den Tod gesucht hatte. Nur so konnte der hochherzige König Sardinien einen ordentlichen Frieden sichern.

Die Angst vor dem Volke war vorbei; unter dem Schutze der österreichischen Bajonette kehrten die alten Zustände zurück. In Rom, wo unter dem Freischarenführer Garibaldi die Republikaner eine Zeit lang die Oberhand gewonnen hatten, zog der Papst wieder ein. In häßlichem Rachedurst ließ er in einem Jahre 1644 „politische Verbrecher“ hinrichten. Graf Haynau bestrafte die Stadt Brescia, die im Rücken der österreichischen Armee einen Aufstand erhoben hatte, mit so unmenschlicher Grausamkeit, daß ihm der Beiname „die Hyäne von Brescia“ für alle Zeiten blieb. In Neapel sah man ehemalige Generäle und Minister mit gemeinen Verbrechern, Dieben und Mördern, auf den Galeeren.

4. Camillo Cavour.

Nach 1849 war Sardinien unter Viktor Emanuel der einzige Staat, der dem italienischen Volke Wort hielt und ihm seine Freiheiten ließ. Hier sammelten sich die verbannten Patrioten der ganzen Halbinsel. An der Spitze der sardinischen Regierung stand in dieser Zeit der treffliche Graf Cavour. Sein Ziel war die Befreiung Italiens von der Fremdherrschaft

und dessen Einigung unter dem sovoyischen Königshause. Es gelang ihm, auch die Republikaner für seine Bestrebungen zu gewinnen und so die nötige Einheit für einen neuen Kampf zu erzielen. Vor allem bestrebte er sich, Sardinien für seine Rolle im Befreiungskrieg geeignet zu machen. Zur Hebung des Wohlstandes ließ er Eisenbahnen bauen, Seehäfen anlegen. Er schloß mit dem Ausland Handelsverträge ab, gründete Schulen und stärkte die Wehrkraft des Landes. Zum Schutze der Flotte wurde der Hafen von Spezia befestigt. Alessandria versah er mit 100 neuen Kanonen. Doch war es ihm klar, daß Sardinien ohne Bundesgenossen Österreich nicht gewachsen sei. Deshalb suchte er sich England und Frankreich günstig zu stimmen, indem er 15,000 Sardinier am Krimkrieg, den die beiden Westmächte gegen Rußland führten, teilnehmen ließ.

5. Die Befreiung der Lombardei.

Allein Napoleon zögerte, auf die Wünsche Cavour's und der italienischen Patrioten einzugehen. Da beschleunigte ein unerwartetes Ereignis die Entschlüsse des Franzosenkaisers. Als er am 18. Januar 1858 ins Theater fuhr, platzte vor seinem Wagen eine Bombe, die 10 Personen tötete und 140 verletzte. Napoleon selber blieb unverletzt. Der Urheber des Anschlages war der italienische Graf Orsini. Er hatte den Kaiser töten wollen, weil dieser sich Italiens nicht annehmen wollte, trotzdem er einst selber dem Bunde der Carbonari angehört hatte. Noch aus dem Gefängnis schrieb Orsini an Napoleon: „Befreien Sie mein Vaterland, und der Segen von 23 Millionen Bürgern wird Ihnen auf die Nachwelt folgen.“ Die Besorgnis vor weitem Anschlägen und die Aussicht für Frankreich einen Gewinn zu holen, veranlaßten nun den Kaiser zum Bündnis mit Sardinien. Vor dem vereinigten französisch-sardinischen Heere mußten die Österreicher zurückweichen. Nach der blutigen Schlacht von Magenta zogen Napoleon und Viktor Emanuel unter dem Jubel der Bevölkerung in Mailand ein. „Italien soll frei sein bis zur Adria!“ versprach der Kaiser den Patrioten, und der nachfolgende große Sieg bei Solferino schien das Wort wahr zu machen. Allein Napoleons Siegeszug hatte das Mißtrauen Preußens geweckt. Es schien nicht übel Lust zu haben, Frankreich am Rhein anzugreifen. Der Kaiser sah sich gezwungen, einen Frieden zu schließen, der wenigstens die Lombardei an Sardinien brachte.

Allerdings mußte Viktor Emanuel dafür dem Franzosenkaiser sein Stammland Savoyen und Nizza, die Heimatstadt Garibaldis, überlassen. Zum größten Leidwesen der Patrioten blieb Venetien „unerlöst“.

6. Der Anschluß Mittelitaliens. 1860.

Noch während des Kampfes mit Österreich hatte das Volk in den Kleinstaaten Parma und Modena, sowie in Toskana die Fürsten zur Flucht veranlaßt und den Anschluß an Sardinien erklärt. Nach den Bestimmungen des Friedens sollten diese fremden Herrscher wieder in ihre „Rechte“ eingesetzt werden, aber dagegen sträubten sich die Untertanen. Einmütig beschlossen sie in großen Volksversammlungen, zu Sardinien gehören zu wollen und da Napoleon keine Einnischung Österreichs zugunsten dieser Fürsten duldete, wurden die Gebiete Sardinien angegliedert.

7. Garibaldi erobert das Königreich beider Sizilien. 1860.

Während des Krieges hatte sich der aus Nizza stammende kühne Freischarenführer Garibaldi hervorgetan. Die Erfolge des Volkes in Mittelitalien ermutigten ihn zu einer tollkühnen Tat. Er sammelte in Genua zirka 1000 Freiwillige, bemächtigte sich zweier Dampfer und fuhr damit, von Cavour heimlich mit Gewehren und Geld unterstützt, nach Sizilien, wo er in Marsála landete. Neapel-Sizilien sollte ebenfalls zum Anschluß gezwungen werden. Das Volk jubelte dem bescheidenen Manne in der roten Bluse, der „im Namen Viktor Emanuels, des Königs“, die Oberleitung gegen die königlich neapolitanischen Truppen übernahm, begeistert zu. Trotz ihrer Überlegenheit mußten letztere in kürzester Zeit die Insel räumen. Und nun kam Garibaldi, „der Mann mit dem Herzen von Gold, aber dem Nacken eines Stiers“, fast ohne Begleitung nach Neapel. Der König floh. Ohne weitere Kämpfe fiel fast das ganze Königreich dem Freiheitshelden zu. Jetzt ließ Viktor Emanuel seine Truppen durch den Kirchenstaat, dessen Norden und Osten ihm zufielen, in Neapel einmarschieren. Das letzte Ziel der Patrioten, Rom, konnte Garibaldi allerdings nicht erreichen. Über dem Papst hielt Napoleon seine schützende Hand. Verstimmt zog sich Garibaldi, jede Auszeichnung und Belohnung verschmähend, auf sein Felseneiland Caprera bei Sardinien zurück.

8. Die Erwerbung Venetiens. 1866.

Der Einigungsgedanke schlummerte nicht. Viel war zwar erreicht. Viktor Emanuel trug seit 1861 den stolzen Titel „König von Italien“, aber die Partei Garibaldi's wollte sich mit dem Bestande des neuen Reiches noch nicht zufrieden geben. Alle italienisch sprechenden Gebiete, also Venetien und Rom, ja sogar Istrien, Welschtirol und der schweizerische Tessin sollte angegliedert werden.

1866 zeigte sich endlich Gelegenheit, dem Ziele einen Schritt näher zu kommen. Preußen führte Krieg mit Österreich und suchte Freundschaft und Bündnis mit Italien. Viktor Emanuel ergriff diese Gelegenheit, um Venetien zu gewinnen. Zwar wurde seine Landarmee bei Custozza geschlagen und die italienische Flotte bei Lissa vernichtet, doch erhielt er dank der Siege des Bundesgenossen Preußen das ersehnte Venetien. Es war die Belohnung dafür, daß er Österreich gezwungen hatte, dessen Streitkräfte zu teilen.

9. Italien erhält eine Hauptstadt. 1870.

Mit der Losung „Rom oder Tod“ hatte Garibaldi zweimal vergeblich versucht, die ewige Stadt zu gewinnen. Aber erst als Napoleon den Papst 1870 nicht mehr zu schützen vermochte, fiel Rom an Italien. Am 20. September standen die Truppen Viktor Emanuels vor der Stadt. Als die Päpstlichen die Übergabe verweigerten, schossen die Italiener eine Bresche in die Stadtmauer. Unter ungeheurem Jubel zogen jetzt die Königlichen in die Stadt ein. Die päpstlichen Söldner wurden entwaffnet und in ihre Heimat entlassen. Das geeinigte Italien hatte seine natürliche Hauptstadt.

10. Italien als Großmacht. (Seit 1871.)

Es war nicht leicht, den neuen Staat zu ordnen. Vor allem fehlte es an Geld. Ein Hindernis der Entwicklung bildete und bildet zum Teil heute noch der Großgrundbesitz, der eine richtige Ausnützung des Bodens verunmöglicht. Vielerorts sind die Bauern nur Pächter, die in unwürdiger Abhängigkeit gehalten werden. Dies und die ungerechte Steuerverteilung veranlassen jetzt noch Tausende von fleißigen Arbeitern auszuwandern und ihr Glück in der Fremde zu suchen. Bedeutende Industrien konnten nur im Norden festen Fuß fassen, während der Süden weniger regsam ist. Mit der Schulbildung

stand es im ganzen Lande schlimm, bis 1877 der allgemeine Schulzwang für das 6.—9. Jahr eingeführt wurde. Im Süden und auf den Inseln aber läßt das Schulwesen immer noch sehr zu wünschen, da die Gemeinden, denen der Staat keine Beiträge leistet, oft dem Unterricht keine Aufmerksamkeit schenken wollen oder können. Einen Beweis für den tiefen Stand der Bildung bildet die riesige Zahl von Analphabeten.

In neuester Zeit nahm Italien, das sich durch den Abschluß des sog. Dreibundes mit Deutschland und Österreich gegen allfällige Feinde zu sichern suchte, dank seiner reichen Bodenerzeugnisse und seines wachsenden Handels einen unverkennbaren Aufschwung.

II. Die Einigung Deutschlands.

Die Anstrengungen des Volkes, die Einheit Deutschlands zu erringen, hatten keinen Erfolg gehabt. Nun übernahm, ähnlich wie Sardinien in Italien, Preußen die Führung der nationalen Bestrebungen.

Vorgeschichte Preußens.

Das Königreich Preußen ist eine Schöpfung der Hohenzollern, eines ursprünglich in Süddeutschland begüterten Adelsgeschlechtes. Im Jahre 1415 erhielt Friedrich von Hohenzollern, der Burggraf von Nürnberg, vom Kaiser Sigismund die Markgrafschaft und Kurwürde von Brandenburg, das nun den Kern der Hohenzollernschen Besitzungen bildete. Anfangs des 17. Jahrhunderts gelangten seine Nachfolger in den Besitz der Landschaft Cleve am Niederrhein und 1618 gewannen sie das Herzogtum Preußen, ein ehemaliges Ordensland der Deutschritter, deren Hochmeister Albrecht von Brandenburg zur Reformation übergetreten und dessen Stamm nun ausgestorben war. Einen tatkräftigen Herrscher erhielt das im 30jährigen Krieg verwüstete Gebiet im „großen Kurfürsten“ Friedrich Wilhelm, der im westfälischen Frieden Hinterpommern erwarb und 1675 in der Schlacht bei Fehrbellin den Schweden auch Vorpommern entriß. Sein Sohn Friedrich (I.) ließ sich 1701 zum „König in Preußen“ ausrufen. Unter seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm erstarkte das Reich namentlich im Innern. Das preußische Beamtentum wurde vorbildlich, der Schulzwang sorgte für eine gute Volksbildung. Ein geordnetes Heer und eine gefüllte Staatskasse verschafften ihm auch Ansehen nach Außen. So konnte es Friedrich „der Große“ 1740 wagen, Maria Theresia von Österreich, als sie von halb Europa bedrängt war, Schlesien wegzunehmen. Allein der habsburgische Staat konnte sich halten. Im siebenjährigen Kriege (1756—63) mußte sich Preußen gegen Österreich, Frankreich und Rußland verteidigen. Dem Feldherrntalent des Königs gelang es aber, den Ansturm der drei Mächte auszuhalten, er behielt schließlich Schle-

sien, und Preußen trat in die Reihe der anerkannten Großmächte. Indem es sich mit Österreich und Rußland in das unglückliche Polen teilte (1772, 1793, 1795), vergrößerte es sein Gebiet beträchtlich. Der Wiener Kongreß brachte ihm nach der Niederschmetterung durch Napoleon (1806) als Gewinn die nördliche Hälfte Sachsens, so daß es neben Österreich unstreitig der bedeutendste Staat im Deutschen Bunde wurde.

1. Erstarkung Preußens.

König Friedrich IV. hatte die deutsche Kaiserkrone, die ihm das Volk angeboten, als „einen Reif aus Dreck und Lehm gebacken“ ausgeschlagen. Von ihm war für die Einigung nichts zu erwarten. 1858 aber übernahm Prinz Wilhelm, ein Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, die Leitung der Staatsgeschäfte. Die Stärkung des preußischen Heerwesens erschien ihm als das nächste Ziel. Er sagte: „Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes Gewicht in die Wagschale legen zu können.“ So erfuhr nun das Militärwesen durch Wilhelm und den Kriegsminister v. Roon eine tiefgreifende Umgestaltung, indem die allgemeine Wehrpflicht, die bis dahin nur auf dem Papier stand, durchgeführt wurde. Statt 40,000 hob man jährlich 63,000 Rekruten aus, die je drei Jahre dienten. Dermaßen stieg die Stärke des Heeres auf 213,000 Mann. Aber die 49 neugeschaffenen Regimenter kosteten ungeheure Summen, die zu bewilligen die Abgeordneten sich weigerten.

2. Bismarck.

Da berief der König in seiner Not, zum Schrecken aller fortschrittlich Gesinnten, als Minister Otto v. Bismarck, einen Junker, der gegen die preußische Verfassung geeifert und sich gegen die deutsche Einheit geäußert hatte. „Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse“, rief der neue Minister den Abgeordneten zu, „werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen.“ Als sie dennoch ihre Zustimmung zu den Militärausgaben versagten, setzte er in gewalttätiger Weise seinen Willen durch, regierte ohne ein Gesetz über den Staatshaushalt und hob, um seine Gegner zu treffen, sogar die Preßfreiheit auf. König Wilhelm, der nahe daran gewesen war, abzudanken, ließ den ebenso gewaltigen, wie in ganz Deutschland verhaßten Staatsmann gewähren.

Bismarcks Pläne gingen bereits dahin, die Leitung Deutschlands in die Hand zu bekommen. Als der österreichische Kaiser

eine Einigung unter seiner Führung anbahnen wollte, widersetzte sich Preußen, indem es an dem einberufenen Fürstenkongreß keinen Anteil nahm und ihm dadurch jede Bedeutung raubte.

3. Der schleswig-holsteinische Krieg. 1864.

Seit Jahren lag der deutsche Bund mit Dänemark im Streit, weil dieses die Rechte Holsteins, eines Bundesgliedes, mißachtete. 1863 vereinigte König Christian, trotzdem vertraglich festgesetzt war, Schleswig und Holstein sollten „ewig ungetrennt bleiben“, ersteres mit seinem Reiche.

Aber nun rückten im Namen des Deutschen Bundes österreichische und preußische Truppen in die Grenzlande ein und warfen die Dänen zurück.

Über die Verwaltung der beiden eroberten Herzogtümer entspann sich bald ein heftiger Streit. Bismarck hätte sie gerne Preußen einverleibt, während Österreich einen neuen Kleinstaat unter seinem Einfluß wünschte. Schließlich einigte man sich dahin, daß Preußen Schleswig und Österreich Holstein verwalte. Aber auch jetzt hörte der Zank nicht auf.

4. Der erste Schritt zur Einigung: Der deutsche Krieg 1866.

Die Machtmittel der beiden Gegner, die um die Vorherrschaft in Deutschland rangen, schienen auf den ersten Blick sehr ungleich. Außer einigen kleinern mittel- und norddeutschen Gebieten stand — schon aus Haß gegen den gewalttätigen Bismarck — der ganze Deutsche Bund zu Österreich. Hingegen schloß Italien, das Venetien zu gewinnen hoffte, mit Preußen einen Schutz- und Trutzbund. Jetzt zeigte sich der Erfolg der preußischen Heeresreform. Unter Moltkes Leitung überraschten die mit dem Zündnadelgewehr, dem ersten praktischen Hinterlader, versehenen Preußen die Bundesheere. In drei Tagen waren Hannover, Kurhessen und Sachsen in ihren Händen. Zugleich waren drei Armeen in Böhmen eingefallen. In der mörderischen Schlacht von Königgrätz (od. Sadowa) schlugen sie die Österreicher aufs Haupt und marschierten gegen Wien. Auch in Süddeutschland, am Main, waren die preußischen Waffen siegreich. Die Erfolge Österreichs in Italien waren dem gegenüber ohne größere Bedeutung.

Der Friede brachte Preußen eine gewaltige Machtvergrößerung: Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau

und Frankfurt wurden seinem Gebiete einverleibt. Dann wurde Österreich aus dem Deutschen Bunde ausgeschlossen. Die führende Stellung in Deutschland nahm jetzt Preußen ein, das durch die Gründung des Norddeutschen Bundes die Gebiete bis zum Main an sich kettete. Als Bundespräsident und Bundesfeldherr amtierte der König von Preußen. Aus Rücksicht auf Frankreich verzichtete Bismarck einstweilen auf den Anschluß der süddeutschen Staaten, doch schloß er mit ihnen einen geheimen Schutz- und Trutzbund. — Durch das erlittene Unglück wurde Österreich auch entgegenkommender gegenüber Ungarn. 1867 erfolgte ein Ausgleich, nach dem die Monarchie in zwei Hälften geteilt wurde, die aber, da sie das Kriegswesen und den Herrscher gemeinsam haben, nach außen doch noch als ein Reich erscheinen.

5. Der deutsch-französische Krieg.

a) Die Veranlassung.

Das zweite französische Kaiserreich: Napoleon III. Napoleon benutzte die Zeit seiner Präsidentschaft vornehmlich dazu, sich den Weg zum Kaiserthron zu ebnen. Er verschaffte seinen Anhängern die höchsten Offiziersstellen und gewann die Geistlichkeit durch den Schutz, den er dem Papste angedeihen ließ. Nach dem Gesetze war nun eine Wiederwahl des Präsidenten unzulässig. Da ließ am 2. Dezember 1851 Napoleon die bedeutendsten gegnerischen Abgeordneten verhaften und die Sitzungssäle schließen. Ein Aufstand, den hierauf die Republikaner erhoben, hatte keinen Erfolg, Paris blieb kalt und ließ sich den „Staatsstreich“ gefallen. In einer allgemeinen Volksabstimmung wurde Napoleon erst zum Präsidenten auf zehn Jahre, ein Jahr später zum erblichen Kaiser gewählt.

Der neue Herrscher verstand es, die Franzosen vergessen zu machen, auf welche Weise er auf den Thron gekommen war. Unter seiner Regierung nahm Frankreich während zehn Jahren unbestritten die erste Stelle in Europa ein. Im Krimkrieg demütigte Napoleon im Verein mit England und Sardinien das stolze Rußland; die italienischen Befreiungskriege brachten dem französischen Heere neue Lorbeeren. Allein in den sechziger Jahren begann der Stern des Kaisers vor dem aufsteigenden Preußen zu erbleichen. Als er nach 1866 Abtretungen am Rhein verlangte, weil er sich in den deutschen Krieg nicht eingemischt habe, trat ihm Preußen schroff entgegen und er-

laubte ihm nicht einmal, das kleine Luxemburg zu Frankreich zu schlagen. Ebenso mißlang der Versuch Napoleons, in Mexiko ein französisches Vasallen-Fürstentum zu begründen. Mit Neid mußte man dagegen in Paris auf die Erfolge Preußens blicken. Es ist so begreiflich, daß der Hof auf den Gedanken kam, durch einen glänzenden Krieg mit diesem Nebenbuhler das gesunkene Ansehen des Kaisertums wieder zu heben. Sehr entgegen dem persönlichen Willen Napoleons drängten seine Ratgeber fortwährend zu einem Bruch mit Preußen und benützten den nächsten Anlaß, der sich hiezu bot.

Die spanische Thronfolge. Die Spanier wünschten den Prinzen Leopold von Hohenzollern, einen Verwandten des Preußenkönigs, zum Herrscher. Natürlich eiferten die Franzosen gegen eine solche Stärkung des preußischen Einflusses in Europa, und als Leopold, um des Friedens willen, die Krone ablehnte, verlangte die französische Regierung, König Wilhelm solle die Erklärung abgeben, daß der Hohenzoller für alle Zeiten Verzicht leiste und außerdem eine Art Entschuldigungsschreiben an Napoleon richten. Als Wilhelm diese Zumutung zurückwies, erfolgte von Seiten Frankreichs die Kriegserklärung.

b) Die beiden Gegner.

Frankreich glaubte, in diesem Waffengange auf Österreich zählen zu dürfen, das die Gelegenheit zur Rache für 1866 („Rache für Sadowa“) wohl ergreifen werde. Ebenso hoffte es auf Italien und auf die Neutralität oder gar den Anschluß Süddeutschlands. Großes erwartete das Heer von dem neuen Hinterladergewehr, dem Chassepot und von der Mitrailleuse, einer Art Kugelspritze. Den Gegner achtete man in Paris gering. Man sprach leichtsinnig von einem „militärischen Spaziergang nach Berlin“. Da der Kriegsminister versicherte, „alles sei bereit bis auf den letzten Gamaschenknopf“, glaubte man, die französischen Heere werden nun rasch über den Rhein setzen, durch Süddeutschland marschieren und die Preußen aufsuchen.

Allein diese Rechnung zeigte sich als grundfalsch. Der Staatskunst Bismarcks gelang es, die Mächte Österreich und Italien von der Teilnahme am Kriege abzuhalten. Süddeutschland stellte sich wie ein Mann an die Seite Preußens. Das Schlimmste aber war der traurige Zustand der französischen Armee. Es fehlte an Geld, an einer richtigen Verpflegung der

Truppen. Vorräte waren wohl da, aber nicht an den Orten, wo man sie brauchte. Offiziere fanden ihre Truppen nicht, Soldaten irrten umher. Von einem Vorstoß der französischen Rheinarmee, die sich unter Bazaine bei Metz sammelte, konnte keine Rede sein. Ganz anders lagen die Dinge in Deutschland. Moltke „hatte nur den längst fertigen Kriegsplan aus der Schublade zu ziehen“. In 11 Tagen standen bereits auf deutscher Seite eine halbe Million Mann im Felde, die sich in drei Heeren sammelten und in Elsaß und Lothringen eindrangen.

c) Die Vernichtung der kaiserlichen Armeen.

Während des Anmarsches der Deutschen blieben die französischen Armeen aus Mangel an richtiger Organisation und Verpflegung untätig. In heldenhaftem Kampf erstürmten die Verbündeten die elsässische Grenzstadt Weißenburg und zwangen durch den Sieg bei Wörth und Fröschweiler den Marschall Mac Mahon zum Rückzug. Gleichzeitig wurde durch die Schlacht bei Spichern die Hauptarmee zurückgeworfen. Dann gelang es der Kriegskunst der Deutschen, den Marschall Bazaine, der jetzt den Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen führte, in der Festung Metz einzuschließen. Vergeblich versuchte er sich den Rückzug zu erzwingen. In drei blutigen Schlachten bei Colombey-Nouilly, Marslatour und Vionville, und bei Gravelotte und St-Privat warfen ihn die Deutschen mit eigenen ungeheuren Verlusten (Gesamtverlust der Deutschen in diesen drei Treffen 40,000 Mann!) nach Metz zurück und schlossen ihn mit seinen 180,000 Mann ein. Auf Befehl der Regierung versuchte nun Mac Mahon, ob schon keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war, mit der zweiten bei Châlons stehenden Armee, die er auf 140,000 Mann gebracht hatte, Bazaine zu entsetzen. Allein die Deutschen kamen ihm zuvor. Durch gewaltige Märsche gelang es ihnen, das Heer, bei dem sich auch Napoleon befand, an der belgischen Grenze, bei Sedan, einzuschließen. Vergeblich waren die verzweifelte Anstrengungen zum Durchbruch; 39 Generale, 2400 Offiziere, 83,000 Mann mit 10,000 Pferden und 400 Feldgeschützen mußten sich ergeben, Napoleon war deutscher Kriegsgefangener.

d) Der Kampf der Republik.

Mit Sedan brach das Kaiserreich zusammen. Frankreich

wurde eine Republik. Die neue Regierung suchte zunächst Frieden, weigerte sich aber, „auch nur einen Fuß breit französischen Landes“ abzutreten. So nahm der Krieg seinen Fortgang. Er drehte sich in der Hauptsache um die drei Festungen Straßburg, Metz und Paris.

Die Belagerung von Paris. Straßburg konnte bald durch eine furchtbare Beschießung zur Übergabe gezwungen werden, aber Paris, gegen das die Deutschen sofort nach Sedan marschierten, rüstete sich zur verzweifelten Gegenwehr. In seinen Mauern fanden sich fast 500,000 Kämpfer zusammen, darunter allerdings kaum 100,000 richtige Soldaten. 200,000 Deutsche schlossen durch einen 84 km langen Kreis die Riesenstadt ein, in der sich — sie enthielt an die zwei Millionen Menschen — bald der Hunger fühlbar machte.

Die Entsatzversuche. Da unternahm es Gambetta, das Haupt der neuen Regierung, in einem Luftballon aus Paris zu entfliehen und zum Entsatz der beiden Festungen den Volkskrieg zu entfachen. Wirklich gelang es ihm, förmlich Armeen aus dem Boden zu stampfen. Über eine halbe Million Streiter folgte seinem Aufruf, der den „Kampf bis aufs Messer“ verlangte.

Eine Loirearmee sollte zugleich mit einer Nordarmee zum Entsatz der Hauptstadt gegen den deutschen Belagerungskreis vorgehen. Die Ostarmee hatte die Aufgabe, Belfort zu entsetzen und den Deutschen die Verbindung mit der Heimat abzuschneiden. Der erste Anprall der Loirearmee hatte Erfolg; die Deutschen wurden aus Orléans hinausgeworfen. Aber jetzt ergab sich Bazaine mit 173,000 Mann in Metz. Große deutsche Truppenmassen wurden frei. Orléans konnte wieder erobert, die Nordarmee geschlagen, der Entsatz von Paris verhindert werden. Ebenso mißlang der Versuch der Ostarmee, in Süddeutschland einzufallen. Ihr Befehlshaber Bourbaki mußte sich, um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen, mit seinem Heere (83,000 Mann) in die Schweiz retten.

Der Fall von Paris. Inzwischen erlahmte auch der Widerstand von Paris. Immer mehr litt es unter dem Hunger. Hunde und Katzen waren bereits Leckerbissen und eine fette Ratte galt 1½ Fr. Dazu donnerten die deutschen Kanonen. Paris mußte sich, da jede Rettung unmöglich war, endlich ergeben. Die Deutschen zogen als Sieger in die Riesenstadt ein; die Zeit des Friedenschlusses war gekommen.

e) Der Friede.

Nicht umsonst hatten 100,000 deutsche Streiter geblutet. Der Krieg hatte den Bruderzwist von 1866 vergessen lassen. Noch während der Belagerung von Paris wurde König Wilhelm von Preußen zum deutschen Kaiser ausgerufen: die nationale Einheit war erreicht.

Der deutsche Bundesstaat umfaßt 22 monarchische und 3 republikanische Einzelstaaten. Jede Regierung sendet Abgeordnete in einen Bundesrat. Neben diesem aber steht der aus den Vertretern des Volks bestehende Reichstag, in den jeder unbescholtene Deutsche von über 25 Jahren gewählt werden kann. Heer, Flotte und Zollwesen sind Bundessache. An der Spitze des Deutschen Reiches steht als Bundesfeldherr der Kaiser, der den Reichskanzler ernennt. Der erste, der letztere Würde bekleidete, war natürlich Bismarck.


Einen greifbaren Vorteil brachte der Krieg Deutschland durch den Wiedergewinn der einst deutschen Gebiete Elsaß und Lothringen, die als sogenannte Reichslande verwaltet werden. Außerdem mußte Frankreich eine Kriegsentschädigung von 5000,000,000 Fr. bezahlen.

Bearbeiter: *R. Wirz*, Winterthur.

H. Im Zeitalter der Maschine.

I. Die Warenerzeugung vor 1789.

1. Das Handwerk.

 Bis zur französischen Revolution geschah die Warenerzeugung genau nach obrigkeitlichen Verordnungen und Regeln. In der Hauptsache war dem Bauer die Bewirtschaftung des Bodens, dem Städter die Betätigung in Handwerk, Gewerbe und Handel zugewiesen. Während im 16. Jahrhundert eine Blütezeit des in Zünften vereinigten Handwerks zu verzeichnen war, brachten die folgenden Jahrhunderte einen Niedergang. Wie die vornehmen Geschlechter sich als eine bessere Klasse absonderte und die Leitung des Staates beanspruchte, suchten auch die Handwerksmeister als besonderer Stand Vorrechte, und zwar im Erwerbsleben. Sie erreichten, daß eine strenge

Zunftordnung ihnen allein die Vorteile der handwerksmäßigen Warenerzeugung und des Verkaufs dieser Gegenstände garantierte.

a) Die Meister.*

Wer das Meisterrecht erlangen wollte, hatte:

1. das betreffende Gewerbe nach den erlassenen Regeln zu erlernen;
2. eine bestimmte Zeit als Geselle zu arbeiten;
3. eine bestimmte Zeit zu wandern;
4. die Vorschriften zur Erlangung des Meisterrechtes zu erfüllen.

Niemand durfte zwei zünftige Handwerke treiben. Die Lehrlinge waren auf ein bis zwei beschränkt, die wenigen Gesellen in jedem Berufe vorgeschrieben. Jeder Meister holte sich seinen Gesellen auf der eigenen Zunfttherberge. Die Auswahl stand ihm aber nicht zu; er wurde erst bedient, wenn die Reihe an ihn kam. Keiner durfte dem andern Kunden oder Gesellen abjagen oder Gesellen eines verwandten Handwerks einstellen. Nur dem Handwerksmeister war erlaubt, die durch seine Zunft erzeugten Gegenstände zu verkaufen; Waren fremden Ursprungs durften nicht gehalten werden. Die durch die Zunft erlassenen Gebote über Erzeugung und Verkauf von Waren mußten gewissenhaft befolgt werden.

b) Die Lehrjungen.

Wer ein zünftiges Handwerk erlernen wollte, mußte ein bestimmtes Alter haben (gewöhnlich 14—15 Jahre). Zunächst kam eine Probezeit. Keine Lehre dauerte weniger als drei Jahre. Jedes Handwerk hatte ein bestimmtes Lehrgeld, das oft zum voraus zu bezahlen war. Der Lehrjunge konnte den Meister nicht frei wählen; das Bedürfnis und die Reihenfolge entschieden. Dem Meister stand ein weitgehendes Strafrecht zu.

c) Die Gesellen.

Die Wanderzeit war für jeden Beruf genau vorgeschrieben (Schneider und Hafner 3, Schuster, Schmiede 4 Jahre). Der Geselle wurde der Reihenfolge nach dem Meister zugeteilt. Er durfte nicht kündigen, wohl aber der Meister. Kündete er dennoch, so mußte er 3—6 Monate die Stadt verlassen; lief er ohne Kündigung weg, so dauerte die Ausweisung jahrelang.

* Basler Zunftordnung.

Verheiratete Gesellen waren streng verboten. Arbeitszeit und Lohn waren meist genau bestimmt. Der Geselle lebte beim Meister und unterstand einer strengen Hausordnung: keiner durfte nach 10 Uhr aus dem Hause, keiner erhielt den Hausschlüssel. Er zahlte Beiträge für Krankheit und Spital; er bestattete verstorbene Berufskollegen. Erhielt der wandernde Geselle keine Arbeit, so wurde ihm ein bestimmtes Geschenk verabreicht. Wollte der Geselle Meister werden, so hatte er sich über die Erfüllung aller Vorschriften auszuweisen, ein Meisterstück zu verfertigen und sich für die Zunft anzumelden.

Diese Einrichtungen bezweckten:

1. eine gleichmäßige Verteilung des Erwerbes;
2. die Verhütung der Übersetzung eines Gewerbes, d. h. die Verunmöglichung einer scharfen Konkurrenz und
3. die Verhinderung der Bereicherung Einzelner auf Kosten Vieler.

2. Manufaktur und Hausindustrie.

Neben den Handwerken, die nur durch die betreffende Zunft ausgeübt werden konnten, gab es noch sogenannte Industrien, bei denen Arbeiter im eigenen Hause, oder dann in besonders erstellten Fabrikationsräumen im Dienste eines Fabrikanten Produkte für den Handel herstellten. Die erstere war die Hausindustrie, die letztere die Manufaktur. Die Produkte gingen schon durch viele Hände; es herrschte Arbeitzerlegung. Die Handarbeit spielte noch die erste Rolle. Bei der Hausindustrie gehörten die Werkzeuge dem Arbeiter, bei der Manufaktur dem Fabrikanten. Im ganzen hatte nur der Stadtbürger das Recht zu fabrizieren und vor allem nur er das Recht, die Waren zu verkaufen. Gewisse Industrien waren zum Teil frei, d. h. sie waren jedermann zugänglich. So konnte die Baumwolle zu Stadt und Land verarbeitet werden, hingegen durften die Tücher nur roh, ungefärbt und ungebleicht an die Stadtbürger verkauft werden. Diese Industrie nahm ihren Aufschwung seit der Reformation, die das Reislafen verboten hatte. Die Zürcher waren die ersten, die sie in der Schweiz betrieben. Ums Jahr 1600 führte man en gros Baumwolle aus Cypern und Kleinasien ein. Zuerst wurde Barchent gewoben (flächseiner Zettel, baumwollener Einschlag). Ende 1685 brachten französische Hugenotten, die durch das Edikt von Nantes zur Flucht getrieben wurden, die feineren

Gewebe, Mousseline und Indienne zu uns. Besonders die Landschaft wandte sich der Baumwollverarbeitung zu und man erzeugte viel mehr als für den Landesbedarf. 1787 gab es in unserem Kanton etwa 4400 Mousseline- und 2100 Indiennewebstühle und nicht weniger als 34,000 Spinner und Spinnerinnen (Handspinner). Fast die Hälfte des gesponnenen Garnes wurde exportiert (4000 Zentner von 9500).

Wichtig für unseren Kanton war auch die Seidenverarbeitung, die viel Geld einbrachte. Hier behielt sich die Stadt mehr Arbeitszweige vor und das Fabrizieren war der Landschaft durchaus verboten; ihre Winder und Weber etc. arbeiteten nur für stadtzürcherische Fabrikanten. Während die Winterthurer Wollen- und Baumwollfabrikation widerwillig geduldet wurde, verhinderte man die Seidenindustrie mit Gewalt. — Die zürcherische Seidenindustrie ist viel älter als die Baumwollindustrie. Da sie aber von Italien abhängig war, litt sie durch die Kriegshändel mit Norditalien (zirka 1400 bis 1500). Die Lokarnesen brachten eine Erneuerung, sodaß um 1580 eine Blütezeit begann. Auch hier brachten die Hugenotten 100 Jahre später neue Belebung. Um 1787 waren etwa 3000 Personen in der Seidenweberei betätigt (Winder, Zettler, Weber), die verwandten Fabrikationen nicht gerechnet.

Besonders in der Textilbranche (Wolle, Leinen, Baumwolle, Seide) waren einfache Maschinen im Gebrauch, die aber von Hand in Bewegung gesetzt wurden (Windmaschine, Webstuhl etc.). 1730 baute Heinr. Escher in Zürich am Sihlkanal die Seidenmühle im Sihlhof, ein gewaltiges Gebäude. Die sechs kolossalen Häspel, die durch drei Stockwerke reichten, wurden durch ein Wasserrad in Drehung gesetzt. Dies war die erste Zwirnerei mit Wassermotor. Die Fabrik galt als eine Merkwürdigkeit Zürichs und wurde viel angestaunt.

3. Die Industrie als Einnahmequelle des Staates.

Wenn zürcherische Kaufleute Waren von Nichtbürgern kauften oder an sie verkauften, so zahlten sie gewisse Zölle in die städtische Kasse. Abgabe an die Bürger und Rohstoffe unterlagen keinem Zoll. Die Einnahmen wurden mit dem Aufblühen von Industrie und Handel recht bedeutend und bildeten eine Haupteinnahme der Staatskasse. Dafür übernahm die Stadt die Pflicht, den Stadtbürger in den Handelsvorrechten der Landschaft gegenüber zu schützen, sodaß sogar Bürgern, die

auf dem Lande wohnten, das Fabrizieren verboten wurde. — Die Zolleinnahmen betrugen

1650	zirka	8000	Pfund	à	Fr. 1. 84	=	14,720	Fr.
1700	„	39000	„	à	„ 1. 84	=	71,760	„
1750	„	81500	„	à	„ 1. 28	=	104,320	„
1787	„	168000	„	à	„ 1. 18	=	198,240	„

So ist zu begreifen, daß die Regierung sorgfältig über die Erhaltung dieser Einnahmen wachte, d. h. der Industrie alle Aufmerksamkeit schenkte. Gerne nahm man Fremde (Lokarner, Hugonotten, Waldenser) auf, wenn durch sie neue Produktionen eingeführt wurden und die Bürger keine Konkurrenz erfuhren. Wie die Einheimischen aber angelernt waren, so trieben die durch den Neid hervorgerufenen neuen Gesetze die Lehrmeister wieder fort. So erging es fast allen Lokarnern, welche dann die Seidenindustrie nach Basel brachten. Immer war große Angst, daß die Industrien über die Zürchergrenzen wandern könnten; darum verbot man den Industriearbeitern das Auswandern und rief Ausgewanderte zurück. Zürcher, die außerhalb der Zürchergrenze fabrizierten, wurden geächtet. Als ein entlaufener Arbeiter in Herisau Arbeit nahm, wurde er in Zürich an den Pranger gestellt, gezüchtigt und verbannt. Ein Bregenzer, der 1788 für eine dortige Bandfabrik zürcherische Arbeiter suchte, wurde an den Pranger gestellt und mit 12 Rutenstreichen gezüchtigt. Noch 1797 erhielt ein anderer aus gleichem Grunde 3 Jahre Zuchthaus. Ein Tischler, der ein Seidenrad nach Aarau gefertigt hatte, mußte es auf Befehl der Regierung wieder zurückholen.

4. Die Mängel der Vorrechte im Erwerbsleben.

Mit der aufblühenden Industrie und dem steigenden Handel wurde die Einengung in der Warenerzeugung immer unbequemer. Alle die, welche nicht bevorrechtet waren — und es war die große Mehrzahl des Volkes — empfanden die Einrichtungen als einen Übelstand. Die Zünfte verkauften möglichst teuer, sodaß die Regierung oft die Preise festsetzte, um das Publikum vor Ausplünderung zu schützen. So mußte aber gute und schlechte Ware gleich bezahlt werden, sodaß der Wetteifer der Handwerker erlahmte. Die Erlangung des Meisterrechtes wurde für die Mehrzahl des Volkes bis zur Unmöglichkeit erschwert. Die Zunft war meist geschlossen, d. h. die Zahl der Meister vorgeschrieben. Eine oft zu lange Lern- und

Wanderzeit, ein teures, unsinnig erschwertes Meisterstück, schwere Eintrittsgebühren, teure Festessen hielten den unbequemen Konkurrenten fern. Dagegen gab es für Meister- und Schwiegersöhne alle möglichen, oft schamlosen Begünstigungen, was schwere Erbitterung hervorrief. Tüchtigkeit und Kenntnisse gaben nicht den Ausschlag. Lästige Vorschriften über Lehrlingen, Gesellen, Werkzeuge verhinderten den tüchtigen Meister, das Geschäft auszudehnen und die Arbeit zu vervollkommen. Der Gebrauch von Maschinen war durch die Zunft verboten. Der Berufsneid hatte dazu geführt. In Basel war z. B. die Bandweberei zünftig. Nun erfand man Webstühle, welche erlaubten, viele Bänder auf dem gleichen Stuhle zu weben. Wie überall, war auch in Basel die Zunft gegen die Neuerung. Aber die Regierung machte die Bandweberei zum freien Gewerbe, ermöglichte dadurch ihr Aufblühen und rettete so dem heutigen Basel eine wichtige Industrie.

Eine Belästigung des Publikums war die scharfe Abgrenzung der Handwerke. Streng achtete der Glaser darauf, daß der Rahmenmacher keine Scheiben einzog, die Fensterverkleidung aber war Sache des Schreiners. Zur Herstellung eines einfachen Gegenstandes bedurfte es einer Menge Handwerker. Der Tischler durfte keine Drehbank gebrauchen, sie war dem Drechsler vorbehalten. Der Zimmermann durfte nicht leimen; denn dadurch hätte er in das Gebiet des Schreiners hinübergegriffen. Der Gerber durfte wohl Leder herstellen, es aber nicht verarbeiten. Es entstand oft Streit, wem die Herstellung eines Artikels zustehe, ja es geschah, daß er gar nicht produziert wurde, weil eine Einigung unmöglich war.

In der Industrie war die augenscheinliche Bevorzugung des Städters geradezu aufreizend, sah man doch, daß sogar alte Rechte möglichst beschnitten wurden. So befahl Zürich den Tüchlern, die von alters her im Kanton Zürich und auf der Zurzacher Messe mit Baumwollgarn und Tüchern handeln konnten, die Tücher nur an Stadtbürger zu verkaufen, und zwar roh, ungebleicht und ungedruckt.

II. Die Gewerbefreiheit.

I. Die Übergangszeit.

Die französische Revolution forderte „die Gleichheit“ unter den Menschen. So fällt sie auch die Vorrechte in Handwerk, Gewerbe und Handel. In siegreichen Kriegen trugen die

Franzosen ihre Grundsätze über die Grenzen ihres Landes hinaus. Am 20. Oktober 1798 erhielt z. B. in der helvetischen Republik folgendes Gesetz Geltung: „Alle Gewerbe und Zweige der Industrie sollen in Helvetien frei und aller Zunftzwang soll aufgehoben werden“. Die Mediationszeit stellte die Zünfte wieder her; ihre Schließung und die Beschränkung in Handel und Industrie blieben beseitigt. Mit dem Falle Napoleons suchte man allerorts die Erinnerung an die Franzosenzeit auszutilgen durch möglichste Rückkehr zum Alten. Es zeigte sich aber bald, daß die neue Zeit und ihre Schöpfungen stärker waren als der Egoismus der Zünfte. Die Fortschritte in der Technik (Erfindung und Anwendung der Maschinen) bewirkten, daß die Abgrenzung der Handwerke nicht mehr möglich war. Früher nicht gekannte Bedürfnisse schufen z. B. den Stand des Mechanikers, der Gegenstände verschiedener Handwerke herstellte und alle mögliche Freiheit in seinem Gewerbe erhielt. Dieser neue Berufsarbeiter war den Fabriken unentbehrlich. Die aufkommende Industrie, welche durch die Zunftordnung sich gehemmt sah, forderte laut und dringend deren Abschaffung. Die Schweiz mußte die gleiche Entwicklung nehmen wie das Ausland, das fast alle Handwerkswaren fabrikmäßig herstellte.

2. Die freie Warenerzeugung.

Die liberale Bewegung der 30er Jahre forderte die Gewerbefreiheit. 1832 wurde zunächst ein Teil der Handwerke freigegeben. Aber neue Zeiten verlangen neue Einrichtungen. Die übrig bleibenden zünftigen Handwerke forderten sogar selber die Freigabe, da sie den Zunftzwang als nutzlos, ja geradezu als schädlich empfanden. Seit 1837 besitzt nun der Kanton Zürich die Gewerbefreiheit. Es brauchte aber noch viele Jahre, bis die Überreste der alten Wirtschaftsordnung beseitigt waren. So erhielten die Juden erst 1862 die Gleichberechtigung, während sie sich bis dahin viele Beschränkungen in Bezug auf Grundbesitz, Ausübung des Handels und eines Handwerks hatten gefallen lassen müssen.

Die Gewerbe, deren Ausübung an den Besitz eines Gebäudes geknüpft waren (160 Mühlen, 145 Metzgen und 200 Tavernen im Kanton Zürich) und deshalb einen großen Wert besaßen, konnten nur allmählig frei gemacht werden, so die Metzgerei und Wursterei erst 1866. Die zürcherische Verfassung von 1869 garantiert die Freiheit des Gewerbes,

sofern nicht das öffentliche Wohl eine Einschränkung erfordert. So sind

a. Staatsmonopole: Salz, Jagd, Fischfang, Gebäudeversicherung, Viehversicherung etc.

b. Ein Ausweis von Kenntnissen wird verlangt von Geistlichen, Lehrern, Notaren, Ärzten, Apothekern u. a.

c. Staatlicher Bewilligung bedürfen: Hausierer, Wirte, Viehhändler u. a.

d. Unter staatlicher Aufsicht stehen: Märkte, Lebensmittelverkauf, Forstwirtschaft etc. — Auch der Bund erläßt in dieser Hinsicht einschränkende Bestimmungen.

Die unbedingte Freiheit der Arbeit, die Abschaffung jedes staatlichen Zwanges, das „laissez faire“, d. h. den Dingen ungehindert den Lauf lassen, war ohne Gefährdung der Volkswohlfahrt nicht durchführbar. Spätere Erfahrung zeigte, daß eine gewisse Rückkehr zur staatlichen Aufsicht im Berufsleben nötig sei.

III. Die industrielle Revolution.

(Die mechanische Warenerzeugung).

Ums Jahr 1780 erstellte der Engländer James Watt die erste für den Fabrikbetrieb verwendbare Dampfmaschine (für die Spinnerei). Sehr rasch drang sie in eine Menge Betriebe ein, um sofort in der Warenerzeugung die größte Umwälzung hervorzurufen. Sie ermöglichte eine außerordentliche Steigerung der Produktion, während sie zugleich viele Arbeitskräfte entbehrlich machte. Die Dampfmaschine bewirkte eine Verbesserung der Werkzeuge und der Maschinen, die sie in Bewegung setzte und gab Anlaß zu einer Menge Erfindungen. Es war unbestritten England, das in der Maschinenerzeugung, in der gesamten Eisen- und Stahlproduktion die Führung übernahm. Der gesamte Maschinenbau lag in seinen Händen. Während England 1810 bereits 5000 Dampfmaschinen aufwies, zählte Frankreich z. B. erst deren 200. Die Entwicklung ging in Frankreich ganz allmählig vor sich und noch später wurde Deutschland im Maschinenbau selbständig. Noch 1860 bezog es die Mehrzahl seiner Dampfmaschinen und Lokomotiven aus England. Die Einigung von 1871 brachte dann aber eine riesenhafte Entwicklung, so daß es in vielen Gebieten, besonders in der Stahlproduktion England über-

flügelte. Auch in andern Industriegebieten: Nordamerika, Belgien, der Schweiz etc. erfolgte der großartige Aufschwung erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, dafür aber in vielen Zweigen so intensiv, daß England die Führerschaft mehr und mehr einbüßt.

Ein Gebiet ums andere wurde der Handarbeit entzogen und der Maschine übergeben. Zuerst vollzog sich der Übergang in der Textilbranche: Spinnen, Weben, Wirken, Stricken. Eine Erfindung I. Ranges war die Spinnmaschine, die besonders durch den Engländer Arkwright 1770—80 für die Industrie brauchbar gemacht und durch Wasser- oder Dampfkraft betrieben wurde. Eine Verbesserung und Erfindung drängte die andere. Als noch die mechanische Webmaschine Roberts hinzukam, begann ein riesiger Aufschwung der Baumwollindustrie. Die mechanische Arbeit wurde herrschend in der Schuhmacherei, Brauerei, Müllerei. Die Umwälzung ergriff die Holzarbeit: Drechslerei, Schreinerei, Glaserei, dann die Buchdruckerei und Buchbinderei, vor allem aber die Maschinenindustrie selber. Die vermehrte Verwendung des Eisens brachte eine gewaltige Erweiterung des Hüttenbetriebes und der Kohlengräberei. Während es in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hieß: „Baumwolle ist König“, nehmen nun Kohle, Stahl und Eisen den I. Rang ein. Besonders Krupp in Essen übernahm durch die ausgedehnte Verwendung des Gußstahls die Führung. Wir sehen im Dienste der Industrie ungeheure Werkzeuge, in denen die Kraft von hunderttausenden von Menschen wohnt, Dampfhämmer, die mit tausenden von Pferdekraften herniedersausen. Zu diesen Kraftleistungen des Dampfes kommt in neuerer Zeit noch die Elektrizität. Die Kräfte der Bergströme werden in die Industriezentren geleitet und in nutzbringende Arbeit umgewandelt. Wir finden bald kein Dorf mehr, das nicht Kraftmaschinen, getrieben von Wasser, Dampf oder Elektrizität, verwendet.

IV. Die Folgen der mechanischen Warenerzeugung.

1. Der Untergang der Handbetriebe.

Die englische Spinnmaschine erfüllte die schweizerischen Handspinner mit großer Besorgnis. Nur weil man die feinen Garnsorten auf mechanische Weise noch nicht erreichte, konnten

die feinen Handgarne der Schweizer den Wettbewerb vorerst noch bestehen. Die Franzosenzeit brachte überhaupt einen industriellen Stillstand und nachher gab es nur ein Rettungsmittel, die Anpassung. Bereits 1802 erbauten Winterthurer im Hard bei Wülflingen eine Fabrik mit Spinnmaschinen und in den folgenden Jahren schossen diese Gebäude wie Pilze aus dem Boden heraus. 1813 gab es im Kanton Zürich bereits etwa 50 größere und kleinere „Spinnmaschinen“ (1827: 106), wie man diese Fabriken nannte. Das Handspinnen im Dienste der Industrie hörte vollständig auf und machte der Fabrikarbeit Platz. — Eine ähnliche Umwälzung erfolgte in den 30er Jahren durch die mechanische Weberei. Die Hausweberei gab ganzen Landesteilen, besonders dem Zürcher Oberland willkommenen Verdienst. Noch 1825 waren zirka 18,000 Personen in der Baumwollweberei tätig und durchaus auf diesen Verdienst angewiesen, da der Boden die große Bevölkerung nicht ernähren konnte. Kriegerische Ereignisse in Belgien und Polen brachten 1830 eine nie dagewesene Krisis, die zum Landesunglück wurde. Die größte Anstrengung und die längste Arbeitszeit schützten nicht vor Hunger, was eine gereizte Stimmung erzeugte. Nicht genug mit all dem Elend. Bereits redete man von einem fernen, unheimlichen Feind, der alle zu verschlingen drohte. Es war die englische Webmaschine. Und plötzlich stand der gefürchtete und gehaßte Gegner im Herzen des Landes. Die Firma Korrodi & Pfister in Oberuster stellte in ihrer Spinnmaschine einige englische Webstühle auf. Ein Angst- und Wutschreigang durch die erregten Dörfer des Oberlandes. Bereits sprach man vom Anzünden der Fabrik. Bei Anlaß der Gedächtnisfeier des Ustertages, 1832 kam die Tat zur Ausführung. Die Folge war die Verurteilung von 31 Angeklagten zu harten Gefängnis- und Kerkerstrafen. Eine Besserung der industriellen Lage brachten solche Verzweiflungstaten, die auch in Deutschland und England geschahen, nicht.

Zum Glücke boten andere Industriezweige Ersatz. Die Seidenindustrie blühte mächtig empor. Um 1830 waren 11—12,000 Personen, auch auf dem Lande, darin betätigt, 1848 bereits 17,000. Das Seidenweben wurde in vielen Bauernstuben während des Winters heimisch. 1881 betrug die Zahl der in der Seidenindustrie: Spinnerei, Zwirnerei, Färberei, Weberei Beschäftigten zirka 50,000 Personen mit rund

20 Mill. Fr. Salären und Arbeitslöhnen und einem Produktionswert von rund 77 Mill. Fr. Mit Anfang der 70er Jahre kam aber auch hier die mechanische Weberei auf, und bereits waren 1881 3150 solcher Stühle neben rund 20,000 Handstühlen im Betrieb. Zirka 25 Jahre später (1905) war das Verhältnis viel schlechter: zirka 11,000 mechanische zu zirka 5250 Handstühlen, d. h. fast genau 2:1. Das langsame Absterben der Handweberei muß als Tatsache betrachtet werden.

Fast in allen Industriezweigen ist das gleiche Bild: die Maschine übernimmt die Arbeitsleistung. Selbst die Handwerksmeister sind nicht mehr konkurrenzfähig, wenn sie nicht ganz oder teilweise zum maschinellen Betriebe übergehen. In leistungsfähigen Schlossereien und Schreinereien treffen wir Hobel-, Bohr- und Fräsmaschinen; der Metzger bedient sich der mechanischen Hackmaschine, der Bäcker der mechanischen Knetmaschine, der Buchdrucker der Setzmaschine und sogar in Dorfschmieden begegnen wir dem Dampfhammer. Wo es überhaupt möglich ist, ersetzt die mechanische Arbeit den Handbetrieb.

2. Bildung eines Fabrikarbeiterstandes.

Während die alte Industrie hauptsächlich Hand- und Hausarbeit war, die oft neben einem andern Berufe, besonders der Landwirtschaft betrieben wurde, bildete der Maschinenbetrieb eine neue Bevölkerungsklasse heraus, die Fabrikarbeiter. Der Untergang der Handarbeit zwang die Leute in die Fabrik hinein, nicht nur Einzelne, sondern ganze Familien. Zunächst kam die Spinnmaschine, dann die Weberei, später die Maschinenfabrik in Frage. Unterstützte früher die Naturalwirtschaft die Industrie, so kam für die Industriebevölkerung die reine Geldwirtschaft. Die Naturalwirtschaft sah wenig Geldmittel. Jetzt brachte der Zahltag eine Summe, die man nie beisammen gesehen hatte. Man überschätzte die Kaufkraft des Geldes, man verstand nicht, es richtig auszugeben. Die überlange Arbeitszeit trieb viele ins Wirtshaus, um beim Glase Abwechslung und Erholung zu suchen. Für den Luxus wurde mehr ausgegeben, als der sparsame Bauer sich erlauben konnte, sodaß dieser den Fabrikarbeiter vielfach als lüderlich taxierte. Kam eine Krise, fehlte der Verdienst, so brachen Not und Elend herein. Jetzt bot kein Grundbesitz mehr Rückhalt, wie das früher gewesen. Den Gemeinden erwachsen für ihre Mit-

bürger, die sie unterstützen mußten, drückende Armenlasten, was zu großer Mißstimmung führte.

In den Fabriken wurden die beiden Geschlechter schon in früher Jugend gemischt. Man lernte sich früher kennen, heiratete früher als die Bauernbevölkerung, sodaß die Ehen im Durchschnitt wohl 10 Jahre früher geschlossen wurden. Die Bevölkerung wurde durchschnittlich jünger, die Generationen folgten sich rascher.

Der Fabrikarbeiter, der nicht an die Scholle gebunden war und vielfach den Wohnsitz änderte, dachte und fühlte anders als der Bauer. Während dieser auf möglichst gute Verwertung seiner Produkte sehen mußte, empfand der Arbeiter der Industrieorte dies als drückende, ungehörige Belastung.

Der industrielle Aufschwung im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts führte den Fabriken eine Menge Leute zu. Unser Kanton verlor das Gepräge eines Bauernkantons; er nahm einen überwiegend industriellen Charakter an. 1905 waren rund 62,500 Personen (männlich und weiblich) in der Landwirtschaft tätig, dagegen beschäftigte sich rund die doppelte Zahl mit der Veredlung der Natur- und Arbeitserzeugnisse (zirka 118,000). Sie verteilen sich [auf:* Gewebe und Gespinnste 30,000, Bauindustrie 27,000, Metallindustrie 20,000, Bekleidungsindustrie 16,000, Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln 7000, Buchdruckerei und Verwandtes 4000. Hiezu kommen noch über 40,000 Personen, die Verkehr und Handel beanspruchen.

3. Die Bildung von Fabrikzentren.

Die Industrie brachte eine ganz neue Verteilung der Bevölkerung. Die Fabrikanlagen geschahen in den für ihren Betrieb günstigen Gegenden, z. B. an Flußläufen, um die Wasserkraft zu benützen. Die Folge war eine teilweise Entleerung der Orte, wo früher die Hausindustrie heimisch gewesen, z. B.:

	Bevölkerungszahl 1771	1836	1870	1900
Goßau	2015	3116	2854	2339
Russikon	1125	1933	1553	1272
Maur	1276	2133	1805	1513
Eglisau**	1433	1608	1410	1175

* Die Hausindustrie ist bei dieser Aufstellung weggelassen.

** Beispiel eines Grenzzortes, wo der Wagenverkehr durch die Eisenbahnen lahmgelegt wurde.

Dafür schnellte dann in den spezifischen Industriegebieten die Bevölkerung ganz außerordentlich in die Höhe.

	Bevölkerungszahl 1771	1836	1870	1900
Winterthur	3130	4612	9317	22235
Thalwil	1084	1786	2537	6791
Rüti	595	1112	2122	4796
Zürich (mit Ausgem.)	18297	29382	58657	150703

Sehr deutlich zeigen den riesigen Aufschwung der Industrie im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts:

	1870	1900
Adliswil	1939	4719
Örlikon	781	3982
Seebach	840	2850
Veltheim	1190	4009

Viele dieser neuen Industrieorte haben ihren ursprünglich bäuerlichen Charakter ganz verloren und zeigen ein geradezu städtisches Aussehen.

Die Industrie zog die Arbeitskräfte massenhaft in die Industriezentren und ihre Vororte. Das alte Zürich wurde an Einwohnerzahl von seinen Ausgemeinden weit überflügelt und da im Erwerbe dieser Bevölkerungskomplex auf einander angewiesen ist, erfolgte 1890 die Vereinigung, wodurch die erste Großstadt der Schweiz geschaffen wurde.

Ähnliche Verhältnisse sind in Winterthur, wo ein großer Teil der umliegenden Gemeinden: Veltheim, Töss, Wülflingen, Ober-Winterthur und Seen in Arbeit steht, so daß eine wirtschaftliche Einheit von über 40,000 Seelen sich gebildet hat. So ist beinahe die Hälfte der Bevölkerung des Kantons in zwei Städten konzentriert.

Die letzten Jahrzehnte brachten überhaupt eine ungewöhnlich starke Bevölkerungszunahme. Während der Kanton Zürich 1850 etwa 250,000 Einwohner zählte, wird er in wenig Jahren seine Bewohnerzahl verdoppelt haben. Die ganze Schweiz hat in den letzten 50 Jahren um zirka 1 Million Einwohner zugenommen.

4. Der Menschenaustausch.

Das eigene Land vermochte der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu genügen. Die Niederlassungsfreiheit der neuen Zeit erlaubte dem Auslande, einen Teil seiner überschüssigen Bevölkerung an unser Land abzugeben. Die Italiener

bauen unsere Häuser, Straßen, Eisenbahnen, Tunnels. Die Deutschen sind sehr zahlreich in den Städten der Nord- und Ostschweiz, die Franzosen in den Industrieorten des Westens. Rund 400,000 Ausländer haben sich mit der schweizerischen Bevölkerung gemischt. In der Schweiz ist je der neunte Mensch ein Ausländer, im Kanton Zürich je der sechste, in den Grenzkantonen Basel und Genf je der dritte. Die Stadt Zürich zählt 44,000 Fremde, die mehr als $\frac{1}{4}$ der Einwohnerzahl ausmachen.

Diese Fremdeninvasion wäre für den Kriegsfall eine große Gefahr; der Wehrkraft sind die Fremden so wie so verloren. Leute, die nur des Erwerbes wegen bei uns wohnen und sehr rasch den Wohnsitz ändern, bringen dem Gedeihen des Landes nicht das gleiche Interesse entgegen, wie die einheimische Bevölkerung. Es besteht darum vielerorts das Bestreben, diese Leute durch eine erleichterte Einbürgerung zu den Unsrigen zu machen.

Viele sehen zwar in den Fremden unbequeme Konkurrenten; es ist aber sicher, daß wir ohne sie gar nicht mehr auskommen könnten; zudem leben nicht weniger als $\frac{1}{4}$ Million Schweizer im Auslande, für die wir auch eine gute Behandlung erhoffen.

Auch innerhalb der Schweiz tauschen die Kantone, und in diesen wieder die Gemeinden ihre Bevölkerung im weitgehendsten Maße aus. 1900 war im Kanton Zürich durchschnittlich nur $\frac{1}{3}$ der Einwohner in der Wohngemeinde eingebürgert, $\frac{1}{4}$ war Bürger anderer Gemeinden des Kantons, $\frac{1}{4}$ Bürger eines andern Kantons, $\frac{1}{6}$ Ausländer. So ist fast überall eine neue Einwohnerschaft entstanden.

V. Mängel der neuen Produktionsweise.

Die freie Warenerzeugung ermöglichte jedem Einzelnen, in ungehemmtem Wettbewerbe mit seinen Mitmenschen den Kampf ums Dasein zu führen. Die staatliche Gewalt sollte sich in den Erwerbskampf nicht einmischen. Dieser Grundsatz, der zuerst bei der fabrikmäßigen Arbeit zur Anwendung kam, zeitigte besonders in den ersten Zeiten schwere Mängel.

1. Die lange Arbeitszeit.

Während der Zunftzeit war die Arbeitszeit für die einzelnen Berufe genau festgelegt. Jetzt lag ihre Dauer ganz

im Belieben des einzelnen Fabrikherrn. In den Spinnereien wurde gewöhnlich Tag und Nacht gearbeitet und zwar so, daß die Schichten je mittags und nachts 12 Uhr wechselten. War nur eine Arbeiterabteilung, so wurde bis 15 Stunden per Tag gearbeitet bei sehr kurzer Mittagspause. Da viele Arbeiter einen weiten Weg nach Hause zurückzulegen hatten, so blieben für die Nachtruhe nur wenige Stunden übrig. Auch der Sonntag war kein regelmäßiger Ruhetag, da oft auch an diesem Tage gearbeitet wurde. Die Folgen dieser Überanstrengung spiegelten sich in den bleichen, schwächlichen Gestalten, in denen man auf den ersten Blick den Baumwollarbeiter erkannte.

2. Die Kinderarbeit.

In der mechanischen Spinnerei genügten oft einfache Handgriffe, da die Maschine die Hauptarbeit leistete. Dazu wurden aus Sparsamkeitsrücksichten besonders Frauen und Kinder verwendet. Auch die Hausindustrie kannte die Kinderarbeit. Ihre Schäden wurden schon 1813 durch den Erziehungsrat in einer Eingabe an die Regierung klargelegt: Seit 50 Jahren entzieht die Baumwollindustrie die Kinder dem Spiel und der freien Luft und zwingt sie ans Spinn- und Spuhlrad. Die Anstrengung macht sie vor der Zeit alt und kränklich.

Die Einführung der Spinnmaschine brachte nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlimmerung. So wurden schon zur Zeit jener Eingabe 1124 Minderjährige in der „Spinnmaschine“ verwendet; darunter waren 48 7—9 und 284 10—12jährig und zwar ziemlich gleichmäßig Knaben und Mädchen. Die Arbeitszeit war die der Erwachsenen. Ohne Ausnahme sahen die Armen blaß und hager aus und litten an Körper und Seele Schaden.

Weder Fabrikherr noch Eltern nahmen auf Erziehung und Schule Rücksicht. Die Schulstuben leerten sich. 1813 gingen in Wülflingen 90, in Stäfa 118, in Ötweil 78, in Bubikon 58 Alltags- und Repetierschüler zur „Spinnmaschine“ und dies sehr oft auch am Sonntag.

Besuchten sie dennoch die Schule, so zeigten sie nach Aussage der Lehrer eine unbesieglige Schlafsucht. Für die andern wurden zum Ersatz auch etwa in sogenannten Fabrik-schulen Extrakurse eingeführt, die nach Feierabend, oder des

Sonntags stattfanden. Sie vermochten aber das Versäumte nicht einzubringen. Alles Ermahnen und Strafen fruchtete nichts; die Kinder blieben dem Unterrichte fern, oder waren außer Stande, ihm zu folgen. So traf man, was früher nie vorgekommen war, 15- und 16jährige, die nicht lesen konnten. In die Klagen der Lehrer stimmten die Pfarrer ein, da auch die Religionsstunden versäumt wurden. Eine 1815 durch die Regierung erlassene Verordnung, welche vor allem die jüngsten Kinder schützen sollte, fruchtete wenig. Eine neue Untersuchung in den 30er Jahren zeigte aufs neue, daß in verschiedenen Spinnmaschinen 8jährige Kinder in Arbeit standen. Eine Bezirksschulpflege meldete, daß 12 Repetierschüler, 7 Knaben und 5 Mädchen monatelang eine 18stündige Tagesarbeit hatten und daß einer der Knaben infolge der Überanstrengung im Sterben liege. Eine neue Verordnung von 1837 verbot für den Kanton Zürich die Fabrikarbeit für Kinder unter 12 Jahren (Alltagsschüler) und die Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens für Nichtkonfirmierte; letztere durften höchstens 14 Stunden Fabrikarbeit leisten. Von da an besserten die Verhältnisse sichtbar. Die Klagen wegen Gesetzesübertretungen wurden seltener; ein weiterer Kinderschutz blieb aber einer späteren Zeit vorbehalten.

3. Die mangelhaften Arbeitsräume und Schutzvorrichtungen.

Für Maschinen und Fabriken gab es keinerlei Vorschriften. Die Arbeitslokale waren durchwegs niedrig, Beleuchtung und Lüftung überall mangelhaft. Der ölige Boden atmete eine ungesunde Luft aus, die in die Kleider, die Haare, die Haut der Arbeitenden drang. Der herumwirbelnde Baumwollstaub machte den Aufenthalt in den „Spinnmaschinen“ sehr gesundheitsschädlich, so daß die „Dörrsucht“ (Tuberkulose) viele Opfer forderte. Oft war der Platz beengt; die Maschinen gefährdeten die Arbeiter. Schutzvorrichtungen waren fast unbekannt und vorkommende Unfälle riefen ihnen auch nicht. So liest man in einer amtlichen Aufstellung folgende Ursachen von Todesfällen: Vom Wellbaum erdrückt, vom Triebwerk erdrückt, vom Schwungrad erwürgt, vom Wasserrad erdrückt, alles Unfälle, die heute der Schutzvorrichtungen wegen zur Seltenheit gehören.

4. Der Zerfall der Familie.

Die Spinnmaschine brachte die Arbeiterfamilie aus Rand und Band. Da der Arbeitslohn des Vaters zum Unterhalt der Familie nicht reichte, mußten auch die Mutter und die Kinder in die Fabrik. Die kleineren Kinder entbehrten völlig der mütterlichen Aufsicht und der häuslichen Erziehung. Die Eltern sahen sie nur noch für Augenblicke. Die mangelnde Fürsorge brachte eine große Kindersterblichkeit. In Uster, wo die Fabrikbevölkerung $\frac{1}{4}$ ausmachte, stammte unter den verstorbenen Kindern $\frac{1}{2}$ aus der Industriebevölkerung. „Die Spinnmaschine“ war für die Kinder keine Sittenschule. Garstige Gespräche und Lieder der Erwachsenen, mit denen sie zusammenarbeiteten, verdarben das jugendliche Gemüt. Von überall her tönten Klagen über wüste Aufführung der Kinder auf den Straßen oder auf dem Heimwege, der ja oft mitten in der Nacht erfolgte.

Durch ihre Arbeit kamen die Kinder in den Besitz von Bargeld, da sie sehr bald ihr Betreffnis vom „Zahltag“ verlangten. Sie erlaubten sich allerlei Luxus und liefen in die Wirtshäuser. Oft führten die älteren Kinder eine eigene Kasse und zahlten den Eltern Kostgeld. — In früherer Zeit, auch während der Hausindustrie, war der Vater der Herr der Familie. Bis zu ihrer Verheiratung blieben die Kinder in der Familie. Ein Verdienst außerhalb derselben war bei der früheren Warenerzeugung und der eingeschränkten Niederlassungsfreiheit äußerst schwierig. — Jetzt wurde es anders. Der Hausvater stand in der Fabrik durchaus neben seinen Kindern, ja verdiente oft nicht mehr als der halberwachsene Sohn. Der Respekt vor dem Familienoberhaupte schwand. Die Kinder wurden auflüpfisch; sie verlangten freiere Bewegung. Die Eltern mußten sie gewähren lassen und sich ducken, sonst liefen die Kinder weg und gingen bei Fremden „an die Kost“, wo sie sich ungebundener bewegen konnten. Eine Menge Kinder abgelegener Gegenden wurde an die Fabrikorte verkostgeldet. Da hörte der Einfluß des Elternhauses ganz auf. Die Klagen über den Zerfall der Familien, besonders von Seiten der Pfarrämter, wollten nicht enden.

5. Die Krisen.

Die Warenerzeugung früherer Zeit geschah in erster Linie für die Bedürfnisse des eigenen Landes. Die Stadt Zürich

produzierte für die Landschaft Zürich, so daß der Kanton das Absatzgebiet für die hauptstädtischen Waren bildete. Man arbeitete hauptsächlich auf Bestellung und nur in der „toten Zeit“ auf Vorrat. Wenn der Wohlstand auch bescheiden war, so gab es doch keine zu ernsten Erwerbsstörungen. Anders bei der modernen Warenerzeugung. Der Wettbewerb kannte keine Schranken mehr, so daß in „guten Jahren“ große Massen Waren produziert wurden. Gerade die Schweiz war für ihre Industrien: Baumwolle, Seide, Stickereien, Uhren, Maschinen, auf den ausländischen Markt angewiesen. Wurde dieser aber durch Krieg, hohe Zölle, Überproduktion und allerlei Unglücksfälle verstopft, so trafen die Folgen viele Industriezweige geradezu vernichtend. Solche Krisenzeiten bringen Arbeitsmangel, niedere Löhne und damit für ungezählte Familien Not und Elend. Die Lösung der Frage, wie die guten Jahre für die schlimmen Folgen der „mageren“ herangezogen werden könnten, ist bis jetzt noch nicht gelungen.

VI. Die Schutzgesetzgebung.

I. Die Anfänge.

Die Erfahrung lehrte, daß die absolute „Freiheit der Arbeit“ nicht aufrecht erhalten werden konnte, ohne die menschliche Gesellschaft schwer zu schädigen. Schon frühe mußte der Staat die Kinder schützen; eine Schutzgesetzgebung für die Erwachsenen wurde aber damals noch abgelehnt. Auch das Ausland ging sehr langsam vor. Immerhin beschränkte England 1847 die Arbeitszeit in Fabriken für Leute unter 10 Jahren auf 10 Stunden täglich und 58 Stunden wöchentlich. Es erließ bereits Vorschriften zum Schutze der Gesundheit, über die Fabriklokale und führte schon staatliche Inspektoren ein, welche die Handhabung der Gesetze überwachten.

Da in der Schweiz jeder Kanton seine eigenen Wege ging, war nur schwer ein Fortschritt zu erreichen. Allen voran marschierte Glarus, das schon 1848 die Arbeitszeit für „Spinnmaschinen“ mit ununterbrochenem Betriebe auf 11 Stunden bei Nacht- und 13 Stunden bei Tagesarbeit festsetzte. War nur eine Abteilung, so gestattete das Gesetz 15 Stunden, die

Mittagspause eingerechnet; die Kinderarbeit wurde ähnlich wie im Kanton Zürich geregelt.

2. Das eidgenössische Fabrikgesetz von 1877.

Die Einsicht, daß die Staatsaufsicht für die Fabriken nicht zu entbehren sei, drang allmählig in immer weitere Kreise, so daß 1874 die neue schweizerische Verfassung dem Bunde das Recht gab, gesetzliche Bestimmungen über die Fabrikarbeit zu erlassen. Bereits 1877 wurde das eidgenössische Fabrikgesetz, damals das beste der ganzen Welt, dem Volke zur Abstimmung vorgelegt, und, wenn auch mit ganz kleiner Mehrheit, angenommen.

Die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt 11 Stunden per Tag, an Vorabenden der Sonn- und Festtage 10 (jetzt 9 und sie muß mit 5 Uhr abends endigen). Sie muß zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends zu liegen kommen; für die 3 Sommermonate darf der Beginn um eine Stunde vorgeückt werden. Bei gesundheitsschädlichen Betrieben kann die Arbeitszeit noch mehr herabgesetzt werden. Ausnahmsweise dürfen die Behörden Überzeitbewilligungen erteilen. Nachtarbeit ist nur da erlaubt, wo ununterbrochener Betrieb notwendig ist, ebenso für dringende Reparaturen, Sonntagsarbeit nur im Notfalle. Frauenspersonen dürfen weder für Nacht- noch Sonntagsarbeit verwendet werden; wenn sie das Hauswesen besorgen, so sind sie $\frac{1}{2}$ Stunde vor der Mittagspause zu entlassen. Kinder dürfen erst nach zurückgelegtem 14. Altersjahre die Fabrik besuchen. Für das 15. und 16. Jahr soll die Fabrikarbeit samt Schul- und Religionsunterricht 11 Stunden nicht übersteigen. Sonntags- und Nachtarbeit darf Leuten unter 18 Jahren nur ausnahmsweise gestattet werden. Die Fabriken sind gehalten, alle nötigen Schutzvorrichtungen anzubringen und die Vorschriften für gesundheitlichen Schutz zu erfüllen. Drei Fabrikinspektoren überwachen die Vollziehung des Gesetzes.

Dieses Fabrikgesetz war eine der größten Taten für das Wohl des Schweizervolkes. Es schützt einen großen Volksteil vor körperlicher und geistiger Entartung und nützt so dem gesamten Vaterlande.

3. Die weitere Entwicklung.

Mit dem eidgenössischen Fabrikgesetze war nicht allen Erfordernissen Genüge geleistet worden. Das Haftpflicht-

gesetz regelte die Entschädigung bei Unglücksfällen, wodurch unverschuldet Verunglückte vor Not und Elend bewahrt werden sollen. Es werden Anstrengungen gemacht, auch die Arbeitszeit in Handwerk und Gewerbe zu kürzen und auf kantonalem Gebiete und in vielen Privatbetrieben ist schon Vieles erreicht worden (zürch. Lehrlingsgesetz 1906 und Sonntagsruhegesetz 1907). Die Mehrzahl der Fabrikbetriebe haben die Arbeitszeit auf 10 Stunden und sogar noch weiter herabgesetzt. Bereits werden die Vorarbeiten für ein neues, weitergehendes Fabrikgesetz gemacht. Eine Kranken-, Unfall- und Altersversicherung wird erstrebt, um besonders den ärmern Klassen den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Dies sind wohl die besten Mittel, um die Liebe zu Heimat und Vaterland zu wecken, zu stärken und zu nähren.

VII. Freiheit in Handel und Verkehr.

Eine Menge Hindernisse hemmte in früherer Zeit den Absatz der erzeugten Waren. Besonders schlimm stand es im Zollwesen. In der Schweiz waren über 400 Zoll-, Brücken- und Weggelder. Bald bezog man die Gebühren von der Bepannung, bald vom Wagen, bald vom Gewicht, bald von den Waren. In ihrer Gesamtheit bildeten sie eine starke Belastung. Bei Speditionen nach Italien wurden aus Sparsamkeit 30 bis 40stündige Umwege dem direkten Verkehr über Gotthard und Splügen vorgezogen, um den Belastungen und Plackereien zu entgehen.

Die dreißiger Jahre brachten innerhalb des Kantons den freien Handel; aber die kantonal getrennte Wirtschaft hemmte Fabrikant und Kaufmann aufs empfindlichste. Noch waren 1843 16 verschiedene Postverwaltungen, bei denen nicht immer die Erleichterung und Verbilligung des Verkehrs, sondern die hohen Einnahmen Hauptsache waren. Die Zersplitterung im Münzwesen verursachte die größten Schwierigkeiten. Die Gesetzgebung über Handel, Verkehr und Niederlassung war nicht einheitlich.

So mußten die Liberalen besonders aus Erwerbsrück-sichten eine Einigung der Schweiz erkämpfen.

In der Bundesverfassung von 1848 sind die Resultate niedergelegt: Münze, Maß, Gewicht, Post, Zoll, später auch Telegraph und Telephon wurden Bundessache. Die Freiheit des Verkehrs wurde garantiert. Die liberalen Änderungen in

den Kantonen, vor allem aber der Übergang vom kantonalen zum schweizerischen Wirtschaftssystem bewirkten eine mächtige Entfaltung der Industrie und des Handels. Jetzt erst wurden unserem Lande tausende von Artikeln des Auslandes zugänglich, da eine wesentliche Verbilligung eintrat. Der Warenaustausch zwischen allen Ländern wurde immer lebhafter und rief neuen und verbesserten Verkehrsmitteln.

a) Die Strassen.

Früher waren die Länder im großen und ganzen auf sich selber angewiesen, sodaß zahlreiche Handelsstraßen nicht nötig waren. In unserem Kanton wurden nur die drei großen Handelsstraßen

Zürich—Bülach—Eglisau—(Schaffhausen)

Zürich—Limmattal—(Baden)

Zürich—Winterthur { —(Frauenfeld)
—(St. Gallen)

gut unterhalten. Die dreißiger Jahre brachten eine große Verbesserung des Straßenwesens. Sorgfältig machte man die Anschlüsse an die Straßen der anderen Kantone und verband die einzelnen Kantonsteile untereinander. Von 1832—39 gab man mehr als zwei Millionen für Straßenbau aus und legte so den Grund zu dem heute wohl einzig dastehenden Straßennetz, dem immer noch große Aufmerksamkeit geschenkt wird, obgleich die Straßen viel von ihrer Bedeutung eingebüßt haben. Die Bundesverfassung überträgt dem Bunde die Oberaufsicht über Straßen und Brücken, an deren Erhaltung die Eidgenossenschaft ein Interesse hat. Mit Bundeshilfe erfolgte der großartige Ausbau der Alpenstraßen, nachdem Napoleon I. in der Simplonstrasse (erbaut 1800—07) eine mustergültige Anlage geschaffen hatte.

b) Die Dampfschiffe.

Der Welthandel erhielt einen ungeahnten Aufschwung dadurch, daß die Dampfmaschine zur mechanischen Bewegung der Schiffe verwendet wurde. Das erste, ganz gelungene Dampfschiff baute 1807 Foulton in Nordamerika. Von da an kam ein reißender Fortschritt in den Dampfschiffbau. Schon 1819 fuhr der erste Dampfer von New York nach Liverpool und brauchte dazu nur 20 Tage. Jetzt waren die Meerschiffe unabhängig von Wind, Wetter und Meeresströmungen. Nach

wenigen Jahrzehnten durchkreuzten kolossale Ungetüme alle Meere. Sie führen uns in fünf Tagen quer über den atlantischen Ozean, in wenig Wochen nach Indien, China, Japan und Australien.

c) Die Kanäle.

Mit nie rastendem Eifer suchte man Verkehrserleichterungen zu schaffen. So erbaute der Franzose Lesseps den Suez-Kanal, der 1869 dem Verkehr übergeben wurde. Er ermöglicht, in einem Drittel der früheren Zeit Indien zu erreichen, sodaß der größte Teil des ostasiatischen Handels wieder wie früher den Weg durchs Mittelmeer nahm. Ein ähnlicher Plan, den Großen und Atlantischen Ozean durch einen Panamakanal in Verbindung zu bringen, harrt noch der Ausführung, wird aber wohl doch noch verwirklicht werden. Auch im mehr inneren Verkehr suchen die einzelnen Länder durch Kanalanlagen zeitraubende Umwege zu ersparen (Kaiser Wilhelm-Kanal, Kanal von Korinth). Wo es nur angeht, verbinden Kanalsysteme die Flüsse untereinander, um den billigen Wassertransport der Waren zu ermöglichen. Auch die Schweiz wird in nicht allzuferner Zeit in Basel ihre Hafenstadt besitzen.

d) Eisenbahnen, Telegraph etc.

Der Bau von Dampfwagen gestaltete sich schwieriger, weil die treibende Dampfmaschine auf einen sehr kleinen Raum zusammengedrängt werden mußte. Der Engländer Georg Stephenson und sein Sohn Robert brachten die vielen Versuche zu einem glücklichen Abschluß. 1825 wurde die erste eigentliche Eisenbahn in England dem Verkehr übergeben. Bald nahmen die Industrieländer den Bahnbau an die Hand, indem sie ihre Zentren mit einander verbanden. Die erste bedeutendere Linie der Schweiz wurde 1847 von Zürich nach Baden gebaut. Die folgenden 50 Jahre brachten ihr über 4000 km Bahnlinien. Keine Schwierigkeit blieb unbesiegt; man durchbohrte die Bergmassive des Gotthard (1880) und Simplon (1905); die Lokomotiven erklimmen die höchsten Berggipfel.

Die Industrieländer Belgien und England zeigen ein noch engmaschigeres Eisenbahnnetz. Ungeheure Eisenstränge durchqueren ganze Erdteile (Pacifiquebahnen, Transsibirische Bahn). Dampfschiffe und Eisenbahnen, Telegraph und Telephon haben alle Distanzen aufgehoben. Die Länder tauschen rasch und

billig ihre Produkte aus, jedes gibt dem andern von seinem Überfluß. Die Schnelligkeit der Warenbeschaffung verhindert die großen Hungersnöte, die früher auch etwa der Schrecken unseres Landes waren. Welch großartige Entwicklung die Schweiz genommen, illustriert am besten die Tatsache, daß 1905 im Kanton Zürich allein 30,000 Personen im Handel und 11,000 im Verkehr betätigt waren, oder die andere, daß die Schweiz 1907 für zirka 2750 Millionen Franken Waren ein- und ausfuhrte, oder die weitere, daß ein Winterthurer Handelshaus per Jahr $1\frac{1}{2}$ Million Fr. für Telegramme ausgibt.

VIII. Die freie Landwirtschaft.

I. Die Naturalwirtschaft.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der früheren Zeit zwangen die Länder, ihren Nahrungsbedarf selbst zu pflanzen. Der Bauernstand überragte an Zahl alle andern. Das Ackerland überwog vor 100 Jahren noch weitaus. Der Bauer trieb durchaus Naturalwirtschaft. Die Gebrauchsgegenstände, Kleider etc. wurden im eigenen Haushalt erzeugt. Das Geld trat noch ganz zurück. Die Zehnten (Steuern) und Grundzinse erfolgten in Naturerzeugnissen und auch die Regierung bezahlte ihre Beamten hauptsächlich in Naturalien: Noch 1803 bezogen die zwei Bürgermeister Zürichs an Wein und Kernen mehr als an bar. 1811 war der Zehntenertrag rund 160,000 Franken, in Geld umgerechnet; davon wurden nur 5 % in solchem entrichtet.

2. Der Übergang zur Geldwirtschaft.

Weil die Regierungen die Steuern in Naturalien bezogen, war der Anbau des Bodens nicht frei, d. h. der Bauer durfte ihn nicht nach Gutfinden bewirtschaften. In den dreißiger Jahren wurden diese Fesseln gesprengt. Mit den Wahlrechten war dem Bauer nicht geholfen. Er setzte eine erträgliche Loskaufssumme oder Umwandlung in Geldabgabe von Zehnten und Grunszinsen durch. Im Laufe von zirka zwei Jahrzehnten vollzog sich nun die Umwandlung in die Geldwirtschaft. Von 1855 an hörten die Zehntensteuern, von 1865 die Zinsleistungen in Form von Naturalien auf.

3. Die gefährdete Landwirtschaft.

Obgleich der Bauer nun frei über seinen Besitz verfügte, kamen doch die erhofften goldenen Zeiten nicht. Auf den Heimwesen blieben viele Schulden haften und zugleich zeigten sich bisher unbekannte Feinde. Die Hebung des Verkehrs brachte die Konkurrenz des Auslandes. Russischer, rumänischer, ja amerikanischer Weizen kam billiger auf den Markt als einheimischer. Um nicht unterzugehen, mußte die Form der Bodenbebauung geändert werden. Der Ackerbau machte dem Wiesland Platz, Milch- und Fleischprodukte, die im In- und Ausland abgesetzt wurden, verschafften größere Einnahmen und die Mittel, Brot zu kaufen. Die Übergangszeit war eine wahre Notzeit. Es dauerte lange, bis man herausgefunden, auf welchen Gebieten man noch konkurrenzfähig war. Eine Menge Bauern konnte sich knapp über Wasser halten; die Söhne und Töchter liefen in die Industrie. So zeigte sich denn ein großer Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Von 1870—1900 sank sie im Kanton Zürich von 104,000 auf 82,000, also um 20 %. Die Gesamtbevölkerung stieg aber in der gleichen Zeit um rund 150,000 Seelen, sodaß der landwirtschaftliche Teil von 36 % auf 19 % derselben sank; statt einem starken Drittel beträgt die Bauernsame nur noch einen schwachen Fünftel der Bevölkerung.

4. Die neue Landwirtschaft.

Wie in andern Erwerbszweigen war auch für die Landwirtschaft die Anpassung das einzige Mittel, der Konkurrenz zu begegnen und die Lebensfähigkeit zu erhalten. Die Überzeugung brach sich Bahn, daß auch der Bauer alle Mittel der Wissenschaft und Technik zu verwenden habe, um seine Wirtschaft möglichst rentabel zu gestalten. Es entstanden die landwirtschaftlichen Schulen (für den Kanton Zürich am Strickhof). In besonderen Kursen kann sich der Landwirt alle nötigen Kenntnisse für Viehbehandlung, Wies-, Obst- und Weinbau etc. holen. Auch er fängt an, die Maschinen in ausgedehntem Maße zu verwenden. So hilft er sich am besten gegen die Leutenot, die ihm Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr geschaffen haben. Die Landwirte ganzer Landesteile schließen sich zusammen, um durch Genossenschaften sich bessere Einkäufe und bessere Verwertung ihrer Produkte zu sichern. So hat sich die Landwirtschaft der neuen Zeit angepaßt und

kann den Kampf ums Dasein erfolgreich bestehen. Wohl ist die Zahl der Rindviehbesitzer z. B. im Kanton Zürich in den verflossenen 30 Jahren von rund 20,500 auf rund 18,000, d. h. um zirka $\frac{1}{5}$ gesunken; doch stieg in der gleichen Zeit die Zahl des Rindviehs von zirka 75,000 auf 112,000 Tiere, d. h. um fast genau 50 %. So hat sich die durchschnittliche Stückzahl per Kopf der Besitzer beinahe verdoppelt (6,3 gegen 3,6 Stück). Es zeigt sich in dieser Erscheinung deutlich der Übergang zum Wiesbau und die Tatsache, daß auch hier die Zwergbetriebe unrentabel sind und durch die größeren verdrängt werden. Wie wichtig unsere schweizerische Landwirtschaft immer noch ist, ersehen wir daraus, daß jährlich für 70 Millionen Franken Käse und kondensierte Milch ausgeführt werden.

IX. Die neue Volksschule.

I. Die Schule der guten, alten Zeit.*

a) Die Lehrerschaft.

Zusammensetzung. Die Reformation brachte eine Hebung des Schulwesens. Die Geistlichen wollten durch den Jugendunterricht das Volk befähigen, die religiösen Schriften zu lesen und zu verstehen. Die vielbeschäftigten Pfarrer übertrugen mit der Zeit den Unterricht auf andere Leute, so daß schließlich alle Gemeinden besondere Lehrkräfte besaßen. Diese rekrutierten sich aus allen Berufskreisen. Wir finden unter ihnen Tagelöhner, Knechte, Kleinbauern, alte Soldaten, besonders aber Handwerker, die auch neben der Schule ihren Beruf ausübten: Weber, Schuster, Schneider, Küfer etc. Sehr häufig stand der Lehrer zugleich im Kirchendienst als Sigrüst und Diener des Pfarrers, von dem er ganz abhängig war. Fast immer war er Ortsbürger, da die Bürger einen großen Widerwillen gegen die Fremden, „die Hintersäßen“, bekundeten.

Ausbildung: Da man von den Lehrern kein großes Wissen verlangte, war ihr Bildungsgrad fast durchweg sehr gering. Gewöhnlich gingen sie bei einem „Schulmeister“ in die Lehre, oder empfingen vom Pfarrer einige Anleitung. Wer notdürftig buchstabieren, lesen, schreiben, die Fragen des religiösen Lehrmittels (Katechismus), einige Lieder und Gebete konnte, wurde würdig befunden, die junge Welt zu

* Nach Dr. Klinke und Zuppinger.

erziehen. War eine Stelle frei, so verkündigte sie der Pfarrer von der Kanzel und er nahm die Anmeldungen entgegen. Die Bewerber mußten sich in Zürich einer Prüfung unterziehen. Folgender Prüfungsbericht zeigt, wie geringe Anforderungen man stellte: Rudolf Vontobel, Bewerber für die Schule Fägswil, Rüti. „Sein Examen war im Lesen nur mittelmäßig, seine Schrift ordentlich, aber nicht orthographisch. Da er der einzige Bewerber und erst 15 Jahre alt ist, so hat man ihn ernannt, in der Hoffnung, er werde sich bemühen, das Mangelhafte zu verbessern.“ — Naturgemäß war das Ansehen der Lehrer sehr gering.

Besoldung: Die Besoldung ernährte den Mann nicht. Es galt als selbstverständlich, daß der Lehrer neben der Schule sein altes Metier weiter betrieb. Die Bezahlung bestand in Geld und Naturalien: Getreide, Wein, Holz, Torf. Mit letzterem mußte das Lokal geheizt werden, so daß er für die Besoldung eigentlich nicht in Betracht kam. Hauptbestandteil der Besoldung war das Schulgeld, das im ganzen für alle Leute gleich viel betrug; oft wurde von Älteren, oder solchen, die das Schreiben erlernten, mehr verlangt. Gewöhnlich mußte der Lehrer von Haus zu Haus gehen, um den Schullohn einzuziehen. Die Höhe des Einkommens wechselte von Gemeinde zu Gemeinde. 1799 berichtet der Lehrer von Hausen: „Habe Gütererwerb und Leinweberei, denn bei dem Schuleinkommen verdient man nicht viel über Brot und Wasser“.

b) Der Schulbetrieb.

Schulhäuser. Nur $\frac{1}{3}$ der Gemeinden des Kantons Zürich besaß besondere Schulhäuser, von denen eine große Zahl ganz ungenügend war. Der Kanton stand den Gemeinden nicht helfend zur Seite. Die Gemeinde scheute sehr oft die Reparaturen, so daß der Lehrer sie auf seine Kosten ausführen lassen mußte. Die übrigen Gemeinden mieteten die Schulstube; sehr oft bekam bei der Lehrerwahl der den Vorzug, der eine große Stube zur Verfügung stellen konnte. Oft wanderte die Schule von Haus zu Haus. Die Stuben waren niedrig, dunkel, schlecht gelüftet, überfüllt. Oft waren die Kinder verpflichtet, das Holz zum Heizen des Ofens selber mitzubringen. Die innere Ausstattung war äußerst ärmlich. Tische zum Schreiben waren in geringer Zahl vorhanden, Veranschaulichungsmaterial fehlte. Es kam sogar vor, daß

krankte Angehörige des Lehrers in der Schulstube im Bette lagen. Ein amtlicher Bericht sagt: Kaum öffnet man die Schulstube, so drängt sich jedem ein niederschlagender Dampf entgegen. Dicht aufeinander gepreßt, in engen, dunkeln Gemächern sitzt die Jugend und atmet zum Verderben ihrer Gesundheit dicke, erhitzte, faule Dünste ein. An den Fenstern rinnt die Feuchtigkeit von den mancherlei Dünsten der nie gelüfteten Schulstube und dem übermäßig geheizten Ofen zusammen und auf die Stühle und die Kleider der daselbst sitzenden Kinder. Diese sind so eng zusammengepfercht, daß jedes, welches seinen Platz verlassen, oder an denselben zurückkehren will, über Stühle, Tische und Bänke steigen muß.

Schulbesuch. Da Handel und Gewerbe in den Händen der Stadt, die ihrerseits gute Schulen besaß, lagen, stellte das Leben keine große Ansprüche an die Bildung des Landvolkes. So betrachteten viele Eltern die Schule als unnötige und unbequeme Zwangsanstalt, der man sich am besten entzog — die Kinder müßten ja keine Gelehrten oder Pfarrer werden. Der Schuleintritt hing ganz vom Willen der Eltern ab. Gewöhnlich geschah er mit dem fünften oder sechsten Jahr; aber auch drei- bis vierjährige Kinder wurden in die Schule geschickt oder getragen. Mit dem zehnten Jahre stellten sie bereits eine Arbeitskraft vor, und so nahm man sie denn wieder aus der Schule. Der Unterricht war in der Hauptsache auf den Winter verlegt; im Sommer war er sehr reduziert. Die Eltern hatten alle möglichen Ausreden, die Kinder aus der Schule zurückzuhalten; das Schulgewissen fehlte absolut. Wenn $\frac{3}{4}$ der Eingeschriebenen anwesend war, so galt das als ein vorzügliches Resultat, es konnten aber auch nur $\frac{1}{10}$ oder ein $\frac{1}{12}$ sein. Keine Klagen und Verordnungen brachten Besserung.

Lehrweise. Als Zweiganstalt der Kirche hatte die Schule an der religiösen Erziehung des Volkes mitzuhelfen; vor allem sollten gehorsame Untertanen herangebildet werden. Unter religiöser Erziehung verstand man hauptsächlich die Kenntnis der Kirchenlehre. So war die Religion im Mittelpunkt des Unterrichtes. Lesen wurde zu dem Zwecke gelehrt, um das Auswendiglernen des religiösen Stoffes zu ermöglichen. Schreiben und Lesen waren untergeordnete Fächer, die Kenntnis der Anfangsgründe im Rechnen war Ausnahme. — Die Klasseneinteilung war verschieden und richtete sich mehr nach dem

Können, als nach dem Alter. Gewöhnlich bekam jedes Kind sein besonderes Pensum. Der Leseunterricht geschah nach der Buchstabiermethode. Zuerst lernte man die Buchstaben, dann setzte man sie zu Silben zusammen, was ungemein schwer war, da sie sich mit dem Lautbild nicht deckten:

a ze ha = ach.

ge o äl de = Gold.

Nachher kam das Zerlegen der Wörter in Silben. Täglich mußten die armen Kinder stundenlang, sich selber überlassen, hinter ihrem Namenbüchlein sitzen, da einzeln unterrichtet wurde. Nachdem ein mittelbegabtes Kind in zwei bis drei Wintern die Buchstabierkunst erlernt hatte, ging es an das Buchstabieren und mechanische Auswendiglernen des Lehrstoffes. Die Hauptaufgabe des Lehrers war das Abhören. Das Quantum des Auswendiggelernten galt als Maßstab für die Befähigung. — Das Schreiben war das Vorrecht der Knaben; aber bei weitem nicht alle lernten es. Die Eltern mußten diesen Unterricht besonders wünschen. Begonnen wurde damit erst, wenn die Schüler lesen konnten. Lehrer und Schüler beherrschten die Orthographie gewöhnlich sehr mangelhaft. Auch der Gesangsunterricht stand im Dienste der Kirche. Es wurden nur Psalmen und Kirchenlieder gesungen; das Einüben geschah durch unermüdliches Vorsingen.

2. Die Reform der 30er Jahre.*

Nirgends hat die liberale Bewegung der 30er Jahre mit mehr Erfolg gearbeitet, als auf dem Gebiete der Schule. Das Volk sollte befähigt werden, von dem erhaltenen Mitwirkungsrecht bei den Staatsgeschäften einen vernünftigen Gebrauch zu machen. War die Bildung früher auf die Stadt beschränkt, also das Vorrecht einer kleinen Minderheit, so sollte sie nun allen übermittelt werden. So mußte das Schulwesen gründlich geändert werden.

a) Die Schulbehörden.

Die oberste Leitung lag beim Erziehungsrate (1798 geschaffen.) Es war für die Schule von größtem Werte, daß durchwegs hervorragende Männer, wie z. B. Melchior Hirzel (Präsident) und Thomas Scherr in diese Behörde gewählt

* Zum Teil nach Dr. Wettstein.

wurden. So kamen eine Reihe der trefflichsten Gesetze zustande. Vor allem mußte das Volk für die Schule interessiert werden und man erreichte das durch die Errichtung der Bezirks- und Gemeindeschulpflegen, denen die Leitung und Beaufsichtigung der Volksschulen übertragen wurde.

In der Schulsynode, bei der Lehrerschaft und Schulbehörden sich gemeinsam besammelten, sollten die wichtigen Schulfragen gemeinsam besprochen werden.

b) Die Errichtung des Lehrerseminars.

Um die Bildung des Volkes heben zu können, mußte bei der Lehrerschaft angefangen werden. So schritt man zur Errichtung des Lehrerseminars in Küsnacht, wo intelligente Jünglinge unter der Leitung von Direktor Thomas Scherr zu brauchbaren und begeisterten Volkserziehern herangebildet wurden. Alle Lehrer, ob jung oder alt, Hunderte an der Zahl, wurden sorgfältig auf ihr Wissen geprüft. Da zeigte sich oft erschreckende Unwissenheit. Viele wußten weniger als heute der erste beste Primarschüler.

75 wurden sofort in den Ruhestand versetzt. In der Zeit von sieben Jahren stellte man 359 neue Lehrer an. Sie wirkten mit sehr gutem Erfolge. Während man 1833 im Kanton Zürich 139 Schulen als schlecht taxierte, sank diese Zahl bis 1839 auf 37 hinunter.

c) Die neue Volksschule.

Primarschule. Das neue Schulgesetz forderte neun Schuljahre (6.—15, Altersjahr), je drei Jahre Elementar-, Real- und Repetierschulunterricht. Die zwei unteren Stufen hatten Ganztagschule, die letzte Stufe erhielt sechs wöchentliche Stunden. Nach dem Schulaustritt begann die kirchliche Unterweisung. Ihre Teilnehmer besuchten zusammen mit den Repetierschülern einmal per Woche die Singschule. Der regelmäßige Schulbesuch wurde strenge gefordert und verteilte sich auf das ganze Jahr. Jede Klasse erhielt eine exakte Zuteilung des Lehrstoffes und jedes Fach seine bestimmte Stundenzahl. Schriftliche und mündliche Beschäftigung wechselt miteinander ab. Als neue Fächer wurden die Realien: Geschichte, Geographie, Naturkunde eingeführt. Jeder Schüler hatte die nötigen Bücher anzuschaffen. Tabellenwerke für Sprache und Singen veranschaulichten den Unterricht. Die

Kirche verlor die Leitung der Schule; der Lehrer wurde selbständig gemacht. Er lebte nur noch seinem Berufe; er war beliebt und geachtet, da er an Bildung den ersten der Gemeinde gleich stand. Seine Besoldung wurde besser; Gemeinde, Staat und Eltern teilten sich darein.

Eine Menge Schulhäuser wurden gebaut, die meisten aus freiem Willen der Gemeinden; jede Schule erhielt wenigstens ihr eigenes Zimmer, das nur dem Unterrichte diente.

Sekundarschule. Um das Bedürfnis nach weiterer Bildung zu befriedigen, wurde eine höhere Volksschule, die Sekundarschule eingerichtet. Das erworbene Wissen sollte erweitert und ergänzt und zugleich die Möglichkeit geboten werden, sich für höhere Schulen vorzubereiten. Der Unterricht wurde für Knaben und Mädchen berechnet und auf drei Jahre verteilt. Die Schulkreise umfaßten meist eine ganze Reihe Gemeinden. 1839 waren es deren 42. Die Leistungen wurden immer besser, sodaß in jenem Jahre keine Schule als schlecht bezeichnet werden mußte.

d) Thomas Scherr.

Eine Reihe vorzüglicher Männer setzten ihre Kraft für den Ausbau der Volksschule ein. Das Hauptverdienst fällt aber unbestritten dem mit „höchstem Wollen und höchstem Können“ ausgestatteten Seminardirektor Thomas Scherr zu. Er stammte aus Württemberg und besaß einen guten Namen als Blindenerzieher, sodaß er zum Leiter der zürcherischen Blindenanstalt berufen wurde. Die liberale Bewegung machte ihn zum Erziehungsrat und Seminardirektor. Die Prüfung der Lehrer, die Inspektion der Schulen, der Unterricht am Seminar, der Entwurf des Volksschulgesetzes spannten seine Kräfte beinahe Tag und Nacht an. Geradezu Unübertroffenes leistete er in der Schaffung neuer Lehrmittel, die wahre Lieblingsbücher wurden, deren gehaltvolle Erzählungen den Schülern unvergeßlich blieben. Dem Schulreformer Scherr ist es zu verdanken, daß in freundlichen Schulstuben strahlende und leuchtende Augen, die Lernbegierde und Wissensdurst verrieten, dem anregenden Unterricht begeisterter Lehrer folgten. Zum Danke dafür hat ihm das Volk den Ehrennamen „Vater der zürcherischen Volksschule“ gegeben.

e) Der höhere Unterricht.

Ebenso weitsichtig und glücklich wurde der höhere Unterricht organisiert. Die Kantonsschule in Zürich umfaßte

- a.* das Gymnasium und
- b.* die Industrieschule.

In der ersten Schule wurden die Schüler unterrichtet, die sich einem gelehrten Berufe (Arzt, Pfarrer, Jurist, Professor) zuwenden wollten, während die zweite im Dienste von Handel, Gewerbe, Industrie und Handwerk stehen sollte. Als oberste Lehranstalt des Kantons Zürich wurde 1833 die Hochschule (Universität) eröffnet.

3. Die neueste Entwicklung des Volksschulwesens.

Die zürcherische Schule wurde für die ganze Schweiz vorbildlich und verschaffte dem Kanton seine einflußreiche Stellung. Sie entwickelte sich, obgleich Rückschläge nicht ausblieben, in erfreulicher Weise bis zur Jetztzeit. Gesunde, luft- und lichtreiche Schulhäuser, oft wahre Schulpaläste zeigen, daß die Schule dem Zürchervolk ans Herz gewachsen ist. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung hat neue Bedürfnisse und Ziele gebracht. Die Entwicklung von Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft verlangte eigene Berufsschulen. (Gewerbe- und Handelsschulen. Technikum.) Die beruflichen Fortbildungsschulen sind für die Lehrlinge obligatorisch. Freiwillige Schulen, deren Obligatorium angestrebt wird, ermöglichen die Fortbildung der männlichen und weiblichen Jugend, welche letztere sich auch in hauswirtschaftlichen Kenntnissen ausbilden kann. Die Volksschule selber hat die Einflüsse der industriellen Entwicklung erfahren. Sie ist nicht mehr bloß Lernanstalt, sondern muß vielerorts, besonders in Industrieorten, der Familie einen großen Teil der Kindererziehung abnehmen. Durch die Gratisabgabe aller Lehrmittel und Utensilien werden die Familien entlastet, durch Milchabgabe, Ferienkolonien die kränklichen und schwachen Kinder unterstützt. Bereits führen die größten Orte unentgeltliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung der Schulkinder ein. So suchen Staat und Gemeinde alles aufzuwenden, um ein gesundes und kräftiges Geschlecht heranzuziehen.

X. Die Welt- und Industriereiche.

Die Schweiz ist nur ein kleines Glied der Staatenreihe. Sie kann sich allein nicht genügen, sondern ist in ihrem Erwerbsleben auf die andern, mächtigeren Staaten angewiesen. Und bei diesen gilt nicht der freie Wettbewerb, besonders nicht bei Staaten, die infolge ihrer Ausdehnung, Lage und Hilfsmittel ihre Bedürfnisse selber bestreiten können. Rücksichten auf Industrie, Landwirtschaft und Handel bestimmen die Entschlüsse und das Tun. Die modernen Kämpfe spielen sich nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern noch mehr auf wirtschaftlichem Gebiete ab. Ein Land sucht das andere auf dem Markte zu verdrängen, es finanziell zu überflügeln, oder sich abhängig zu machen. Die Industrie will sich ihre Absatzgebiete und ihre Bezugsquellen sichern. Schon längst gehen die Ziele, Wünsche und Verbindungen über das eigene Land hinaus und erstrecken sich auf alle Weltteile. Jeder große Staat sucht sich in fremden Erdteilen Stützpunkte seiner Unternehmungen durch Erwerb von Kolonialbesitz. So wurde der Erdteil Afrika aufgeteilt und versucht, ganz Asien abhängig zu machen. Die Siege auf diesem Gebiet verschafften verschiedenen Reichen eine Weltstellung.

I. England.

Als das mächtigste der Weltreiche muß England bezeichnet werden. Dank seiner alten freiheitlichen Einrichtungen konnte hier das Zeitalter der Maschine zuerst seine Herrschaft ausüben. Die riesenhafte Warenerzeugung und der gewaltige Bedarf an Rohstoffen verlangten sichere Absatz- und Bezugsgebiete und so sehen wir parallel mit der industriellen Blüte sein Auswachsen zu einem Weltreiche. Die günstige Lage und sein unbeschränkter Reichtum verschafften ihm die unbestrittene Herrschaft zur See. In allen Erdteilen wurden Gebiete, vor allem das reiche Indien erworben, wobei immer die Rücksichten auf die Sicherung der Erwerbsverhältnisse ausschlaggebend waren (z. B. Burenkrieg). Kein Staat versteht es aber besser als England, die Eigenart der Kolonien zu schonen, und willig gibt es ihnen die Selbstverwaltung (z. B. Transvaal), wenn nur seine Handelsinteressen nicht darunter leiden. Noch ist Englands vorherrschende Stellung unbestritten. Alle wichtigen See-Engen, Häfen, Kohlenstationen,

Kabel sind in seinen Händen; weit läßt es alle Länder in der Zahl der Schiffe zurück. Und dabei huldigt es dem Freihandel, im Gegensatz zu den andern Staaten, die durch Schutzzölle den Einfluß der andern Länder zurückdrängen. So bildet es für den Schweizer Markt weitaus den besten Käufer.

2. Die nordamerikanische Union.

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas ist England ein gefährlicher Nebenbuhler entstanden. Nachdem sie sich vor 1 $\frac{1}{4}$ Jahrhunderten vom Mutterlande losgelöst hatten, zeigten sie ein staunenswertes Wachstum. Durch eine nie versiegende Einwanderung wuchs die Einwohnerzahl sehr rasch und bald dehnte sich die Union bis an den Großen Ozean aus. Während zunächst die Produkte eines ergibigen Landbaues den Hauptreichtum des Landes ausmachten, kam durch die großen Metall- und Kohlenvorräte sehr bald ein industrielles Aufblühen, so stark, daß unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem industriellen Norden und dem Plantagenbau treibenden Süden geschaffen wurden. Der letztere stützte seine Blüte auf die Sklavenwirtschaft (1860: 4,5 Millionen Sklaven bei 31 Millionen Gesamtbevölkerung) und brauchte für den Absatz seiner Erzeugnisse: Baumwolle, Zucker, Tabak, Reis und die billige Beschaffung der Industrieprodukte den freien Handel. Der Norden hingegen forderte im Namen der Menschlichkeit Abschaffung der unwürdigen Sklaverei, auch verlangte er für seine junge Industrie Schutzzölle gegen europäische Waren. Während seit dem Bestehen der Union der Süden die Leitung des Staates in den Händen hatte, riß sie 1860 der volkreiche Norden durch die Wahl des Präsidenten Abraham Lincoln an sich. Dies bedeutete Krieg. Die 12 Südstaaten trennten sich von der Union und bildeten einen Sonderbund. In jahrelangem Ringen warf der Norden die Sklavenstaaten, die anfänglich im Vorteil waren, nieder und sicherte so die Einheit und den Fortbestand der Union. 1861—65. Trotz der ungeheuren Verluste an Menschen ($\frac{1}{2}$ Million) und Vermögenswerte (45,000 Millionen Franken), und obgleich weite Landstriche verödet waren, erholte sich das Land wunderbar schnell. Der Sklavenkrieg war nur eine kleine Unterbrechung in der riesigen Entwicklung. Die Bevölkerung wuchs im schnellsten Tempo und beträgt heute rund 80 Millionen. Riesenstädte wuchsen wie aus dem Boden heraus. Die Industrieerzeugnisse und die Pro-

dukte der Landwirtschaft und Viehzucht werden auf alle Märkte der Welt geworfen, während man ausländische Waren durch Schutzzölle fernzuhalten sucht. Schon frühe zeigte die Union den festen Willen, den Einfluß Europas in Amerika zu brechen. „Amerika den Amerikanern“ wurde zum Losungswort. So verhinderte sie beim Abfall Südamerikas eine Unterstützung Spaniens, zwang Napoleon aus Mexiko weg und verdrängte Spanien aus seiner letzten Besetzung in Westindien (Kuba). Hingegen wollte sie in allen Welthändeln mitreden. Man nahm den Spaniern die Philippinen weg und hatte den willkommenen Anlaß, sich in Asien neben den Europäern festzusetzen. Kein Staat darf es auf einen Krieg mit dem mächtigen Reiche der neuen Welt ankommen lassen. Kein Land aber zeigt nackter die Jagd nach dem Dollar als gerade Nordamerika.

3. Deutschland.

Die kriegerischen Erfolge und die Einigung von 1871 machten Deutschland mit einem Schlage zur gefürchtetsten Landmacht Europas. Mit Riesenschritten holte es die versäumte industrielle Entwicklung nach. Nach zwei Dutzend Jahren hatte es schon den Charakter eines Industriestaates. Sein Handel wetteifert mit dem der größten Weltreiche. Berlin, die neue Reichshauptstadt, zählt zu den größten Städten der Welt, und die westlichen Hafenplätze Hamburg und Bremen werden an Bedeutung nur von wenigen Städten der Erde übertroffen. Als Militärstaat steht Deutschland unerreicht da; aber auch in Handel und Industrie wetteifert es, zum Teil erfolgreich, mit England; eine große Handelsflotte, die einen vorzüglichen Ruf genießt, durchkreuzt alle Meere. Wie andere Industriestaaten sucht auch Deutschland sich in fremden Erdteilen festzusetzen, so in Afrika und Asien, hingegen reicht der Wert seiner Kolonien bei weitem nicht an den der englischen oder französischen heran.

4. Frankreich.

Die führende Stellung, die dieses Land noch unter Napoleon III. in Europa innegehabt hatte, scheint für immer verloren zu sein. Zwar erholte es sich erstaunlich rasch von den Folgen des Krieges 1870/71. Das reiche Land zahlte in wenig Jahren die großen Kriegskosten. Die größten Anstrengungen waren aber nötig, um die III. Republik dauernd zu erhalten. Erfolgreich wurden die monarchischen Parteien zurückgedrängt,

der republikanische Gedanke faßte immer tiefere Wurzeln. Während Frankreich sich in Europa weise zurückhielt, wußte es seinen Kolonialbesitz glücklich zu erweitern. In Afrika wurden neu Tunis und Madagaskar, in Asien Tonkin und Anam gewonnen. Gegenwärtig sucht es seinen Einfluß in Marokko zu befestigen. Zugleich ist es bestrebt, eine unbequeme Erbschaft aus den Zeiten des Kaiserreiches zu beseitigen. Unter der Monarchie hatte die Kirche einen maßgebenden Einfluß im Staate, besonders aber im Schulwesen. Vor kurzem wurden nun die Schulen verstaatlicht, die Kirche kam unter die Kontrolle des Staates. Durch dieses Vorgehen hat Frankreich die stärkste Stütze der Freunde der Monarchie zerbrochen.

Frankreich nimmt in der Staatenreihe eine sehr angesehene Stellung ein. Seine Industrie und sein Handel sind sehr bedeutend und doch kann es den ersten Weltreichen nicht beigezählt werden. Währenddem in Deutschland die Bevölkerung sich seit 1871 um die Hälfte, d. h. auf 60 Millionen vermehrte, blieb Frankreich immer bei seinen 40 Millionen.

Hingegen schlägt es in einer Hinsicht alle übrigen Länder. Paris, die große Weltstadt, überstrahlt an Schönheit, Reichtum und Pracht alle übrigen Metropolen. In ungezählten Mengen strömen bei Anlaß der Weltausstellungen aus allen Enden des Erdballs die Menschen nach Frankreichs Hauptstadt, um ihr ihre Huldigung entgegenzubringen.

5. Rußland.

Im Laufe des vorigen Jahrhunderts wuchs sich Rußland zu einem wahren Riesenstaat aus. Die Niederlage im Krimkriege drängte sein Bestreben, Herr in Konstantinopel zu werden und so den Ausgang des Schwarzen Meeres und die Herrschaft über das östliche Mittelmeer zu bekommen, nur für kurze Zeit zurück. Als sein Besieger, Napoleon III., 1871 gefällt wurde, nahm es seine alten Pläne wieder offen auf. Kriegsschiffe und Kriegshäfen wurden vertragswidrig am Schwarzen Meere gebaut. Wilde Aufstände christlicher Völker der Balkanhalbinsel und deren grausame Niederwerfung boten Rußland den willkommenen Anlaß, sein seit einem Jahrhundert beanspruchtes Schutzrecht über die dortigen Christen auszuüben. Aber nur mit größter Anstrengung vermochte es im sogenannten russisch-türkischen Krieg 1877/78 der Türken Herr zu werden und

den Sultan zum Frieden zu zwingen. Die Weststaaten beraubten es aber aus Neid und Angst um die Früchte des Sieges. Der Berliner Kongreß ordnete die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel. Die drei bereits früher von der Türkei losgelösten Länder: Griechenland, Serbien und Montenegro erhielten Gebietserweiterungen; selbständig wurde das Königreich Rumänien und das neu errichtete Fürstentum Bulgarien blieb nur dem Namen nach türkisches Gebiet. Österreich nahm Bosnien und die Herzegowina, England Cypren zu handlen, während Rußland die Südgrenze östlich und westlich des Schwarzen Meeres weiter vorschob.

Glücklicher war Rußland mit seiner Eroberungspolitik im Osten. Nach dem Grundsatz: „Wir kennen in Asien keine Grenzen“, hatte es seinen Besitz bis zum großen Ozean ausgedehnt. Dort gründete es eine starke Seefestung, die den bezeichnenden Namen Wladiwostock, d. h. Herr des Ostens, erhielt. Sein Ziel war, sich in China und Indien festzusetzen. Vorsorglich wurden Eisenbahnen an die Grenze Afghanistans und durch Sibirien angelegt. Als die großen Staaten mit China wegen der Fremden- und Christenverfolgungen im Kriege lagen, wußte sich Rußland in den Besitz der chinesischen Mandschurei zu setzen, wo es die große Seefestung Port Arthur ausbaute. Bereits streckte es seine Hand nach dem benachbarten Korea aus. Dadurch verwickelte es sich in einen Krieg mit Japan, das auch ein Auge auf diese Gegenden hatte und sich selber bedroht fühlte.

In gewaltigen Schlachten zu Lande und zur See wurden die Russen besiegt, die Festung Port Arthur nach langer Belagerung genommen. Sie mußten sich zum Frieden bequemen und Japan die erhofften Erwerbungen überlassen.

Die Unglücksfälle im Osten brachten lang zurückgedrängte Gährungen im russischen Reiche zum hellen Ausbruche. Das verdorbene Beamtenheer des immer noch unumschränkt regierenden Zarentums war der Schrecken der Bevölkerung. Mit Militär- und Polizeigewalt waren alle freiheitlichen Äußerungen der Bauern, Arbeiter und der Intelligenz, d. h. der gebildeten und geschulten Leute, erstickt worden. Nun äußerte sich der revolutionäre Geist in wilden Aufruhr- und Plünderungsszenen. Als auch im Militär und in der Flotte der Abfall begann, schien das Reich aus den Fugen zu gehen. Der Kaiser suchte durch Gewährung einer „Duma“, d. i. einer gesetz-

gebenden Behörde, den Brand zu dämpfen. Noch ist die Ruhe nicht vollkommen, da weitaus die große Mehrheit des Volkes eine Besserung der Verhältnisse herbeisehnt.

6. Japan.

Seit kurzem ist in die Reihe der Großmächte auch ein Vertreter der gelben Rasse, Japan, getreten. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zwangen die Mächte die uralten Kulturländer China und Japan, ihre Abschließung aufzugeben und sich dem Welthandel zu öffnen. Bald zog Japan durch die großen Änderungen, die es vornahm, die Augen der Welt auf sich.

a) Das alte Japan.

Bis zum Jahre 1868 erinnerten die Verhältnisse Japans lebhaft an die Ritterzeit des Mittelalters. An der Spitze des Staates stand als Oberherr der Mikado. Unter ihm waren die Landesfürsten, die „Daimyos“, mit eigenen Hofhaltungen und Heeren, die aus dem kriegerischen, niederen Adel, den „Samurai“ bestanden. Im Laufe der Zeit hatte ein Stellvertreter, der Shogun, die staatliche Macht in die Hand bekommen, während der Mikado als religiöses Oberhaupt von den Staatsgeschäften ferngehalten wurde. Bis 1854 sperrte sich das Land von den Fremden ab, bis die Nordamerikaner die Öffnung der Häfen erzwangen.

b) Die Europäisierung Japans.

Der Shogun hatte sich als unfähig erwiesen, die Fremden fernzuhalten. Dadurch büßte er sein Ansehen ein und eine immer stärker anschwellende Bewegung suchte die lästig gewordene Stellvertretung abzuschaffen und den Mikado wieder in seine alten Rechte einzusetzen. Ein langer Bürgerkrieg entschied zu Gunsten des Mikado: 1868 übernahm derselbe in Tokio die Zügel der Regierung. Er setzte die Europäisierung des Reiches durch, die in erstaunlich kurzer Zeit vollendet war. Die Teilfürsten verschwanden, und ein starker Einheitsstaat entstand. Die Verhältnisse Europas, die dessen Kraft ausmachen: Industrie, Welthandel, Verkehrsanstalten, geschultes Heer und moderne Flotte, wurden auf Japan übertragen. Japanische Jünglinge besuchten europäische Schulen, Fabriken, Kriegsanstalten; eine Menge fremder Gelehrter, Techniker, Offiziere wurden die Lehrmeister der gelehrigen

Gelben. Die japanischen Städte bekamen europäisches Aussehen. Die allgemeine Schulpflicht, die viele europäische Staaten noch nicht haben, wurde eingeführt; wir begegnen Fabriken, Eisenbahnen, Telegraphen, Militärschulen, Kriegsschiffen. Die Umwandlung ging nicht ohne Widerstreben vor sich; aber die Aufstände, vom alten Adel erregt, wurden niedergeworfen und das Interesse größerer Volkskreise dadurch geweckt, daß das Volk eine Verfassung und die Gesetzgebung erhielt.

c) Japan wird Großmacht.

Der neue Staat wollte seine Kräfte erproben. 1894 griff er seinen großen Nachbarn China an, um die nahe Halbinsel Korea zu gewinnen. Das Land brauchte Platz für seine überschüssige Bevölkerung und seine Industrieprodukte. China, das den Schritt nach vorwärts nicht mitgemacht hatte, wurde zu Land und Wasser geschlagen und mußte Port Arthur, Korea und Formosa an den Sieger abgeben.

Aus Eifersucht mischte sich Rußland ein, dem sich Deutschland und Frankreich anschlossen. Japan wurde um seine Beute betrogen, nur Formosa verblieb ihm; während sich die Europäer von China ihre Dienste durch Abtretung gutgelegener Häfen bezahlen ließen.

Diese Behandlung entfachte in China den Fremdenhaß, der sich durch Ermordung der Missionäre und Christen äußerte. Im Jahre 1900 bestraften die vereinigten Mächte die Ausschreitungen dieses Boxeraufstandes durch einen Kriegszug nach Peking.

Bei dieser Gelegenheit wußte sich besonders Rußland zu bereichern. Nachdem es bereits 1896 Port Arthur erhalten hatte, nahm es die ganze Mandschurei, das Stamm-land der chinesischen Kaiser in Besitz, und keine Reklamationen vermochten es daraus zu vertreiben. Als die Unersättlichen noch ihre Hände nach Korea ausstreckten, eröffneten die Japaner den Krieg. In glänzenden Siegen erntete nun Japan die Früchte seiner Umwandlung. Die Eroberung Port Arthurs bedeckte sie mit unvergänglichem Ruhme. Der Friedensschluß brachte die Festsetzung Japans auf dem asiatischen Festlande; die erste Großmacht der gelben Rasse spricht von nun an als „Großbritannien des Ostens“ in allen Welthändeln ein gewichtiges Wort.



